

Juli 2004, FUI 3/04 Preis 2,50 €

FUI

Furchtbares Umwelt Info

Infodienst der Bundeskoordination Studentischer Ökologiearbeit e.V.

Schwerpunkt: Umweltbildung

Windkraft Debatte

Öko-Mensa



| | | | |
|--|-----------|---|-------|
| Vorwort „Liebe Leute“ | 3 | BSÖ-Werbepplakat und Termine zum Rausnehmen | 29-32 |
| Was läuft wo? | 4 | | |
| BÖT | | Öko-Mensa | |
| Artikel zum BÖT in Potsdam | 6 | Bio-Zertifizierung für Großküchen | 39 |
| Gentechnik gegen Hunger? | 7 | Leitfaden zur Bio-Zertifizierung | 41 |
| | | Genfood freie Mensa | 43 |
| Energie | | Die anderen Tabak-Aspekte | 46 |
| Windkraft Debatte | 8 | | |
| Kohlelobby blockiert Energiewende | 10 | Internationales | |
| Neue Ökostromkampagne | 11 | Ecotopia-Biketour | 47 |
| | | Ecotopia-Camp | 48 |
| Anti-Atom | | Aubonne-Brücken-Kampagne | 49 |
| Atommüllproteste zeigen Erfolg | 12 | | |
| Morsleben stilllegen - aber wie? | 13 | Gentechnik | |
| Forschungsreaktor Garching in Betrieb | 14 | Gegen Hunger ohne Gennahrung | 50 |
| | | Kein Import von Gen-Reis / Proteste bei Bayer-Hauptversammlung | 51 |
| Mobilität | | Ratat-HUI | 52 |
| Ausverkauf in unverschämten Gänge | 15 | Literatur | 55 |
| Siemens droht der Crash | 16 | Grünes Brett | 57 |
| Weniger Bahn gab's noch nie | 19 | Impressum, Abocoupon | 58 |
| Schwerpunkt: Umweltbildung | 21 | BSÖ-Adressen | 59 |

Liebe Leute

der FUI-Redaktion bleibt bei dieser am Endredaktionswochenende verbreiteten Agenturmeldung auch nur die Spucke weg. Als wir die Fassung wieder fanden, erinnerten wir uns an Mahadma Ghandi (Indien): Wo Recht zu Unrecht wird, Widerstand zur Pflicht!

Davon sind wir schwer beeindruckt und fühlen uns bei der Wahl des FUI-Untertitels (Flegelhaftes Umwelt Info) und in der noch unbestechlich-kritischeren Berichterstattung über die verbrecherischen Machenschaften der Gen-Mafia nur bestärkt.

Wir wünschen euch viel Spaß beim Lesen des FUI-Umweltbildungs-Schwerpunkts und der weiteren Umweltinfos, die das Netzwerk BSÖ für euch nun schon zum dritten Mal dieses Jahr und zum Semesterferienstart zusammengetragen hat.

Besonders würden wir uns über eure Meinung zur neuesten Charme-Offensive der BSÖ in Posterform freuen: B -eton, S -tahl, Ö -l, - oder wie würdet Ihr in der Mitte des Heftes BSÖ übersetzen???

Das Sommersemester neigt sich schon dem Ende zu und es scheint, als würden sich Sonne und Regen hier ein unterbrochen abwechselndes Stelldichein geben. Im Fachschaftsraum der „Phlosphisch-Sozial-wirtschaftlich Faklät“ (der Bert-Brecht-Uni-Fakultät, die unter den Einsparungen wahrhaftig leidet) und in den Räumen der KHG haben wir die letzten drei Tage gelebt und für die folgenden Seiten, größtenteils von Euch inhaltlich vorgeben, eine Reihenfolge und ein Layout ausgeheckt.

Unser besonderer Dank gilt nicht nur der KHG für die nette Unterbringung, den Ansprechleuten vom Phil-Büro für die Unterstützung, sondern auch unseren lieben Freunden und Freundinnen, ohne die – wie so oft – sich die Organisation wesentlich schwieriger gestaltet hätte (Alex, Katha, Jörg, Julitschka, Babsi, Julia und all die hier Unerwähnten... danke sagt Uli!)

SPIEGEL ONLINE meldet am 11.06.2004:

„Neue Bedrohung: FBI warnt vor Öko-Terroristen!
Wie es scheint, lauert in den USA überall die Gefahr. Der US-Geheimdienst FBI hat jetzt vor einer Zunahme von Sabotageakten und Anschlägen gegen Pharma- und Biotechnik-Firmen gewarnt. Nicht Ismlisten haben die Fahnder im Visier, sondern radikale Tier- und Umweltschützer, die zu einer realen terroristischen Bedrohung geworden seien.“

siehe <http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,303846,00.html>

Ihr hört von uns per Zeitung wieder zum Start des Wintersemesters mit dem nächsten FUI 4/04, Schwerpunkt „Internationale Umweltbewegung“.

Derweil könnt ihr Euch ja mit den Beilagen dieser Ausgabe - dem „Kaperbrief - Zeitung gegen Biopiraterie“ und der „Zeitung gegen stürmische Tage“ weiterbilden.

Bis dahin stehen wir euch in der GeSte in Berlin und natürlich per Webseite und mit den Themenbereichen so gut es geht zur Seite.

Lasst euch nicht unterkriegen und bringt einen schönen, widerständig-kreativen Sommer!

Wir sehen uns vielleicht auf einem der vielen Termine (siehe herausnehmbarer Innenteil) oder auf den im FUI vorgestellten Umweltsommercamps wieder – haut rein!

Sigrid, Lisa, Maria, Oliver, Florian, Uli

Eure FUI-Redaktion 3/04



PS: Ach ja, außerdem waren ja auch noch „Qualen“. Und habt ihr`s bemerkt? Lag die Wahlbeteiligung über der 5%-Hürde? Es gab sogar ein Wahlplakat, dass wir von der Aussage her mittragen können!

Augsburg

Autofreier Hochschultag:

Auch der AStA der Universität Augsburg beteiligt sich in diesem Jahr an den bundesweiten Aktionen zum autofreien Hochschultag und wird neben einem gemeinsamen Infostand mit dem ADFC auch einen Film zum Thema Mobilität ohne Auto zeigen. Des Weiteren werden wir auch die Aktion Bahncard 50 für Studierende über 26 unterstützen und eine Unterschriftensammlung durchführen.

Initiative für fair-gehandelten Kaffee:

Unter dem Namen *CaFair* hat sich bei uns kürzlich ein Aktionsbündnis - von der Attac-Unigruppe ins Leben gerufen - des AStA, der Attac-Hochschulgruppe, der Grünen Hochschulgruppe, des Weltladens Augsburg und des Eine-Welt-Arbeitskreises der KHG gegründet, die sich für die Einführung von fair-gehandeltem Kaffee und anderen Transfair-Produkten in den Cafeterien einsetzt. Zunächst ist das Sammeln von Unterschriften und das Verteilen bzw. Auswerten von Fragebögen geplant. Da das Studentenwerk Augsburg nicht nur für die Cafeten der Uni Augsburg zuständig ist, müssen wir auch die Zusammenarbeit mit der Fachhochschule (FH), der FH Kempten und FH Neuulm suchen. Eine Kooperation mit der Außenstelle Bayern des Großhandels für faire Produkte Gepa hat bereits begonnen.

Außerdem wollen wir die Studierenden über die weit verbreitete Ausbeutung der KaffeebauerInnen und die positiven Auswirkungen von fairem Handel auf ihre Lebensbedingungen informieren. Wir hoffen, im Juli mit dem Studentenwerksverantwortlichen in Verhandlungen zu treten.

Baden-Württemberg

Landes-ASten-Konferenz gegen GenFood

Die GHG arbeitet daran, dass die Baden-Württemberger StuWes die Freiheit von genmanipulierten Lebensmitteln ihren Lie-

feranten in den Vertrag schreiben. Und es sieht gut aus! Um unserer Forderung Nachdruck zu verleihen, haben wir mit dem UStA am 16. Mai die folgende Resolution in die LAK eingebracht. Dort wurde sie von den in der LAK organisierten Studentenvertretungen der Hochschulen BaWüs angenommen.

Wir, die Studierendenvertretungen Baden-Württembergs, fordern die Mensaleiter der neun baden-württembergischen Studentenwerke auf, uns Studierenden auch in Zukunft ausschließlich garantiert nicht gentechnisch veränderte Lebensmittel anzubieten.

Um dies zu gewährleisten, müssen bereits die Zulieferer und die privaten Betreiber von Mensen vertraglich garantieren, dass ihre Ware garantiert nicht gentechnisch verändert sind.

Wir fordern die Studentenwerke hiermit auf, bei (Neu-) Verhandlungen der Einkaufsverträge diesen Punkt explizit in die Verträge aufzunehmen.

Jetzt liegt es an den Studentenwerken Baden-Württembergs den Auftrag ihrer Kunden, GenFood-freies Mensa-Essen zu servieren, umzusetzen. Die GHG Karlsruhe wird diesbezüglich weiterhin in Kontakt mit dem StuWe bleiben.

Übersicht: Argumente gegen GenFood

- unkontrollierbare Ausbreitung (Pollenflug)
- unvorhersehbare Gefahren (historisches Bsp. Contergan)
- Wandel der Agrarindustrie
- nur drei, vier Konzerne beherrschen Saatgutvergabe an die Welt (große politische Macht)
- Preiserhöhungen (Oligopolbildung)
- Patente auf Leben werden erteilt
- keine Hilfe gegen Welthunger (u.a. laut Brot für die Welt und UNO)
- erhöhter Pestizideinsatz in den letzten Jahren (Resistenzen, „RoundUp“)
- neue Allergien

Greifswald

Öko auch in Greifswald

Seit Ende Mai hat auch die Universität Greifswald einen Referenten für Ökologiefragen. Nach vielen Diskussionen um Sinn

und Unsinn dieses Amtes und einem Jahr vieler abgelehnter Kandidaten, haben sich die StuPisten besonnen, das Amt zu besetzen. Neuer Referent für Umwelt- und Ökologiefragen ist Thomas Maier, jung und motivierter Polonistikstudent. Im Moment bilden das Sichten der vorhandenen Akten und die Ordnung in die Zukunftspläne den größten Teil der Arbeit. Demnächst wird es ein Treffen verschiedener Umweltorganisationen an der Uni geben, die sich die Frage stellen: „WO ist das Problem?“. Obwohl viele Studenten im Umweltbereich arbeiten und auch studieren (Landschaftsökologie ist zu empfehlen), beschränken sich diese zu oft noch auf außeruniversitäre Arbeit. Mit einem Öko-Referenten soll dem nun entgegen gegangen werden.

Konkret steht also folgendes auf dem Plan für die nächste Zeit:

- Einrichtung eines „Grünen Tisches“ zum Austausch und zur Diskussion
- Beschluss des Senats zum Recyclingpapier durchsetzen
- Den grünen Hochschulführer überarben
- Ökologischer Flohmarkt um zu zeigen, das Öko nicht von einem fremden Stern kommt

Es gibt also viel zu tun, packen wir es an...

Konstanz

„Wir werden sie mit nassen Fetzen davonjagen!“

Der freie Journalist und Co-Autor des Bestsellers Schwarzbuch Markenfirmen, Klaus Werner, eröffnete mit einem Plädoyer für Engagement gegen die neoliberale Politik am 13. Mai die Vortragsreihe spielregeln3 des AStA der Universität Konstanz.

Werner stellte dem Publikum einige Rechercheergebnisse zur ausbeuterischen Praxis bekannter multinationaler Unternehmen vor. Gesundheitsschädliche Arbeitsbedingungen, systematische sexuelle Ausbeutung von Frauen, Kinderhandel - die Unternehmen scheren sich zum Erreichen ihrer Gewinnmargen herzlich wenig um die Menschen, die für sie rund um den Erdball produzieren. Dies ist nach Aussage des

Referenten durch das Aktienrecht begründet, wonach der Vorstand einer Aktiengesellschaft lediglich den Anteilseignern verpflichtet ist und für maximale Rendite sorgen muss.

„Wir engagieren uns weltweit für Kinder,“ lautet der Wahlspruch von McDonald's. In China stellen Zwölfjährige Plastikfiguren für die Happy Meals der Fast-Food-Kette her. Die Fabriken dürfen sie nur selten verlassen. Sie übernachten dort sogar, damit die Arbeit früh morgens sofort wieder aufgenommen werden kann. Als weiteres Beispiel führte der Referent die Arbeitsbedingungen in der Textilindustrie an: In den Sweatshops und Maquilaladoras Südostasiens und Lateinamerikas arbeiten Frauen unter teils katastrophalen hygienischen Bedingungen für Löhne, die keineswegs zur Existenzsicherung reichen. Gewerkschaftliche Organisation wird unterdrückt oder per Gesetz verboten.

Mitreißend schilderte Klaus Werner seine Recherche zum Tantalhandel im Kongo. Tantal ist ein wichtiger Rohstoff für Elektrolytkondensatoren, die u.a. in Handys verwendet werden. Im Kongo finanziert der Handel mit dem Erz den größten bewaffneten Konflikt seit dem 2. Weltkrieg. Innerhalb der letzten drei Jahre starben dort 3,5 Millionen Menschen. Kinder werden als Soldaten und Minenarbeiter eingesetzt - auch im letzteren Fall unter tödlichen Bedingungen.

Um herauszufinden, welche Handy-Hersteller Tantal aus dem Kongo verarbeiten, gab sich der Referent selbst als Tantalhändler aus. Bei seinen Recherchen fand er heraus, dass ein hundertprozentiges Tochterunternehmen der Bayer AG den Handel dominiert. Der Pressesprecher von Bayer hatte pikanterweise vor den Recherchen noch behauptet, im Kongo gäbe es gar kein Tantal. Die Abnehmer störte es überhaupt nicht, aus welchen Quellen das angebliche Erz stammte.

Die geschilderten Fälle stellen keine Ausnahmen dar, sondern seien Teil des globalisierten Produktionssystems. Begünstigt werde dieses durch die guten - teils persönlichen - Verhältnisse zwischen Politikern und Großunternehmen.

<http://www.asta.uni-konstanz.de/spielregeln3>

Cottbus

Senat verabschiedet Umweltleitlinien!

Vorschläge aus dem Referat für umweltgerechte Entwicklung des StuRa

„Umwelt“ als Kernthema, eine umweltwissenschaftliche Fakultät, ein Institut für Umweltmanagement: „Umwelt“ scheint an der BTU eine wichtige Rolle zu spielen. Zur Reihe der „Umwelt-Bindestrich-Begriffe“ hat sich nun ein weiterer gesellt: Am 26. Februar 2004 verabschiedete der Senat Umweltleitlinien für die BTU. Darin bekennt sich die BTU klar zu ihrer Verantwortung im Bereich Umweltschutz.

Dem Beschluss war eine lange und konstruktive Debatte vorausgegangen. Diese begann bereits 2002, nachdem der Präsident die Copernicus Charta, die erste, noch allgemeinere Bekenntnis der BTU zu Umweltschutzanstrengungen unterzeichnet hatte. Die jetzt angenommenen Umweltleitlinien stellen den nächsten, konsequenten Schritt dar.

In der Präambel des Dokuments wird erklärt, dass die BTU sich ihrer Verantwortung im Bereich Umweltschutz bewusst ist, die Bereitschaft zum Handeln besteht und sie sich zudem mit der entsprechenden Fachkompetenz ausgestattet sieht. Konkret sollen Anstrengungen erfolgen, in den Bereichen Beschaffung, Baumaßnahmen und Gebäudewirtschaft sowie Arbeitsschutz ressourcenschonend und umweltbewahrend zu handeln (Ganzer Text unter: www.stura.tu-cottbus.de, Referat Umwelt). Das Referat für Umweltgerechte Entwicklung des StuRa, das neben Kanzlerin, Umweltbeauftragten, dem Senat und weiteren Personen maßgeblich an der Formulierung der Umweltleitlinien beteiligt war, begrüßt das Bekenntnis der BTU zu nachhaltiger Universitätsentwicklung ausdrücklich. Wichtig ist uns nun, dass zügig mit der Umsetzung der Leitlinien begonnen wird. Einiges ist schon geschehen im Umweltbereich, etwas Entscheidendes sollte aber nach Ansicht des Umweltreferates noch geschehen: Die Einführung eines systematischen Umweltschutzansatzes, mit dem die kontinuierliche Verbesserung der Umwelt-

leistung der BTU gewährleistet wäre. Umweltschutz findet zwar statt, meist aber punktuell, die einzelnen Aktivitäten bleiben bislang unverbunden. Dass dem gegenüber ein systematischer Ansatz geschaffen werden soll, wird auch in den Umweltleitlinien betont.

Neben der Diskussion um die Leitlinien gab es damit verbunden auch eine Debatte um eben solch ein Umweltschutzsystem. Einige Konzepte für ein sogenanntes Umweltmanagementsystem (wie es z.B. in der Eco-Management and Audit Scheme Verordnung auf europäischer Ebene umschrieben ist) wurden in den vergangenen Jahren erstellt, leider kam es nie zur Realisierung. Angesichts der angespannten Haushaltslage verlief insbesondere der letzte Anlauf Anfang 2003 sehr unglücklich.

An diesem Punkt weisen wir auf die aktuelle Strukturdebatte um die Schwerpunkte der BTU hin und stellen die Frage: Sollte es einer Hochschule mit derart klar kommuniziertem Schwerpunkt Umwelt nicht doch gelingen, sich für den eigenen Organisationsablauf eines solch bekannten und auch wirksamen Umweltschutzinstrumentes zu bedienen? Andere Hochschulen wie z.B. die TU Dresden oder die FH Zittau/Görlitz haben ebenfalls Umweltmanagementsysteme eingeführt – und zeigen sich damit erfolgreich.

Auch wenn die Diskussion darum im Moment ins Stocken geraten ist: Wir halten die Debatte um die Einführung eines solchen Systems für sehr wichtig. Von einem guten System können alle Beteiligten profitieren: Studierende können über Projekte und Arbeiten am Praxisfall Universität lernen, Lehrende und Verwaltung erhalten gegebenenfalls interessante Erkenntnisse zur Umweltsituation in und an der BTU. Hier kann es elegant gelingen, den Profilbereich Umwelt sinnvoll zu schärfen – das sollten wir als Chance auffassen!

aus: Newsletter Juni 2004 (Zeitung der BTU Cottbus)



BundesÖkologieTreffen in Potsdam

Vom 19. – 23. Mai fand an der Uni Potsdam das 36. BundesÖkologieTreffen (BÖT) statt. Zum diesmaligen BÖT kamen ca. 30 Leute aus 20 verschiedenen Städten von Hamburg bis Konstanz zusammen.

Nachdem der Anreise-Mittwoch mit Quatschen und Tabu-Spielen in geselliger Runde ausgeklungen ist, ging es am Donnerstag Vormittag mit dem Gastvortrag der Greenpeace-Gruppe Potsdam zu Gentechnik in Potsdam los. Am Nachmittag gab es dann Arbeitskreise zu sozialer und Umweltverträglicher Mobilität, fairem Handel und Umweltfolgen des Nahrungsmittelkonsums. Nach einer kleinen Stadtführung in Potsdam und einem ausgiebigen Abendbrot saß man noch mit vielen Gästen zum Filmabend zusammen. Dort wurde u.a. der brandneue Film der Buko-Agrarkampagne „wachsende Geheimnisse“ gezeigt. Dieser behandelt die Auswirkungen des Anbaus von gentechnisch veränderten Pflanzen in Lateinamerika und kann über die Homepage www.buko.info bestellt werden.

Am Freitag wurde das Max-Planck-Institut in Golm besucht, das u.a. umstrittene Experimente mit genmanipulierten Kartoffelpflanzen durchführt. Das Testfeld wurde besichtigt (es handelt sich um ein mäßig abgesichertes Gelände mit ein paar Zeilen Kartoffeln, die interessanterweise noch nicht beseitigt wurden.... *g*) und mit dem Leiter der Experimente diskutiert. (siehe gesonderter Artikel)

Nachmittags hielt die Umweltbeauftragte der TU Dresden einen Gastvortrag zu Umweltmanagement an Hochschulen und es gab einen Arbeitskreis zu Aspekten der Tabakwirtschaft.

Podiumsdiskussion zu regenerativen Energien

Am Abend gab es eine Podiumsdiskussion im Potsdamer Rathaus zu regenerativen Energien (REG). Dabei drehte es sich zum einen um die REG-Potentiale in den neuen EU-Ländern und zum anderen um die Frage der „richtigen“ REG-Politik. Eine Regionalpolitikerin erzählte von dezentralen Energieprojekten, an denen sie mitwirkt und sprach sich gegen eine einseitig auf

sitionierte sich gegen kleine Projekte und verlangte, einer Zusammenarbeit mit Konzernen wie Eon nicht im Wege zu stehen, weil er meinte ohne diese wäre die Energiewende nicht möglich.

Am Samstag gab es viel Zeit um noch mal in Arbeitskreisen alles zu besprechen, wozu sich die BÖT-TeilnehmerInnen austauschen wollten. So gab es Arbeitskreise zu den Themen Ökomensa, internationale Jugendnetzwerke, Recyclingpapier, Anti-Atom und Atommüllendlager Morsleben,

dezentrale Abwasserentsorgung und ein BSÖ-Aktiventreffen. Den Abend ließen wir dann bei unserer Abschlussparty im NIL-Keller mit einem Tzunami-Konzert ausklingen.

Am Sonntag war dann früh noch Zeit für ein Abschlussplenum und dann ging es auch schon ans Aufräumen und nach Hause.



BÖT-Arbeitskreis

Mega-Projekte ausgerichtete Energiepolitik aus. Ein weiterer Referent auf dem Podium betonte die Energiesparpotentiale, die nicht nur in der öffentlichen Wahrnehmung, sondern auch in der Politik vernachlässigt werden. Ein dritter Energiewissenschaftler po-



Fazit

Alles in allem waren sowohl die TeilnehmerInnen als auch die OrganisatorInnen mit dem BÖT sehr zufrieden und die Stimmung war gut. Es waren etwas weniger Leute durchgehend da, als gedacht, dafür mehr Leute als angenommen aus Potsdam und Berlin, die nur zu einzelnen Veranstaltungen (AK, Vortrag, Exkursion, Filmabend) vorbeikamen. Es war natürlich wie immer für alles zu wenig Zeit und man hätte noch zu jedem Thema Stunden diskutieren können. Aber dafür gibt es ja das nächste BÖT, das im Herbst in Münster stattfinden wird.

Gentechnik gegen Hunger?

BÖT besucht Max-Planck-Institut

Das in Golm bei Potsdam angesiedelte Max-Planck-Institut (MPI) für Molekulare Pflanzenphysiologie will mit einer genetisch veränderten Kartoffelpflanze die Stärkeproduktion erhöhen und so eine »neue attraktive Industriepflanze« entwerfen. Diese soll zum Beispiel in der Papierherstellung verwendet werden. Der Feldversuch mit der sogenannten Leg-Hämoglobin-Kartoffel läuft in diesem Jahr, um zu testen wie die Gentechnik-Pflanzen unter normalen Umweltbedingungen gedeihen. Dem Freisetzungsvorhaben ging ein Genehmigungsverfahren voraus. Die Einwendungen dagegen wurden von der Behörde – wie in allen anderen bisher bekannten Fällen – verworfen.

Artenvielfalt bedroht

Die Kartoffel enthält ein Gen des japanischen Hornklee, das die Sauerstoffversorgung in der Knolle erhöhen soll. So soll der Stärkegehalt der Pflanze gesteigert wer-

den. Ob sich neben dem Stärkegehalt auch der Giftgehalt der grünen Pflanzenteile erhöht, wird dem am Institut für Biologie und Biochemie der Universität Potsdam lehrenden Prof. Thomas Altmann zufolge vorerst nicht untersucht. Beim großflächigen Einsatz der Gentechnik-Kartoffel könnten der Giftgehalt Auswirkungen auf die Artenvielfalt haben.

„Komm ins Beet!“

Die Vorstöße aus Gentechnik-Industrie und Forschungseinrichtungen führten seit letztem Jahr zu verstärktem Widerstand aus der Bevölkerung. Es gab immer wieder Einwendungen gegen Freisetzungsvorhaben, in vielen Regionen haben sich Netzwerke gentechnik-kritischer Menschen gebildet. Das Golmer MPI versucht das Image seiner Experimente mit der Kampagne »Komm ins Beet!« zu verbessern. Es lädt bis September zu Feldführungen ein, bei denen die

Bevölkerung »qualifiziert mitreden« könne. Diese Gelegenheit nahmen am vergangenen Freitag Teilnehmer des in Potsdam stattfindenden Bundes-Ökologie-Treffens (BÖT) wahr und besuchten die Anlage. In der Diskussion machte Altmann klar, daß er durch »in der Bevölkerung geschürte Ängste« sein Projekt nicht in Frage stellen lassen würde. Immer wieder führten die Streitgespräche zu der Frage der Notwendigkeit solcher Experimente. Altmann bestätigte, daß Risiken einer Übertragung von Resistenzen gegen Antibiotika und die Schädigung der Umwelt nicht völlig auszuschließen seien und daß hier eine Abwägung zwischen Gefahrenpotentialen und Notwendigkeit getroffen werden müsse.

Weniger Hunger durch Gentechnik?

Er begründet seine Experimente mit dem Hunger auf der Welt, der angeblich ohne Gentechnik nicht zu bewältigen sei. Die BÖT-Teilnehmer hielten dagegen, daß das mit einer Freisetzung gentechnik-manipulierter Organismen verbundene Risiko nicht gerechtfertigt sei. Zudem sei es überflüssig. Kritische Organisationen wie Save Our Seeds und die Biopiraterie-Kampagne hätten immer wieder bewiesen, daß die Nahrungsvorräte der Welt für doppelt so viele Menschen reichen würde, als die Erde bevölkern, daß der Hunger vielmehr ein Verteilungsproblem sei. Gewaltige Mengen Nahrungsmittel würden Jahr für Jahr vernichtet, um die Marktpreise stabil zu halten. Außerdem konnte Altmann nicht erklären, warum das MPI Patente an Firmen verkaufe statt als öffentlich finanzierte Organisation ihr Wissen allen Menschen auf der Welt per Open Source zur Verfügung zu stellen.

Grundlage: www.jungewelt.de



BÖT-TeilnehmerInnen beim MPI

Kapitale Anlagen

Ein Beitrag zur Debatte um die Windkraft

Nach neuesten Umfragen ist die große Mehrheit der Deutschen für eine Umstellung der Stromerzeugung auf erneuerbare Energien. Anders sieht es aber häufig aus, wenn ein Windpark vor der eigenen Haustür entstehen soll. Immer häufiger regt sich Widerstand, Bürgerinitiativen werden gegründet, um gegen die "Verspargelung" der Landschaft zu kämpfen. In dieses Horn bläst nun auch der Spiegel, und veröffentlichte am 29.3. eine Titelgeschichte unter der Überschrift "Der Windmühlenwahn". Der Artikel ist schlecht recherchiert und wettet auch mit Halbwahrheiten und Lügen (siehe Kasten) gegen die Windenergie. Doch was sind die Gründe für diese neue Bewegung?

1. Die Industrielobby

Der Kampf gegen den Ausbau der Windenergie wird von 2 großen Industrielobbys unterstützt. Zum einen sind das die konventionellen Großkraftwerksbetreiber E.on, RWE, EnBW und Vattenfall, an denen erneuerbare Energien zumindest bisher vorbei gegangen sind.

So drohte RWE Finanzvorstand Klaus Sturany offen mit einem Investitionsboykott und meinte, dass Klimaschutzziele, die über das Kyoto-Protokoll hinaus gehen, mit "volkswirtschaftlichen Schäden" bezahlt werden müssten. Halte die Bundesregierung daran fest, so Sturany, "dann investieren wir nicht".

Aber auch die energieintensive Industrie, z.B. der Konzern Hydro-Aluminium aus Köln, beteiligt sich am Kampf gegen die Windenergie. Mit welchen Methoden dabei vorgegangen wird, deckte das ARD-Magazin Monitor in einem Bericht vom 25. März auf. Der Anwalt des Konzerns, Thomas Mock, stellt seine Dienste kostengünstig Bürgerinitiativen zur Verfügung, die gegen Windenergieanlagen kämpfen. Thomas Mock präsentiert sich dabei als unabhän-

giger Experte. Von wem er in Wirklichkeit bezahlt wird, verrät er nicht. Auf Bürgerversammlungen behauptet der Anwalt, die großen Windenergieanlagen würden gefährlichen Infraschall verursachen, der gesundheitsschädlich sei. Eine platte Lüge. So bescheinigt z.B. das Landesumweltamt Nordrhein-Westfalen: "Die Infraschallpegel liegen weit unterhalb der Wahrnehmungsschwelle des Menschen und sind damit völlig harmlos." Verglichen wurden die Infraschall-Messwerte mit dem Geräuschpegel in einem Büro.

2. Direkte negative Auswirkungen

Aber die Industrielobby alleine könnte wohl keine Bürgerbewegung am Laufen halten. Ein weiterer Grund dafür, dass viele Menschen gegen die Windkraft sind, ist, dass sie die negativen Auswirkungen direkt vor ihrer Haustür spüren können. Windkraftanlagen verändern das Landschaftsbild und verursachen Geräusche und Schattenwurf. Die Schäden, die andere Energiequellen verursachen, sind ihnen nicht so eindeutig zuortbar.

Wogegen soll man demonstrieren, wenn wie im Jahr 2002 tausende von Wohnungen überschwemmt werden? Oder wenn wie im Jahrhundertssommer 2003 die Wälder brennen? Dabei ist die Ursache dieser extremen Wetterphänomene die u.a. durch die konventionelle Energieerzeugung entstehende Klimaveränderung.

3. Kapitale Anlagen

Noch eine weitere, weniger diskutierte Ursache möchte ich erwähnen. Wie überall im Kapitalismus geht es auch bei der Windkraft nicht primär um eine menschen- und umweltfreundliche Energieversorgung, sondern um Profit. Das führt dazu, dass die Anlagen immer größer werden, denn wenige große Anlagen sind billiger als viele kleine. So hatten die Windenergieanlagen, die zu Beginn des Booms, anfang der 90er Jahre aufgestellt wurden, noch eine Leistung von 100 bis 300 Kilowatt. Heute sind 2 Megawatt, also 10 mal soviel, Standard. Für die Offshore-Windparks sind sogar Anlagen mit 5 Megawatt geplant.

Außerdem geschieht die Planung von Windparks häufig ohne die betroffenen Bürger. Wen wundert es, dass Menschen gegen Windenergie sind, wenn sie die negativen Auswirkungen der Anlagen vor Ort zu spüren bekommen, das damit verdiente Geld aber an anonyme Investmentfonds geht?

Damit erneuerbare Energien weiterhin vorangebracht werden können, sind 2 Punkte wichtig. Erstens müssen wir die Bürger aufklären, wenn die Industrielobby mit dreisten Lügen gegen die Windenergie wettet will. Wir können nicht häufig genug auf die Gefahren der konventionellen Energieversorgung wie Klimawandel und Unfälle in Atomkraftwerken hinweisen.

Zweitens sollten die Menschen ihre Energieversorgung selber in die Hand nehmen. Nur mit vielen dezentralen Bürgeranlagen können wir den großen Stromversorgern und ihrer Lobby den Wind aus den Segeln nehmen.

Florian Kubitz



Die Luftnummer

Wie der Spiegel mit Halbwahrheiten und platten Lügen gegen die Windenergie wettet.

Der Spiegel berichtet aus einem im Auftrag des Bundeswirtschaftsministeriums erstellten und bisher unter Verschluss gehaltenen Gutachten, dass das Energie-wirtschaftliche Institut der Uni Köln (EWI), das Institut für Energie & Umwelt (IE) und das Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung (RWI) unter dem Titel „Gesamtwirtschaftliche und sektorale Auswirkungen des Erneuerbare Energien Gesetzes (EEG)“ zusammengetragen haben. Der Spiegel schreibt zum Ergebnis der Gutachter u.a.: „So würde die angestrebte Verdoppelung des EEG-Anteils die Strompreise stark verteuern.“

Tatsächlich kommt das Gutachten zu einer ganz anderen Schlussfolgerung: Danach bleiben die von den Stromkunden aufzubringenden Kosten für das EEG auch bei weiterem Ausbau der Erneuerbaren Energien gegenüber dem jetzigen Stand praktisch konstant. Zusätzliche Kosten für Netzausbau und Regelenergie sind gegenüber den Vergütungen des EEG von untergeordneter Bedeutung. Wörtlich heißt es im Gutachten auf Seite 73:

„Trotz einer Erhöhung der eingespeisten EEG-Menge um mehr als 15 Milliarden Kilowattstunden von 2004 bis 2010 erhöhen sich die Zusatzbelastungen auch unter Berücksichtigung von Ausgleichsenergie nur geringfügig, da durch die Erhöhung der Strompreise auf dem Wettbewerbsmarkt bei gleichzeitiger Absenkung der durchschnittlichen EEG-Einspeisevergütung (real in Preisen von 2003) die Mengenerhöhung kompensiert wird.“

Der Spiegel erweckt mit seiner Berichterstattung den Eindruck, dass Kommunen nicht selber bestimmen können, wo sie Windenergieanlagen in ihrem Umkreis wünschen. Tatsache ist, dass gerade die Vorschriften des Baugesetzbuches den Kommunen explizit das Recht geben zu entscheiden, wo es Ausschluss- und Vorranggebiete für Windenergie geben soll.



Der Spiegel behauptet, dass „der Staat auch mit massiven Steueranreizen für Besserverdienende das Errichten von Winträdern unterstütze“. Das ist zwar im Prinzip richtig, gilt aber für jede in Deutschland getätigte Investition. Windenergieanlagen werden also nicht anders behandelt, als Kohle- oder Gas-kraftwerke.

Ein Hintergrundpapier zu diesem Thema kann beim Pressesprecher des Bundesverbandes Windenergie, Ralf Bischof, angefordert werden:

r.bischof@wind-energie.de
Tel: 0541-35060-0 und -44
www.wind-energie.de

Das EEG lesen Sie in der Bundesdrucksache 14/2776 ... Was es bedeutet, lesen Sie bei uns!

Alle 14 Tage neu:
Der Newsletter
UMWELT kommunale
ökologische Briefe



Fordern Sie gleich ein kostenloses Probeabo an!

Schicken Sie den Coupon bitte an:

UmweltBriefe, Raabe Fachverlag
Kaiser-Friedrich-Str. 90, D-10585 Berlin
Fon 030/212987-23 Fax 030/212987-20
E-mail UMWELTBRIEFE@raabe.de
Internet <http://www.umweltbriefe.de>

Ja, senden Sie mir die nächsten drei Ausgaben von **UMWELT** kommunale ökologische Briefe kostenlos zu. Wenn Sie eine Woche nach Erhalt des letzten Freixemplares nichts von mir hören, bestelle ich bis auf weiteres, mindestens aber für ein Jahr, **UMWELT** kommunale ökologische Briefe. Der Jahresbezugpreis für ein Abonnement (26 Ausgaben) beträgt 203,82 €, ermäßigt 102 €, zzgl. Versandkosten.

Name:

Straße:

PLZ, Ort:

Datum: Unterschrift*):

Ich bin/wir sind berechtigt, die Bestellung des Abonnements ohne Angaben von Gründen innerhalb einer Woche nach Erhalt der drei Freixemplare in schriftlicher Form zu widerrufen. Zur Wahrung der Frist genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs (Poststempel).

Datum: Unterschrift*):
*) Bitte an beiden Stellen unterschreiben!

Kohlelobby blockiert Energiewende

In Sachen Energiewende gilt Deutschland in Europa als Vorreiter. So werden bei uns schon 8% des Stromes regenerativ erzeugt. Insgesamt hat sich am deutschen Strommix aber nicht viel geändert: Nach wie vor stammen über 80% des Stromes aus Kohle- und Atomkraftwerken.

Jedoch sind die meisten Kraftwerke am Ende ihrer Lebensdauer angelangt. In den nächsten 20 Jahren werden 40.000 Megawatt neue Kraftwerkskapazität benötigt, das entspricht der Leistung von etwa 30 Atomkraftwerken. Um die Frage, was für Kraftwerke das sein sollen, ist ein Machtkampf entbrannt, auf der einen Seite steht die Kohlelobby, auf der anderen die Vertreter eines neuen Energiemixes aus erneuerbaren Energien, Kraft-Wärme-Kopplungs-Anlagen und Gaskraftwerken.

Gegenüber Kohlekraftwerken bieten Gaskraftwerke viele ökologische wie wirtschaftliche Vorteile:

- Erdgas kann in modernen GuD Kraftwerken genutzt werden, die einen Wirkungsgrad von fast 60% erreichen, während moderne Kohlekraftwerke gerade mal gut 40% schaffen.
- Da Erdgas nicht nur Kohlenstoff sondern auch Wasserstoff enthält, entstehen weniger CO₂ Emissionen.
- Gaskraftwerke sind schneller regelbar als Kohlekraftwerke und daher besser mit erneuerbaren Energien kombinierbar, deren Leistung je nach Wetterlage variiert.

Kohleschutzsteuer

Von daher sollte man eigentlich meinen, dass Gaskraftwerke sich von alleine durchsetzen. Das verhindert aber die Mineralölsteuer von 0,35 Cent pro Kilowattstunde, die auf Erdgas erhoben wird, während Kohle steuerfrei ist.

Das fiel 1998 auch der Bundesregierung auf, jedoch die Kohlelobby, allen voran der heutige Wirtschaftsminister Clement, wehrte sich gegen die Streichung der Steuer. Als Kompromiss wurde beschlossen, dass Kraftwerke, die spätestens 39 Monate nach Inkrafttreten der Regelung am Netz

sind, für 5 Jahre von der Erdgassteuer befreit werden. Außerdem gilt die Regelung nur für Kraftwerke, die mindestens 57,5 % der eingesetzten Energie in Strom umwandeln. Ausgeschlossen sind damit Heizkraftwerke mit Kraft-Wärme Kopplung, die zwar einen geringeren elektrischen Wirkungsgrad haben, die eingesetzte Energie insgesamt aber besser ausnutzen.

Sofort fanden sich 2 Investoren, die entsprechende Kraftwerke bauen wollen, eines in Lubmin in Mecklenburg-Vorpommern und eines in der Nähe von Köln. Jedoch Wirtschaftsminister Clement fand einen Trick, um den Bau der Kraftwerke zu verzögern: Er verweigerte seine Unterschrift unter eine Durchführungsverordnung, mit der das Messverfahren für den Wirkungsgrad bestimmt wird. So können die Investoren die vom Gesetzgeber vorgegebene 39-Monats-Frist nicht einhalten.



Kraft-Wärme-Kopplung

Ebenso wird auch der Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) blockiert. Diese umweltfreundlichste Variante der Verbrennung fossiler Energieträger deckt in Dänemark und den Niederlanden 40 % des Strombedarfs, in Deutschland sind es gerade mal 10 %.

Strom aus Kraft-Wärme-Kopplung wird ähnlich wie Strom aus regenerativen Energien gesondert vergütet. Dabei ist der Preis allerdings nicht wie bei den regenerativen Energien genau festgelegt. Stattdessen gibt es einen Aufschlag, der zum den normalen Strompreis addiert werden soll. Hier setzt der Trick der Stromlobby an: Den Preis der eingespeisten Kilowattstunden aus KWK-Anlagen taxierten sie auf ganze 1,41 Cent, auf die sie dann den vorgeschriebenen Bonus aufschlugen. Im Ergebnis verdienen viele Betreiber nach der Verabschiedung des Gesetzes weniger als zuvor.

Hinzu kommt, dass viele KWK-Anlagen wärmegeführt betrieben werden. Das bedeutet, dass die Anlagen immer dann in Betrieb sind, wenn in den von ihnen beheizten Gebäuden Wärme benötigt wird. Der Strom fällt dann gewissermaßen als Abfallprodukt ab. Wenn aber Strom gebraucht wird wenn die KWK-Anlagen nicht im Betrieb sind, muss der aus dem öffentlichen Netz zugekauft werden. Hierfür verlangen die Stromkonzerne überhöhte Preise, um die lästige Konkurrenz zu schwächen.

CO₂-Zertifikate

Dennoch gibt es Hoffnung für die Energiewende: Ab 2005 wird europaweit ein Zertifikatehandel für CO₂-Emissionen eingeführt. Jedes Kraftwerk bekommt dabei

Neue Ökostromkampagne von ROBIN WOOD

eine bestimmte Menge an Zertifikaten für seinen CO₂-Ausstoß zugeteilt, produziert es weniger, kann es Zertifikate verkaufen, produziert es mehr, müssen Zertifikate zugekauft werden. Nun hat sich bei der Vergabe der Zertifikate wieder mal die Kohlelobby durchgesetzt, die Stromkonzerne bekommen genügend Zertifikate, um ihre im Betrieb befindlichen Kohle- und Atomkraftwerke durch neue Kohlekraftwerke zu ersetzen. Dennoch könnten sie natürlich Gaskraftwerke bauen, und die dann nicht gebrauchten Zertifikate verkaufen. Ob sich das lohnen wird, hängt vor allem vom Preis der Zertifikate ab. Wie viele Zertifikate ausgegeben werden, sollten die EU-Staaten in so genannten "nationalen Allokationsplänen" festlegen. Wie Deutschland waren auch die anderen EU-Staaten sehr großzügig in der Vergabe der Zertifikate, was dazu führte, das sämtliche Allokationspläne von der EU-Kommission als unzureichend zurückgewiesen wurden. Das letzte Wort in dieser Frage ist also noch nicht gesprochen.

Viele der Informationen aus diesem Artikel stammen aus einem Artikel von Gerd Rosenkranz und Harald Schumann, der ursprünglich im Oktober 2003 im Spiegel veröffentlicht werden sollte. Die Chefredaktion ließ den Artikel nicht zu und veröffentlichte stattdessen im März 2004 einen Artikel, der sich klar gegen die Windkraft richtete (siehe Kasten auf Seite 9). Schumann kündigte daraufhin nach mehr als 17 Jahren Redaktionsmitgliedschaft. Der ganze Artikel ist in der Netzzeitung unter www.netzzeitung.de/medien/280662.html zu lesen.

Florian Kubitz



Seit 1998 kann jede Stromkundin und jeder Stromkunde in Deutschland den Stromanbieter frei wählen. Wahlfreiheit bedeutet auch, sich entscheiden zu können, wer das Geld bekommt, dass für den Strom ausgegeben wird und was mit diesem Geld gemacht wird.

Öko-Strom

Auf dem bundesdeutschen Strommarkt gibt es Stromversorger, die sich ausschließlich für die Erzeugung von Strom aus erneuerbaren Energiequellen und Kraft-Wärme-gekoppelten Anlagen einsetzen. Dieser Öko-Strommarkt ist noch klein, doch er hat sich in den letzten Jahren gut etabliert und er wächst stetig.

Bis Ende vergangenen Jahres haben schätzungsweise 450.000 KundInnen zu einem Ökostrom-Anbieter gewechselt, das sind 1,3 Prozent der bundesdeutschen Haushalte. Diese Menschen haben auf einfache und wirkungsvolle Weise deutlich gemacht, dass sie mit der Politik ihres Energieversorgungsunternehmens nicht einverstanden sind. Durch die Wahl des Stromanbieters haben sie entschieden, wie ihr Strom erzeugt und in welche Kraftwerke künftig investiert wird.

Anbieter von Ökostrom bzw. grünem Strom produzieren diesen in eigenen Anlagen oder kaufen den Strom bei einem Händler oder direkt beim Erzeuger. Doch wem gehören die Wasser- oder die Biomassekraftwerke? Wer tritt als Händler auf? Wer verdient so nebenbei noch mit an dem Geschäft?

ROWO empfiehlt...

ROBIN WOOD hat die Anbieter „grünen Stroms“ unter die Lupe genommen. Als Ergebnis einer umfangreichen Recherche empfiehlt ROBIN WOOD folgende bundesweit agierende Stromversorger: Ausgelöst durch die Reaktorkatastrophe in Tschernobyl organisierte sich 1986 in

Schönau eine Initiative, die sich für den Ausstieg aus der Atomenergie einsetzte. Die Initiative veranstaltete Stromspartwettbewerbe, reaktivierte Wasserkraftwerke und finanzierte Blockheizkraftwerke. Nach jahrelangem Kampf gegen den regionalen Energieversorger gelang es den Schönauer BürgerInnen 1997 die Stromkonzession für die Stadt Schönau zu erhalten und somit selbst zu einem Energieversorgungsunternehmen zu werden. Die Elektrizitätswerke Schönau sind direkt aus der Anti-Atom-Bewegung hervorgegangen. So ist es für die EWS selbstverständlich, dass die Eigentümer der Stromerzeugungsanlagen und auch die Stromhändler nicht mit der Atomwirtschaft verflochten sein dürfen. Weitere Informationen unter: www.ews-schoenau.de

Ende der neunziger Jahre startet die Umweltorganisation Greenpeace e.V. die Kampagne „Stromwechsel“. Ziel war es unter anderem, dem oft gehörten Argument entgegenzutreten, für die erneuerbaren Energien aus Sonne, Wind und Wasser gäbe es „keinen Markt“. In kürzester Zeit signalisierten 60.000 Haushalte ihre Bereitschaft zum Versorgerwechsel, um atomstromfreie und Klima schonende Energie zu beziehen. Aus den „Stromwechsel“-Kampagne entstand die Genossenschaft Greenpeace energy eG. Für Greenpeace energy gilt, dass die Stromversorgungsanlagen und auch die Stromhändler mit denen sie zusammen arbeiten, nicht mit der Atomwirtschaft verflochten sein dürfen. Weitere Informationen unter:

www.greenpeace-energy.de

Den ausführlichen Recherche-Bericht der Stromwechselkampagne von ROBIN WOOD findet ihr auf der Homepage.

Macht mit !

Beteiligt Euch an der ROBIN WOOD-Stromwechselkampagne. ROBIN WOOD sendet gern Informationsmaterial zu. Bettina Dannheim, Energiereferentin, Tel. 040/380892-21, energie@robinwood.de www.robinwood.de

Atommüllproteste zeigen Erfolg

Atommülltransport von Rossendorf nach Ahaus erst im Herbst?

Schon im Juni sollten hochradioaktive Brennelemente nach dem Willen der sächsischen Landesregierung quer durch die Republik transportiert werden. Nun hat der andauernde Protest von AtomkraftgegnerInnen im Münsterland und in Dresden einen kurzfristigen Atommülltransport erst mal verhindert. Doch worum geht es bei diesem geplanten Transport?

Auf dem Gelände des ehemaligen Forschungsreaktors in Rossendorf bei Dresden lagern in einer Transportbereitstellungsanlage 951 hochradioaktive Brennelemente, die durch den jahrzehntelangen Betrieb des Rossendorfer Forschungsreaktors als gefährlicher Atommüll angefallen waren. Schon seit über 5 Jahren lagern diese in Atommüllbehältern in der Halle in Rossendorf. Da die Halle nicht als Zwischenlager genehmigt wurde und um anscheinend Kosten zu sparen, will die Sächsische Landesregierung seit November 2003 den Straßentransport von Rossendorf in das Zwischenlager bei Ahaus endlich durchsetzen.

Straßentransport besonders gefährlich

Die Argumente für den Abtransport sind fadenscheinig: Der Transport ist auf der Straße nicht nur besonders gefährlich und mit über 600 km (größtenteils Autobahnstrecke) lang, auch sind die Transportbehälter nie in realen Falltests auf ihre Sicherheit überprüft worden. Ein Fall der Rossendorfer Atommüllbehälter vom Typ MTR-2 von einer hohen Autobahnbrücke oder der Aufprall mit 80 km/h auf Beton kann in der Tat die Hülle so stark beschädigen, dass als Folge können die radioaktiven Gase und die hochradioaktiven Stoffe der Brennelemente freigesetzt werden. Die Menge des radioaktiven Inventars aller 18 Behälter ist immens, fielen diese doch in-

nerhalb von 31 Jahren Betrieb in Rossendorf an.

Zudem müssten bei einer Einlagerung in Ahaus die Behälter auch von dort wieder abtransportiert werden, weil die Behälter nicht für eine Endlagerung gebaut sind. Die Behälter aus Rossendorf sind nur für 15 Jahre gebaut worden, sollen aber nun im Ahauser Zwischenlager im Münsterland 40 Jahre lagerfähig bleiben. Schon jetzt drohen die Deckeldichtungen durch Restwasser im Behälter von innen anzurosten.

NRW klagt

Weil der Transport so gefährlich ist und zudem auch noch komplett unnütz ist (in Ahaus wird es zum Glück nie ein Endlager geben) demonstrieren Ahausener, Münsteraner und Anti-Atom-Initiativen aus der ganzen Bundesrepublik gegen diese Verschiebungspolitik des Atommülls. Mit regelmäßigen Sonntagsspaziergängen am Ahausener Zwischenlager wird nicht nur in der regionalen Politik Druck auf die nordrhein-westfälische Landesregierung ausgeübt. Die NRW-Landesregierung gab schon bei Bekanntwerden der Transportpläne im Januar bekannt, sie wolle gegen die Genehmigung des Transportes Klage einreichen. Aber erst jetzt, Wochen nach der Erteilung der Transportgenehmigung durch das Bundesamt für Strahlenschutz, reichte sie endlich Klage gegen die sofortige Durchführung des Transportes ein. Die jetzige Klage geht den Anti-Atom-Initiativen nicht weit genug. Sie fordern, dass die Landesregierung auch gegen die geänderte und erweiterte Einlagerungsgenehmigung für das Zwischenlager Ahaus vorgeht. Nur ein kompletter Einlagerungsstopp in das Zwischenlager können weitere Transporte nach Ahaus wirksam verhindern. Die Einlagerung von Atommüll in einem beliebigen Zwischenlager kann nicht als sicher

bezeichnet werden. Die einzige wirksame Schutzhülle ist die Hülle des Atommüllbehälters, das Zwischenlager selber ist nur eine einfache Halle, die radioaktive Stoffe aufgrund ihrer Konstruktionsart sofort in die Umgebung entweichen lässt.

Weniger Transporte?

Ursprünglich wollte die Sächsische Landesregierung den ersten der 18 Transporte an einem Samstag, dem 19. Juni, durchführen. Durch die Ankündigung massiver Proteste von AtomkraftgegnerInnen auf den Autobahnen und durch diverser Proteste im Vorfeld ist wohl der Staatsmacht bewusst geworden, dass es erheblich mehr Polizeikräfte bedarf, um den Transport auf den Strassen durchzusetzen. Dadurch, dass für den LKW-Transport nur ein Stoßdämpfer für einen Behälter zur Verfügung steht, müssten 18 Einzeltransporte durchgeführt werden, was Transportkosten von ca. 50 Millionen Euro verursachen würde. Evtl.



will man nun weitere Stoßdämpfer extra anfertigen lassen, damit die Anzahl der Atommüll-Transporte verringert werden kann.

Die Anti-Atom-Bewegung wird versuchen, den Transport durch phantasievolle öffentlichkeitswirksame Aktionen schon vor dem eigentlichen Transporttermin zu verhindern. Am Abfahrtsort in Rossendorf bei Dresden und am Zwischenlager in Ahaus gibt es regelmäßig Protestspaziergänge, Demonstrationen sowie Camps. Bis zu 400 Teilnehmer in Ahaus nahmen an Demonstrationen teil. Läuft die Mobilisierung weiterhin gut, sind wir auf der langen Transportstrecke einige Tausende Demonstrierende.

Sollte ein Transport gegen den Willen der Bevölkerung durchgeführt werden, dürfte nicht nur die Anti-Atom-Bewegung die Absurdität der Atommüllverschiebung publik machen, sondern auch die Bevölkerung wird entsetzt darüber sein, welchen Aktionismus der Staat an den Tag legt, um die Frage „Wohin mit dem Atommüll?“ nicht beantworten zu müssen. Jede weitere Tag der Atomenergie-Erzeugung produziert mehr Atommüll und weitere gefährliche Atommülltransporte sind die Folge. Erst die sofortige Stilllegung der Atomanlagen kann die Gefahren der Atomenergie ein wenig reduzieren. Zudem wird kein weiterer Atommüll in den Zwischenlagern mehr eingelagert werden müssen.

Weitere aktuelle Infos zum anstehenden Atommülltransport und wie man ihn verhindern kann, gibt es unter folgenden Webadressen:

<http://www.nixfaehrtmehr.de>

<http://www.castorstopp-dresden.de>

<http://www.bi-ahaus.de>

<http://www.wigatom.de>

Der Widerstand gegen Atomanlagen und Atomtransporte kostet Geld, wer spenden möchte:

BI Ahaus:

Konto 595 640 21,

BLZ 401 545 30,

Sparkasse Westmünsterland

(Kennwort: Castorstopp),

Grüne Liga Dresden:

Konto 102 239 032,

BLZ 850 951 64,

LKG Sachsen,

(Kennwort: Castorstopp),

Morsleben stilllegen! - Aber wie?

Kolloquium zu Konzepten der Stilllegung des ERAM

Im Frühjahr 2005 wollen Morsleben-KritikerInnen ein Kolloquium veranstalten, das sich kritisch mit verschiedenen Konzepten zur Stilllegung des Endlagers für radioaktive Abfälle Morsleben (ERAM) auseinandersetzt. Die Idee ist es, VertreterInnen dieser Stilllegungsvariationen einzuladen ihr Konzept vorzustellen und zu erklären, warum sie die anderen Konzepte für weniger tauglich halten. Diese Konzepte können und sollen sodann von der kritischen Öffentlichkeit und WissenschaftlerInnen hinterfragt werden. Es sind sowie so etliche Kritikpunkte bekannt bzw. werden von Morsleben-Aktiven gerade erarbeitet, auf deren Lösung die Stilllegungsvarianten hin untersucht werden können. Beispielsweise zur Frage der Wasserzutritte oder den geologischen Vorbedingungen. Auf solche Fragen und Probleme will die Veranstaltung hinweisen und den notwendigen Druck erzeugen, damit die entscheidenden Behörden nicht umhin kommen sich damit auseinander zu setzen.

Vorbereitungs-Seminar

Zur Vorbereitung des Kolloquiums findet schon dieses Jahr - am 9. und 10. Oktober ein Seminar statt. Es wird wieder von der Friedrich-Ebert-Stiftung finanziert und soll zum einen Basiswissen für solche wissenschaftlichen Auseinandersetzungen vermitteln und zum anderen konkreter Schritt zur Organisation des Kolloquiums sein. Im inhaltlichen Teil werden also einige Fragen, die sich mit grundlegenden Überlegungen und Standards zur Entsorgung von Atommüll, aber auch zur Geologie oder Verfahrensfragen beschäftigen, behandelt. Das Ziel ist es, ausreichend Verständnis für diese Dinge zu entwickeln, um darauf aufbauend ein sinnvolles Konzept für das Kolloquium zu entwerfen.

Überlegt wird im Moment, ob im Zusammenhang mit diesem Seminar auch der

nächste Morsleben-Workshop, das bundesweite vierteljährlich stattfindende Vernetzungstreffen von Menschen, die sich mit dem ERAM auseinandersetzen, stattfinden soll. Darüber wird dann rechtzeitig über Mailinglisten und Internetseiten informiert werden. Z.B. finden sich solche und andere Termine auf der politischen Termin-Datenbank-Internetseite unter www.termine-online.net.

Das Seminar wird wieder mit ökologisch-veganeer Vollverpflegung und der Möglichkeit vor Ort zu übernachten, angeboten. Der TeilnehmerInnen-Beitrag liegt bei ca. 10,- Euro. Um das Wochenende gut vorbereiten zu können, sind die VeranstalterInnen auf einigermaßen frühzeitige (also nach Möglichkeit spätestens zwei Wochen davor) Anmeldungen angewiesen. Wenn die eine oder andere spontan kommt, ist das auch OK, aber möglichst nicht alle ... - Infos zum Morsleben-Netzwerk, das sich ganz wesentlich mit der Auseinandersetzung um das Atommüll-Endlager beschäftigt, gibt es auf www.morsleben-stillegung.de

Falk Beyer



AKW geht unter Protesten in Betrieb: Forschungsreaktor FRM-II Garching

So sieht der Atomausstieg in Deutschland aus: Der Forschungsreaktor FRM-II der TU München ging am 09. Juni offiziell in Betrieb. Nach 6-jähriger Bauzeit durch die Firma Siemens hatte die TU München nun ihr Prestigeobjekt fertig gestellt. Klagen von BürgerInnen aus Garching gegen die letzte 3. Teilgenehmigung sind bei den Gerichten noch anhängig und warten auf eine Entscheidung. Trotz der Einwände geht der Reaktor nun in Betrieb. Bürgerinitiativen und Umweltverbänden durften sich nicht an den Klagen gegen die Fertigstellung des Reaktors beteiligen, weil in Bayern ein Verbandsklagerecht ausgeschlossen ist. Die BürgerInnen werden aber in ihren Klagen von der Initiative „Bürger gegen Atomreaktor Garching e.V.“ unterstützt.

Der Betrieb des Forschungsreaktors ist unverantwortlich. Die sofortige Abschaltung des Reaktors ist die einzige sinnvolle Maßnahme: Nicht nur droht die Umgebung über die Luft radioaktiv verseucht zu werden. Auch dürfen „leicht“ radioaktive Abwässer in die Isar eingeleitet werden, weil 1999 die Grenzwerte für die Einleitung für „saubere“ Abwässer nochmals erhöht wurden.

Garching wird zum Zwischenlager von hochangereichertem Uran (HEU) werden, mit allen damit verbundenen Gefahren eines atomaren Unfalles. Hunderttausende Menschen in der Nähe des Reaktors nahe München könnten durch einen Störfall verstrahlt werden. Es drohen regelmäßige Atomtransporte von HEU aus Frankreich und Russland, damit das AKW mit Brennstoff versorgt wird. Durch die Herstellung des Urans werden weiterhin die Umgebung und die Menschen in den Abbaugeländen mit radioaktiven Erdreich versetzt – zu Lasten ihrer Gesundheit.

Atombombentaugliches Uran

Aber auch Staaten wie Russland und die USA meldeten auf internationaler Ebene Bedenken gegen den Betrieb des Reaktors an, was an sich schon bemerkenswert ist,

denn diese Staaten fördern ihrerseits ja den Ausbau der Atomenergie. Aber die beiden Staaten warnen davor, das kleine AKW mit bis zu 93% hochangereichertem Uran zu betreiben, da dieses HEU direkt zur Herstellung von Atombomben taugt. Dieses Uran wird aus Beständen aus Russland und Frankreich extra nach Deutschland herbeigeschafft. Die abgebrannten Brennelemente sind ebenfalls immer noch atombombentauglich. Die Energiedichte im Reaktor selber ist so hoch, wie bei keinem Forschungsreaktor zuvor. Würde der Betrieb in Garching mit HEU endgültig erlaubt, so würden sich auch die beiden anderen For-

krankten werden. Die Krankheit, welche bekämpft werden soll, wird selbst erzeugt – einfach irrsinnig. In einer Art Vernebelungstaktik wurde die Krebsangst der Menschen instrumentalisiert, eine Akzeptanz für den Forschungsreaktor zu schaffen. Aber noch immer lehnen die Menschen vor Ort den Bau und den Betrieb des AKWs ab, denn sie fürchten zu Recht um ihre Gesundheit.

Die Kosten des Forschungsreaktors sind schon explodiert: selbstverständlich zu Lasten des Hochschulbetriebes an der TU München. Die Landesregierung war sich nicht zu schade, die Mittel aus dem allge-

meinen Hochschuletat für den Bau und den Betrieb des Reaktors zur Verfügung zu stellen. Das meiste Geld der Hochschulen erhält der Atomkonzern Siemens / Framatome, welcher das Baukonsortium anführt. Der Konzern will mit diesen Subventionen sein Produkt nun auch im Ausland fördern. Damit würde der Handel von atomwaffenfähigen Uran in Gang kommen, wenn mehr Länder Forschungsreaktoren mit HEU bauen würden.

Die unerhörte Ausgabe von öffentlichen Geldern haben die Folge, dass andere Studiengänge wegen dem Wahnsinn Stellen abbauen und immer mehr Geld einsparen müssen. Stattliche 435 Millionen Euro aus dem Bau- und Bildungsetat für bayerische Hochschulen sind inzwischen verbaut. Die Bundesregierung hat sich zudem mit ebenfalls 80 Millionen beteiligt. Das ist Geld, was woanders nun fehlt. Die jährlichen Betriebskosten mit bis zu 25 Millionen Euro haben sich inzwischen zum im Vergleich zum alten Finanzplan verdoppelt. Insgesamt ist der Forschungsreaktor ein Projekt, was nie hätte begonnen werden dürfen, nun sollte man ihn schnellstmöglich abschalten. Er verschlingt jährlich Unsummen und die Bevölkerung Münchens wird zusätzlich in Gefahr gebracht – und sei es „nur“ durch eine langsame radioaktive Verseuchung der Umgebung und der dort lebenden Menschen.

Oliver



schungsreaktoren in Jülich und in Berlin weigern, auf leicht angereichertes Uran umzustellen.

Krebsbekämpfung fragwürdig

Es mutet wie eine Farce an: der Forschungsreaktor FRM-II soll in der Krebsforschung durch seine hochdosierte Neutronenstrahlung Methoden finden, den Krebs besser zu bekämpfen. Dabei ist diese Methodik mit dem Einsatz von Neutronenstrahlung höchst umstritten und in England aufgrund seiner Gefährlichkeit inzwischen verboten. Aber hier wird mit dem Betrieb des FRM-II an der Methode geforscht werden, mit der katastrophalen Folge, dass wahrscheinlich Menschen in der Umgebung des Reaktors an Leukämie er-

Ausverkauf in unverschämtem Gange

Bahnhöfe im Sommerschlussverkauf

Der Wunschtermin für den Börsengang der staatseigenen Bahn, über den der Verkehrsausschuss des Bundestages Ende März in einer Anhörung debattierte und die inzwischen zwei Aufträge an Wirtschaftsberatungsunternehmen zur Überprüfung der Aktien- und Börsenfähigkeit der Bahn, stellen einen weiteren Meilenstein bei der Privatisierung gesellschaftlichen Vermögens dar.

Wer die nach der ersten Veröffentlichung nur noch mit einem Passwort erreichbare Netzseite der Investmentgesellschaft „First Rail Estate“ unter <http://www.german-rail-estate.com> besucht, liest dort: „Die FRE hat von der DB 600 zukunfts- und renditefähigen Immobilien zu einem günstigen Kaufpreis übernommen“

Bahnhof wird Profit-Center

Ein Fonds-Prospekt wirbt für private Anleger (Kommanditisten) bei einer Mindestanlage von 20 000 Euro und verspricht, dass diese „anonym“ bleiben und jeder der Bahnhöfe „jetzt zum Profit-Center“ wird. In Aussicht gestellt werden „mindestens 10 %“ Rendite und „ein Gewinn im Fall des Weiterverkaufs der Immobilien (nach 13 Jahren), der bei bis zu 100 Prozent über den Ausschüttungen“ liegen könne.

Übernommen von FRE wurden zunächst 1000 Bahnhöfe, von denen 600 besonders renditefähig an den Fonds „German Rail Estate GmbH & Co, Fonds I KG“, kurz „Fonds German Rail Estate 1“ weiterverschachert wurden.

Die Bahnhöfe befinden sich an aktiven Strecken und sollen überwiegend weiter „in Betrieb“ bleiben.

Sie haben eine zu vermietende und zu verpachtende Nutzfläche von 237.000 Quadratmetern, wovon 151.000 bisher „nicht für Fremdvermietung genutzt“ werden.

Dabei wird nicht etwa privates Kapital zur sinnvollen Weiterentwicklung von Bahnhöfen als Teil des Schienenverkehrssystems genutzt. Sondern:

Im sogenannten „Investitionsplan“ sind als „Gesamtetat für die Instandsetzung von 600 Gebäuden“ gerade mal 23,4 Mio. Euro ausgewiesen. Fast 50 % der zu erzielenden Bruttorenditen müssen an die Muttergesellschaft abgeführt werden. Die ausgewiesenen hohen Renditen kommen offensichtlich zustande über:

- Vermietung/Verpachtung von bisher freien Bahnhofsflächen – u.a. an Betreiber-gesellschaften (überwiegend DB), die die Flächen bisher kostenfrei nutzten.
- die Erhöhung von Miet- und Pachtzinsen (erneut gegen Bahn und andere Schienendienstleister)
- öffentliche Mittel, die zur Bahnhofs-anierung eingesetzt werden sollten.

Entwertung von Bahnhöfen

Im Vorlauf des zum Allheilmittel erhobenen Börsengangs der Bahn lässt sich somit eine dreifache Entwertung von Bahnhöfen als integralen Bestandteil des Schienensystems beobachten:

1. Die Zahl der Bahnhöfe wird massiv reduziert: zu Beginn der Bahnreform 1994 waren es 5 843 Bahnhöfe; 2001 noch 5 300 Haltepunkte.

2. Die Bahnhöfe werden in ihrer verkehrstechnischen Funktion vielfach entwertet: das kurze Dach des Lehrter Bahnhofs in Berlin; die geplante Abstoßung und Aufgabe des Inselbahnhofs Lindau; der geplante Bypass in Mannheim oder der flächendeckende Abbau von Reisezentren und die Schließung von Schaltern.

3. Öffentliches Gemeineigentum, durch Steuergelder aufgebaut, wird „outsourced“ und durch kostenlose Weitergabe an Private enteignet.

Dadurch wird die Synergie (das Zusammenspiel) im Verkehrssystem Schiene weiter abgebaut. Der verantwortungslose Ausverkauf von gesellschaftlichen Vermögen, das in einem Zeitraum von mehr als 100 Jahren geschaffen wurde, ist ein handfester schwerer Diebstahl.

(basierend auf der BsB-PE 6/04 vom 26.3.04 verfasst von Oliver Stoll)

Weitere Infos zum Thema: Bürgerbahn statt Börsenbahn, Exerzierstr. 20, 13357 Berlin, Tel: 030/492 7473, Fax: 7972
 buergerbahn@umkehr.de
www.buergerbahn-statt-boersenbahn.de



Niederflurstraßenbahn-Weltmarktführer Siemens droht beim Modell Combino der Crash

Combino steht für Glieder-Straßenbahn. Combino-Trams wurden vom Hersteller Siemens stolz als Weltmarktführer im Bereich der Niederflur-Straßenbahnen bezeichnet – bis zum 13. März. Seit diesem Datum präsentieren sich Siemens-Vertreter beim Thema Combino schmallippig. Weltweit werden seit diesem Tag Straßenbahnen vom Typ Combino mit einer Laufleistung von mehr als 120.000 km auf Anweisung des Herstellers aus dem Verkehr gezogen – in Potsdam, Basel, Nordhausen ebenso wie in Hiroshima. Die Begründung, es gebe Zweifel an der „Dauerfestigkeit des Wagenkastens“, heißt im Klartext: Im Fall von schweren Unfällen oder auch bei einer Notbremsung kann die mehr als eine Tonne schwere Dachkonstruktion des Combino auf die Fahrgäste stürzen. In den gedrechselten Worten der Siemens Transportation-Pressestelle in Erlangen: „Das Verhalten des Wagenkastens ist nicht berechenbar.“ Was im Siemens-Werbeprospekt für den Combino-Einsatz in Hiroshima als besondere Servicefreundlichkeit präsentiert wird, könnte sich für Fahrgäste als Trauma erweisen: „Der Combino-Zentral-Container (mit Integration der Antriebsausrüstung mit Stromrichter ... und Batterie) bildet gleichzeitig das Fahrzeugdach. Alle Servicearbeiten können vom Wageninneren aus durchgeführt werden“.

Derzeit sind rund 550 Combino-Gliederbahnen in 14 Städten im Einsatz, so in Amsterdam, Augsburg, Basel, Bern, Düsseldorf, Erfurt, Freiburg, Hiroshima, Melbourne, Nordhausen, Potsdam, Ulm und Verona. Mit weiteren Nahverkehrsunternehmen, so mit demjenigen von Budapest, wurden Kaufverträge abgeschlossen. In vielen die Combino das Rückgrat des öffentlichen Personennahverkehrs. Der mögliche dauerhafte Ausfall der Combino-Straßenbahnen führt zu massiven Einschränkungen des jeweiligen öffentlichen Stadtverkehrs.

Doch just ein solcher Tram-GAU droht. Die zunächst u.a. in den Städten Potsdam und Basel „vorübergehend“ aus dem Verkehr gezogenen Combino werden möglicherweise nicht mehr oder nicht für einen lang-

andauernden Einsatz ausreichend repariert zum Einsatz gelangen. Die 120.000 km Laufleistung, ab der Combino-Trams in Werkstätten zurückzurufen seien, erweisen sich zunehmend als willkürlich; angesichts einer erwarteten Lebensdauer von 30 Jahren mit mehr als zwei Millionen Kilometern Laufleistung kommt die Kilometerbegrenzung durch den Hersteller ohnehin einem Offenbarungseid gleich. Die bisherigen Untersuchungen und die bisherigen Schadensfälle in der Combino-Praxis ergaben, dass auch Combino-Straßenbahnen mit geringerer Laufleistung Schäden aufweisen können, die einen Einsatz im Alltag gefährlich erscheinen lassen. Zwar behauptet der Hersteller STS in Erlangen auf Nachfrage noch, dass die Trams nach umfangreichen Reparaturen wieder in Betrieb genommen würden. Siemens kann dafür jedoch derzeit keinerlei Zeiträume nennen. „In zwei Wochen“ könne hierzu Näheres gesagt werden. Dann wären die Combino bereits einen Monat außer Betrieb gestellt. Untersuchungen an den in die Werkstätten zurückbeordneten Straßenbahnen deuten darauf hin, dass die in Frage kommenden Reparaturen extrem aufwendig und zeitintensiv sein würden – und dass keine Garantie dafür besteht, dass die reparierten Bahnen danach für längere Zeit als betriebssicher eingesetzt werden können. Siemens-intern stand der Tram-GAU bereits am 17. Dezember 2003 fest, als sich im Frankfurter Sheraton-Hotel die Technik-Chefs einer großen Zahl Stadtwerke mit Combino-Trams (darunter Basel, Bern, Freiburg, Potsdam, Amsterdam) trafen. Dort wurde auf Basis des Referats eines externen Gutachters vereinbart, dass über mehrere Jahre verteilt alle Combino in Werkstätten zurückzurufen sind und dass dort je Combino rund zehn Mann drei Wochen lang rund um die Uhr die Fahrzeuge einem „Re-engineering“ zur Nachbesserung der Wagenkasten-Festigkeit zu unterziehen hätten. Dieser geheime Baustellen-Fahrplan wurde dann am 12. März durchkreuzt, als ein flächendeckender Rückruf erforderlich wurde. Diese Vorgehensweise deutet jedoch auch darauf hin, dass der Rückruf

lediglich der publik gewordene Teil eines weit größeren Skandals ist. Siemens STS in Erlangen bestätigte auf Nachfrage den beschlossenen „internen Ertüchtigungsprozess“ für *alle* in Betrieb befindlichen Combino und veranschlagte dafür einen Zeiträume von zwei Jahren. Vertreter Combino-geschädigter Stadtwerke hielten bei dem Frankfurter Treffen selbst einen solchen Zeiträume für unrealistisch.

Art der Schäden

Die an den Combino-Straßenbahnen auftretenden Schäden haben einen Charakter, mit dem die gesamte Konstruktion dieses Tram-Typs in Frage gestellt wird. Die Problematik hängt mit der 100-Prozent-Niederflur-Konstruktionsweise zusammen. Bei dieser wird ein großer Teil der Technik, die sich bei „klassischen“ Straßenbahnen unterhalb der Bodenplatte und bei 70 Prozent-Niederflur-Fahrzeugen in den Fahrzeugteilen mit höher liegender Bodenplatte befindet, auf das Tram-Dach verlagert. Daraus resultieren hohe Anforderungen an Statik und Versteifung des Wagenkastens und an die Verbindungen zwischen Wagenkasten und Dachkonstruktion. Die gesamte Konstruktion wird von Siemens wie folgt beschrieben: „Die Wagenkästen bestehen aus einer im Bodenbereich geschweißten und im Aufbaubereich geschraubten Aluminiumkonstruktion; das Dach wird durch eine Sandwichplatte (...) gebildet. Die auf die geschweißte Bodenkonstruktion aufgesetzten Fahrzeugköpfe sind aus einem glasfaserverstärkten Kunststoff-Hartschaum-Sandwich hergestellt.“

Der relativ filigrane Aufbau der Seitenwände, die dort vorhandenen großflächigen Fensterscheiben, die laut einer Schrift des Siemens-Nahverkehrs-Projektleiters Jürgen Schnaas aus 1997 wiederum selbst „statisch mittragend“ sind, und das tonnenschwere Dach mit Containern verfügen offensichtlich über eine Festigkeit, die den Belastungen im Alltagsverkehr nicht ausreichend gewachsen ist. Im Bodenbereich angesiedelte Schraubverbindungen der Gitterkonstruktion („Alu-Grip“) wiesen

bereits in einem frühen Stadium des Einsatzes Schäden auf. Inzwischen wurden geschwächte Schraubverbindungen auch in Bereichen entdeckt, welche die Seitenwände und die Dachkonstruktion zusammenhalten. Kurt Bachmann, Großrat in Basel, schrieb dazu in einem Offenen Brief an den Verwaltungspräsidenten der Baseler Verkehrsbetriebe (BVB): „Wie kann es sein, dass die aus jedweder Gittermast- und Brücken-Konstruktion zur Erreichung der notwendigen Festigkeit bekannten Diagonal-Verstrebungen bei einem rein aus Aluminium-Strangprofilen aufgebauten Fahrzeug fehlen? ... Wie kann es sein, dass bekanntermaßen die sich durch Anfahren und Bremsen vom Rechteck zum Parallelogramm verformenden Seitenwände die Verbindungswinkel zwischen Bodenplatte und Seitenwände zerstören und man nicht schon vor Jahren auf die Idee gekommen ist, dass damit zwangsläufig die oberen Verbindungswinkel von Tür- und Fenstersäulen zum Dachgurt auch beschädigt worden sein müssen?“

Durchbruch in Potsdam

In den neunziger Jahren erlebten Straßenbahnen eine unerwartete Renaissance. Dutzende Städte führten die Tram neu ein. Einige Nahverkehrsbetriebe, die in den 50er und 60er Jahre ihre Tram aus dem Verkehr gezogen hatten, kehrten reumütig zur „guten alten Straßenbahn“ zurück. Städte wie Nordhausen, die nach bisher geltenden westdeutschen Kriterien für einen Straßenbahneinsatz als zu klein galten, konnten nach der Wende ihre Straßenbahn verteidigen und das Netz teilweise ausbauen. Mit der Modernisierung des Fahrzeugparks durch Combino-Trams sollte dieser Trend in traditionellen ostdeutschen Straßenbahnstädten wie Nordhausen und Erfurt gefestigt werden.

Parallel zu der Tram-Renaissance kam es zu einer enormen Konzentration unter den Straßenbahnherstellern. Während es in den achtziger Jahren allein in Europa noch rund ein Dutzend Tram-Hersteller gab, sind es heute mit Siemens, Bombardier (Kanada) und Alstom (Frankreich) und Ansaldo-Breda noch vier. All dies war von einem heftigem Wettbewerb und einem ruinösen Preisdumping begleitet.

Siemens trat erst Mitte der neunziger Jahre durch den Zukauf von DUEWAG und die Bildung der Tochter Siemens Transportat-

ion Systems (STS) als Anbieter von Straßenbahnen auf. Zu diesem Zeitpunkt beherrschte die Konkurrenz von GEC-Alsthom (heute Alstom) und ABB-AEG (später Adtranz, heute Bombardier) den Markt für moderne Straßenbahnen. Das begünstigte das Setzen auf eine völlig neue, aber eben auch wenig erprobte Technologie: den Combino als 100prozentige Niederflurkonstruktion mit geschraubtem Aluminium-Wagenkasten. Der STS-Vorstandsvorsitzender W.O. Martinsen ließ 1997 keinen Zweifel daran, in welchem Segment ein Siemens-Durchbruch in der Bahntechnik erfolgen sollte: „Die Hochgeschwindigkeitsprojekte sind fürs Prestige, aber mit Urban Transport Projects ist Geld zu verdienen.“ Die Entwicklung sollte Martinsen in beiden Bereichen Unrecht geben: Im Dezember 2003 mussten alle Diesel-ICE der Deutschen Bahn, die von Siemens maßgeblich erstellt wurden, stillgelegt werden; zunehmend schadet auch der Hochgeschwindigkeitsverkehr dem Siemens-Prestige. Die peinliche Performance der Siemens-Thyssen-Magnetbahn Transrapid in Shanghai trägt zu dem Ansehensverlust in diesem Verkehrsegment bei. Im Segment Stadtverkehr und mit dem Combino-Desaster dürfte der Münchner Konzern bzw. seine in Erlangen angesiedelte Tochter STS nun einen massiven Verlust an Ansehen *und* Geld erleiden.

Den Durchbruch im Schienenverkehrssektor erzielte Siemens dann am 19. Dezember 1996 in der brandenburgischen Landeshauptstadt Potsdam, als dort der Aufsichtsrat der Verkehrsbetriebe Potsdam GmbH (ViP) beschloß, „das Angebot der Firma Siemens mit fünf Ja-Stimmen, einer Stimmenthaltung ... anzunehmen“. Gegenüber den konkurrierenden Modellen und Angeboten, so das Sitzungsprotokoll, weise der Combino „eindeutige technische, benutzerfreundliche, innovative und preisliche Vorteile“ aus. Obgleich sich der Combino noch in keinem Stadtverkehr im Alltagseinsatz befand und obwohl es sich faktisch um einen Prototyp handelte, beschlossen die Potsdamer gleich einen Einkauf im Weltstadt-Format: 48 Combino-Straßenbahnen für insgesamt 150 Millionen Mark wurden geordert, wobei die Lieferung im Zeitraum 1998 bis 2009 erfolgen soll. In der Aufsichtsratssitzung hatte der ViP-Geschäftsführer Georg Dukiewicz seine Kompetenz mit den Worten unterstrichen, beim Combino handle es sich um das „zweifelloso innovativste

Lösungsangebot für die nächsten Jahrzehnte“. Für „den anderen Kandidaten“ – ein Fahrzeug von DWA, heute Teil des Bombardier-Konzerns, hergestellt u.a. in Batzen und Vetschau – spreche „möglicherweise die zunächst besseren Wertschöpfungsanteile in der Region“. Bemerkenswert bei der Entscheidung war auch die faktische Große Koalition aus Stadtkämmerer und Aufsichtsratsvorsitzendem Bosse (SPD) und dem PDS-Fraktionsvorsitzendem Scharfenberg, die sich für eine vermeintliche Innovation aussprachen und die Forderung nach Förderung von Arbeitsplätzen in der ostdeutschen Region (Hennigsdorf oder Bautzen) ausschlugen. Im Nachhinein erweist sich, dass die bei den Berliner Verkehrsbetrieben BVG eingesetzte Niederflur-Straßenbahnen vom Typ GT6, die bei Adtranz (heute Bombardier Transportation) in Hennigsdorf hergestellt werden, den Anforderungen im Alltagsstadtverkehr weit besser gewachsen sind als der Combino. Die Parteinahme der Potsdamer Verkehrsbetriebe für Siemens ist derart nachhaltig, dass noch am 18. März 2004, eine Woche nach der flächendeckenden Rückrufaktion der Potsdamer Combino, der neue ViP-Chef Martin Weis erklärte: „Wir gehen davon aus, dass wir weitere Bahnen dort (bei Siemens) wie geplant abrufen.“

Der Potsdamer Beschluss von 1996 war mit auffälligen Ungereimtheiten verbunden. Das entscheidende Verkaufs- und Preisangebot ist handschriftlich abgefasst; von ihm tauchten zwei Fassungen auf, die substantiell voneinander differieren und Gegenstand von Untersuchungen des Bundeskriminalamts waren. Das brandenburgische Innenministerium stellte mit Schreiben vom 11.3.1997 an den Chef der ViP, Dukiewicz, fest, dass „das Vergabeverfahren nicht mit dem geltenden Vergaberecht im Einklang“ stand und der „Auftrag nicht auf das wirtschaftlich günstigste Angebot erteilt“ wurde. Rechtlich hatte die Feststellung keine Folgen.

Im Vorfeld der Combino-Anschaffung und in den Jahren seit 1997 gab es Warnungen und Kritik an dem Projekt. Im Potsdamer Stadtgebiet gab es – wie in allen anderen Städten mit Combino-Einsatz – flächendeckende Klagen über die Lärmemissionen des Combino, was vom ViP-Geschäftsführer Dukiewicz mit der Bemerkung gekontert wurde: „Die geräuschlose Bahn gibt es noch nicht.“ Der Nahverkehrsberater Dieter

Doege stellte am 12. Januar 1997 fest: „Das Pflichtenheft (für die Ausschreibung) schreibt 70 Prozent Niederflur vor, d.h. Bug und Heck des Fahrzeugs sind erhöht, um den Platz für die bewährte und zuverlässige Antriebstechnik zu haben ...

100prozentige Niederflurigkeit erzwingt dagegen eine noch nicht ausgereifte Antriebstechnologie und muss mit erhöhten ... Reparaturkosten bei Unfällen und schlechterem Fahrverhalten erkauft werden.“ Die Beschaffung des „im rauen Betriebsalltags in keiner Weise erprobten Siemens-Fahrzeugs“ sei „geradezu unverantwortlich“; eine Bestellung „von 48 Großraum-Straßenbahnen unverhältnismäßig.“

Die Verantwortlichen der Stadt Potsdam reagierten auf solche Vorbehalte aggressiv; Doege wurde von dem Verkehrsbetrieb Potsdam „auf Unterlassung der Behauptung, ihre Mitarbeiter hätten sich durch die Siemens AG bestechen lassen“ verklagt. Als Kronzeuge für diese Doege-Behauptung, die im Prozeß nicht belegt werden konnte, trat der PDS-Fraktionsvorsitzenden Scharfenberg auf. Die ViP verlor den Prozeß; Scharfenberg sein Gesicht; der Chefredakteur der Potsdamer Neuesten Nachrichten, Michael Erbach, erhielt 1998 den „Wächter-Preis“ für seine Berichterstattung über die Potsdamer Combino-Affäre und die Verteidigung des Nahverkehrsberaters in der Verleumdungskampagne. Im Sommer 2003 legte Doege eine umfassende Dokumentation über „Combino im Städtevergleich“ vor. Darin wurde von flächendeckenden Problemen beim Combino-Einsatz in den Städten Potsdam, Nordhausen, Freiburg und Amsterdam berichtet. In der Arbeit fand sich u.a. der Verweis, wonach der „Wagenkasten offenbar starken, punktförmigen Krafteinwirkungen nicht gewachsen“ sei; festgestellt wurde ein „teilweises Ab- und Auseinanderreißen von Fahrzeuggliedern“. Es komme zu „offensichtlich unterschätzten Stellkräften“. ViP konterte unter Hinzuziehung eines Professors der Technischen Universität Berlin, der in erster Linie über Erfahrungen auf dem Gebiet der Verkehrslärmforschung verfügt, es handle sich um „ein von der CDU-Fraktion bezahltes Auftragswerk, das nicht als Gutachten ... gelten kann“. Ein

halbes Jahr später ist festzustellen, dass die in der Arbeit benannten Schwachstellen nun auch vom Hersteller derart ernst genommen werden, dass er die Betriebssicherheit der Combino-Straßenbahnen zumindest ab Tacho-Stand 120.000 km nicht mehr gewährleistet sieht.

Das Combino-Desaster läßt nirgendwo Freude oder Schadenfreude aufkommen. Es gibt drei Schwerstgeschädigte. Da ist zunächst die Weltfirma Siemens, die sich mit Verlusten von bis zu einer Milliarde Euro und einem Ansehensverlust, wie es ihn zuletzt in vergleichbarer Form beim Maut-Debakel gab, konfrontiert sieht. Dadurch wird sich der Druck zu einer weiteren Konzentration in der Bahntechnik verstärken; die Gefahr der Vernichtung weiterer Tausender Arbeitsplätze ist groß. Sodann sind die geschädigten Städte zu nennen, in denen sich Combino im Einsatz befinden. Ein zu erwartender Ausfall der Combino-Straßenbahnen kann nur schwer ersetzt werden. Prozesse wegen Regress-Ansprüchen können sich lange hinziehen. Im Fall Potsdam leisteten sich die ViP-Verantwortlichen noch die Peinlichkeit, einem Kaufvertrag zuzustimmen, der die Haftung des Herstellers auf maximal fünf Prozent des Fahrzeugpreises begrenzt. In anderen Städten, so in Basel, soll die Haftung durch den Hersteller ebenfalls unzureichend sein.

Schließlich ist der städtische Nahverkehr als Ganzes zu nennen, der mit der „Tramplosion“ immensen Schaden erleiden wird. Die Renaissance der Straßenbahn erhält mehr als einen Dämpfer. Einen Neustart auf diesem Gebiet, wie er in den achtziger und neunziger Jahre noch möglich war, wird es aufgrund der finanziellen Nöte der Kommunen nur schwer geben können. Auch ohne

den Combino-Crash errechnete die Verkehrsberatungsgesellschaft SCI, dass der weltweite „Light-Rail-Markt“ von 1,7 Milliarden Euro im Jahr 2002 auf eine Milliarde Euro im Jahr 2005 kollabieren würde. In Städten mit Combino-Straßenbahnen wird sich vor allem die Frage stellen, ob und wie die knapper werdenden Mittel für Ersatzbeschaffungen eingesetzt werden. Die Potsdamer Verkehrsbetriebe haben schon mal drei Tatra-Gelenk-Straßenbahnen zurückbeordert, die sie bereits nach Ungarn verkauft hatten. Nun hat Stahl aus Tschechien wieder Vorzug vor Alu in der Mark Brandenburg.

(Fortsetzung im nächsten FUI.)

Quellen

Zitat Martinsen nach: Stadtverkehr 4/97.
Zitat zur Wagenkasten-Konstruktion: Jürgen Schnaas, Reparaturfreundliche Fahrzeugkonstruktion – Überlegungen am Beispiel Combino; Sonderdruck aus Der Nahverkehr 4/97; herausgegeben von Siemens o.J. (1998).

Kurt Bachmann-Zitat: Offener Brief von KB an Ralph Lewin, BVB-Verwaltungspräsident, vom 28. März 2004.

ViP-Aufsichtsratssitzungen / Protokolle vom 17.12.1996 und 19.12.199, dort auch erstes Zitat von Dukiewicz

Unterschiedliche Abfassungen des handschriftlichen Vertrags u.a. wie im Faksimile wiedergegeben in Potsdamer Neueste Nachrichten vom 19.9.2003.

Brandenburgisches Innenministerium - Mitteilung zur Vergabeverordnung; Brief des Ministeriums an ViP vom 11. März 2004; Gesch.Z. II.4-80-50-54.

Dukiewicz-Zitat (zur geräuschlosen Bahn) nach: Märkische Allgemeine Zeitung vom 1.8.2003.

Doege Zitat nach: Brief vom 12.1.97 an das brandenburgische Innenministerium.

Zitat Martin Weis nach: Potsdamer Neueste Nachrichten vom 18.3.2004

(Fernmündliche) Gespräche mit Dr. Joachim Stark, Kommunikationsabteilung von Siemens STS Erlangen, am 30. und 31.3.2004.

Autor: Winfried Wolf, buergerbahn@umkehr.de



Niederflurstraßenbahn in Orleans

Weniger Bahn gab's noch nie!

System Bahn wird weiter abgebaut - aber das Auto rollt ... und das Flugzeug düst in die Klimakatastrophe

Während das Auto und das Fliegen immer billiger wird, verliert das Verkehrssystem Schiene weiter an Boden.

Billigwagen fürs Volk

8900 E. soll der günstigste Volkswagen kosten. Der VW-Käfer kostete 1950 nur 5000 DM (ca. 2550 E.). Schaut mensch sich aber die Gehälter damals und heute an, zeigt sich schnell, daß ein/e ArbeiterIn im produzierenden Gewerbe heute deutlich weniger arbeiten muss als zu Beginn der BRD. Damals verdiente er/sie im Durchschnitt knapp 1,30 DM pro Stunde. Er/Sie mußte rechnerisch rund 3900 Stunden arbeiten, um sich das Auto leisten zu können. Heute liegt der Durchschnittslohn eines qualifizierten Arbeiters bei rund 15 Euro.

Der Lupo II ist somit nach rund 600 Stunden verdient. Für einen neuen VW-Golf bräuhete es über 1000 Stunden.

Auch wenn es sich um eine Bruttorechnung handelt und die Abgaben heute deutlich höher sind und die Löhne wieder sinken, ist die Autoindustrie Hitlers Wahnversprechen aus der Mitte der 30er Jahre - jedem Deutschen seinen Volkswagen - deutlich näher gekommen.

Selbst die Bild am Sonntag bilanziert am 14.03.04 auf S. 9: „1950 mußte für einen VW-Käfer noch sechs Mal so lange gearbeitet werden wie heute für den neuen VW“

Steuern gegen Bahn

Zusätzlich wird das Verkehrssystem Motorisierter Individualverkehr (MIV) dadurch begünstigt, dass seine NutzerInnen weniger als 40 Prozent der damit verbundenen Kosten selbst aufbringen müssen (z.B. über Mineral- und KFZ-Steuer). Der Rest wird aus allgemeinen Steuern und der Neuverschuldung bezahlt bzw. bei der Ausfinanzierung der anderer Verkehrsträger und Gemeinwesenaufgaben eingespart.

Diese seit dem nationalsozialistischen sogenannten 3. Reich ungebrochene massive Bevorzugung führt zu immer ungerechteren Verkehrs(-infra)-, Stadt-, Versorgungsstrukturen. Das Verkehrssystem versiegelt weiterhin ununterbrochen die Landschaft (täglich ca. ein Fußballfeld), verdrängt andere Fortbewegungsformen und Lebewesen und schafft sich somit seine eigenen Strukturen, die nur noch mit dem MIV optimal genutzt werden können (Industrie- und Supermärkte auf der sogenannten grünen Wiese).

Güter von der Schiene

Gleichzeitig beginnt unter der Tarnung des Leitsatzes „Güter auf die Schiene“ der völlige Abbau der ersten Komponente des Systems Rad-Schiene: der Güterverkehr. Seit die Bundesbahn mit der Bahnreform die DBCargo in einen eigenen Betriebszweig auslagerte, gingen die Verkehrszahlen weiter deutlich zurück. Inzwischen ist der Anteil der Güter auf der Bahn sogar deutlich geringer als im Bahnentwicklungsland USA und erreicht nicht einmal mehr 15 %. Die DBCargo fusionierte mit zahlreichen LKW-Speditionen, deren Chefs zum Teil im Aufsichtsrat der DB vertreten sind. Aus DBCargo wurde innerhalb von 10 Jahren Railion und seit 2004 nun unter dem Dach der LKW-Spedition Stinnes AG mit den Töchtern Railion, Freight Logistics, Intermodal und LKW-Logistikdienstleister Schenker ein LKW- und Flugtransportkonzern mit einer Kleinstsparte Eisenbahntransport.

Konsequent ist es da nur, dass die DB in ihrer Imagebroschüre „Die Bahn macht mobil“ unter der Kapitelüberschrift „Transport und Logistik - Arbeit im globalen Netzwerk“ (S. 118-144) nicht ein Wort oder gar Bild über Gütertransport auf der Schiene verliert.

Lasst Fakten sprechen

Selbst aus den immer wieder zwecks Börsengangversuchs geschönten Zahlen ist deutlich zu ersehen:

Güterbetriebsleistung: 2002-2003: -3,3 %, von 2001-2002: -7%; Anzahl der Güterbahnhöfe 2004: 222, Rückgang nach rapidem Abbau in den letzten Jahrzehnten: -0,8 % (siehe dazu BsB-Presstext 6/04 v. 26.3.04), wobei die Betriebslänge von 44 000 km vor zehn Jahren auf 35.593 km im Jahr 2003 und damit zum Vorjahr um weitere 0,6 % (2001-2002: -0,5%) gesunken ist.

Bahnverschlankung

„Mehr Bahn gab es noch nie“ posaunt die Flugmanager-Chefetage im Bahntower am Potsdamer Platz in Berlin. Das tonangebende Fernverkehrsmanagement unter Mehdorn versenkt Milliardensummen in Großprojekten z.B. im märkischen Sand (Centralbf.-Lehrter Bhf.) und vernachlässigt, nein bekämpft, das Gesamtsystem Schiene, den Netzgedanken sowie eine Flächenbahn, die flächendeckende Versorgung der Bevölkerung mit Bahntransportleistungen im Kleinbahnbetrieb.

(siehe <http://www.sbb.ch>)

Kein Wunder das auch die Bahnangestellten vom Stellwerker bis zum Schalterangestellten im Reisezentrum in diesem Land keine Bahnzukunft sehen..

Die Bahn will das sogenannte Beschäftigungsbündnis mit den Gewerkschaften Transnet, GDBA und GDL nur verlängern, wenn die Arbeiter zur 40-Stundenwoche als Regelarbeitszeit ohne jeglichen Lohnausgleich bereit sind. (junge welt 19.05.04) Ohnehin hat die Bahn einen personellen Aderlass hinter sich, der einmalig sein dürfte.

Die DB beschäftigt heute noch gerade mal 199 000 Personen, fast 100 000 Personen weniger als noch vor 10 Jahren.

Unsozialer Arbeitsplatzabbau

Aber auch die inzwischen größtenteils unter bahnfremder Verwaltung stehende Bahnindustrie schraubt trotz voller Auftragsbücher und zweistelliger Zuwachsraten („Die Bahnindustrie unter Volldampf“ aus Frankfurter Rundschau vom Do, 9.10.03, Wirtschaft) die Werke und Beschäftigungszahlen zum Wohle des Shareholder-Value und der Gewinnmargen für Abzock-Aktionäre immer weiter zurück. Jüngste Beispiele sind unter anderem die geplante Schließung des Bombardier-Transportation-Werkes in Ammendorf (Halle/Salle) und weiterer Standorte (Pratteln, Amadora, Kalmar, Derby, Doncaster, Wakefield) und damit die geplante Vernichtung von 18,5 % der weltweiten Arbeitsplätze.

Klimakiller Flug holt Auto ein

Im Gegenzug erhält die Luftfahrtbranche massive öffentliche Subventionen und wird dadurch in ihrem Wachstum zusätzlich gefördert, u.a. durch die Befreiung von Kerosin- und – im internationalen Verkehr - Mehrwertsteuer, Subventionierung der Luftfahrtforschung, direkte Zahlungen an Fluggesellschaften, die Unterstützung von Flughafenerweiterungen und -umbauten, Subventionierung der Landverkehrsanbindung und die fehlende Internalisierung externer Kosten.

Besonders stark ist in jüngster Zeit das Wachstum der Billigfluglinien, was vor al-



lem an den niedrigen Ticketpreisen liegt. Diese niedrigen Preise sind jedoch nicht nur - wie von den Billig-Airlines selbst in erster Linie behauptet wird - auf Effizienzsteigerungen und weniger Serviceleistungen zurückzuführen, sondern zu einem großen Teil auf staatliche Subventionen. (<http://www.germanwatch.org/rio/bpfl03-3.htm>)

Rekordsubvention für Luftfahrt: Umweltschädlich, anachronistisch, ungerecht

Die Allianz pro Schiene weist in der Pressemitteilung vom 31/04 vom 08.06.04 darauf hin:

„Die Steuerfreiheit von Flugtreibstoff ist umweltschädlich, anachronistisch und ungerecht“, so der Geschäftsführer des Schienenbündnisses. Während Auto- und Bahnfahrer Mineralölsteuer, Ökosteuern und Mehrwertsteuer auf jeden Liter Treibstoff zahlen, „verpesten die Fluggesellschaften unsere Atmosphäre mit staatlicher Unterstützung“. Nach Berechnungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) wurde der Flugverkehr in Deutschland im Jahre 2001 allein durch die Befreiung von der Kerosinsteuer mit 2,2 Mrd Euro subventioniert.

Neue wissenschaftliche Erkenntnisse weisen darauf hin, dass der Flugverkehr das Klima etwa doppelt so stark wie bisher angenommen belastet. Klimaexperten weisen darauf hin, dass der Flugverkehr mittlerweile fast 9 Prozent zum globalen Treibhauseffekt beiträgt.

Die Steuerbefreiung des Luftverkehrs geht auf das so genannte Chicagoer Abkommen aus dem Jahr 1944 zurück, mit dem das damals junge Verkehrsmittel Flugzeug gefördert werden sollte. Diese Anschubförderung ist überholt, da der Luftverkehr mit jährlichen Wachstumsraten von 5 Prozent längst etabliert habe.

Die Allianz pro Schiene verweist nachdrücklich auf die Ungerechtigkeit gegenüber Bahnfahrern, die durch die Steuerbefreiung des Flugverkehrs entstehe. „Auf der Strecke Berlin-München spart der Flieger 25 Euro gegenüber dem Bahnfahrer, der alle üblichen Steuern mit seinem Bahnticket bezahlt“, rechnete Dirk Flege vor. Seit der europäischen Richtlinie 2003/96/EG vom 23. Oktober 2003 zur Besteuerung von Energieerzeugnissen ist es ohne weiteres möglich, eine Kerosinsteuer auf innerdeut-

sche Flüge einzuführen. In Deutschland ist dazu eine Zustimmung des Bundesrates nicht erforderlich. (<http://www.allianz-pro-schiene.de>)

Aktiver Widerstand

ROBIN WOOD weist in seiner aktuellen Klimaschutz-Kampagne „Der schnellste Klimakiller – Flugverkehr wächst so extrem wie nie zuvor!“ u.a. auf folgende klimaverändernde Tatsachen hin:

- der Flugverkehr ist mit dem weltweiten PKW- u. LKW-Verkehr die umweltschädlichste Transportart auf diesem Planeten und wird weltweit, in Europa und in der BRD am höchsten subventioniert
- der gewerbliche Flugverkehr ist befreit von Mineral-, Öko-, Mehrwertsteuer.
- Dadurch entstehen Steuerausfälle zu Lasten des Gemeinwesens und der Bahn von jährlich 5 Mrd. Euro.
- z.B. schädigt ein Flug nach Mallorca das Klima so schwer wie ein Jahr Autofahren

Vor unserer Haustür passiert dieses Jahr in Sachen Flugkiller folgendes: Die Fraport AG wird zwischen Flughafen Frankfurt und der Stadt Mörfelden/Walldorf mit dem Kahlschlag des per Gesetz eigentlich geschützten Bannwaldes beginnen. Insgesamt plant die Fraport eine Steigerung von 450 000 auf 800 000 Flugbewegungen pro Jahr allein am Flughafen Frankfurt/Main, mehr als 2000 Flugbewegungen am Tag.

(<http://www.umwelt.org/robin-wood/german/verkehr/fg/index.htm>)

Mit der Realisation einer solchen Ausbaustufe, zu der etwas später noch eine vierte Landebahn im Norden des jetzigen Flughafengeländes nahe Kelsterbach entstehen soll. Mit dem Bau dieser sogenannten Nordwest-Variante wäre dem Flugverkehrsexpansion alle Tore himmelweit offen.

Flug- und Autofrei - Spaß dabei Nahstadtfern 2004

Weitere verkehrspolitische Informationen, Veränderungsvorschläge und Möglichkeiten die leicht möglichen Alternativen jedes Jahr spielend auszuprobieren und um zu setzen (2004 unter dem Motto „nah-stadtfern“) und im Jahr 2005 am 19. und 21.06.05: <http://www.mobilohneauto.de>

Oli

Erziehung - ein schwieriges Kapitel.

Erfahrungsgemäß gibt es in dieser Frage viele Missverständnisse. Hier vorab eine Definition. Erziehung ist eine planmäßige (absichtliche) und zielgerichtete Tätigkeit zur Formung meist junger Menschen. Erziehung findet also nicht bei jeder Kommunikation, bei jeder Beeinflussung statt, sondern nur, wenn sich einer über den anderen erhebt und meint, ihn zu einem Ziel (hin er-) ziehen zu dürfen oder zu müssen. Es gibt bei Erziehung immer ein Erziehungssubjekt und ein Erziehungsobjekt, den Ziehenden und den Gezogenen, den Erzieher und den Zögling, ein Oben und ein Unten. Der Erzieher stellt Ge- und Verbote auf, sorgt für deren Einhaltung und versucht, dass das Kind in der entsprechenden Zeit zu den gesteckten Zielen gelangt.



Schwerpunkt Umweltbildung

“Ich kann das Reden über die Umweltprobleme nicht mehr hören.”
 “Die negative Entwicklung ist doch sowieso nicht mehr aufzuhalten.”
 “Der/die Einzelne kann doch sowieso nichts tun. Sollen doch die Politiker/innen und die Wirtschaftsvertreter/innen zuerst anfangen.”

NEIN, find´ich nicht. Viel Spaß beim Lesen und Umsetzen, Sigrid

Inhaltsverzeichnis

| | |
|---|-------|
| 1. Geschichte der Umweltbildung | S. 22 |
| 2. Strömungen der Umweltbildung | S. 23 |
| 3. Emanzipatorischer Umweltschutz | S. 26 |
| Umweltbildung von unten..... | S. 27 |
| 4. Verhallende Nachhaltigkeitsdefinitionen | S. 28 |
| „Du sollst keine anderen Leitlinien haben neben mir!“ - | |
| Agenda 21 & (außer)schulische Umweltbildung | S. 34 |
| 5. Umweltbildungsgruppen und -portale im Internet | S. 36 |
| 6. Materialien | S. 37 |
| 7. Umweltbildung - grünes Gewissen der Konzerne? | S. 37 |
| 8. Nach der Theorie – rein in´s Leben! | S. 38 |

Gleichberechtigung

KinderRÄchTsZÄnker (KRÄTZÄ) wollen grundsätzliche Veränderungen

Alles hat mit einigen einfachen Fragen angefangen, z.B.: Dürfen Eltern Dich zwingen, Klamotten anzuziehen, die Du nicht willst? Wann wird ins Bett gegangen? Darf Lehrer auf Klo gehen verbieten? Insgesamt war schnell eine ganze „Fibel“ mit Problemen von jungen Menschen zusammengetragen. Das war 1992. Die Gruppe, die sich diese Arbeit gemacht hatte, gab sich den Namen KinderRÄchTsZÄnker, kurz K.R.Ä.T.Z.Ä. Seitdem gibt es im Verein Netzwerk Spiel/Kultur Prenzlauer Berg e.V. ein Projekt, in dem sich Jugendliche mit der Gleichberechtigung von Menschen unabhängig vom Alter beschäftigen. Und neben den alltäglichen Ungerechtigkeiten, denen junge Menschen häufig ausgesetzt sind, stießen sie beim Nachdenken schnell auf mehrere sehr allgemeine Punkte, die die ganze Gesellschaft betreffen: Woher nehmen Eltern das Recht, ihren Kindern Vorschriften zu machen? Ist die Schulpflicht sinnvoll oder sollte sie nicht besser durch ein Bildungsrecht ersetzt werden? Warum haben Kinder kein Wahlrecht? Mit diesen und ähnlichen Fragen haben sich die KinderRÄchTsZÄnker in den letzten Jahren beschäftigt. (...)

Quelle der Texte: www.kraetzae.de

1. Geschichte der Umweltbildung

Die erste Phase der Geschichte der Umweltbildung wird durch die frühe schulische Umwelterziehung und ihre Kritik sowie durch die alternativen Ansätze des *Ökologischen Lernens* und der *Ökopädagogik* geprägt. Diese sich sehr unterscheidenden und z. T. heftig bekämpfenden Ansätze eint zwar weitgehend ein instrumentelles Verständnis von Pädagogik, gleichwohl kann man einzelne bildungsrelevante Argumentationen und Aspekte identifizieren. Mitte der 80er Jahre finden sich die ersten Diskurse und Ansätze innerhalb der Umweltbildung, die man als explizite Vorstufen möglicher weitergehender bildungstheoretischer Konzepte interpretieren kann. Schon etwas früher entstanden von erziehungswissenschaftlicher Seite neben dem Umweltbildungsdiskurs der ersten Phase die ersten umfassender verstandenen Ansätze ‚ökologischer Bildungstheorien‘. Sie hatten eine anthropologische (Kern/Wittig 1982 u. 1985) oder systemökologische (Huschke-Rhein 1984ff) Basis, fanden jedoch wenig Resonanz.

Die ‚Erfindung‘ der Umweltbildung

Sechs Jahre nach Verabschiedung der Empfehlung zu „Umwelt und Unterricht“ durch die Kultusministerkonferenz (KMK) führte auf Bundesebene das damalige Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft (BMBW) gemeinsam mit Experten aus den Bildungsbereichen Kindergarten, Schule, berufliche Bildung, Hochschule und Weiterbildung das Symposium *Zukunftsaufgabe Umweltbildung* durch. Das verabschiedete Arbeitsprogramm sah für alle beteiligten Bildungsbereiche vor, daß sie zum Umweltschutz über fundiertes Wissen, angestrebte Verhaltensveränderungen und entsprechende (öko)ethische Normen beitragen sollten (BMBW 1987ff). Ein Förderprogramm für Modellversuche wurde aufgelegt (Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung), auf europäischer Ebene Aktivitäten gestartet und vom EG-Ministerrat entsprechende Beschlüsse zu bildungsbereichsübergreifenden Perspektiven gefaßt (1988: Umweltbildung als bildungspolitische Aufgabe in Europa). In der Folgezeit wurden Aktivitäten in einigen Bundesländern durchgeführt.

Ein neuer Begriff war ‚erfunden‘ worden. Er setzte sich bald durch – vor allem im Sinne eines neuen Oberbegriffes für verschiedene Bildungsbereiche und für verschiedene konzeptionelle Ansätze.

Auch wenn Umweltbildung im Arbeitsprogramm des BMBW als „Teil zeitgerechter Allgemeinbildung“ verstanden wurde, hatte der Begriff mit Bildung in einem – wie



auch immer verstandenen – bildungstheoretischen Sinne zunächst so viel oder wenig zu tun, wie es für die allgemeine Praxis in den jeweiligen Bildungsinstitutionen und -bereiche zutrif.

Quelle: www.fb3.uni-osnabrueck.de/lehrende/becker/publikationen/infos/habil.htm - sehr tiefgehende, wissenschaftliche Arbeit u.a. zur Geschichte der Umweltbildung

1.1. Internationale Umweltbildung

Im internationalen Kontext reicht die Entwicklungsgeschichte der Umweltbildung von der UNO-Konferenz „On the Human Environment“ in Stockholm (1972) über die „Intergovernmental Conference on Environmental Education“ in Tiflis (1977) bis hin zu der UNESCO/UNEP-Konferenz in Moskau (1987). Auf dem Internationalen Parkett war der Rio + 10-Gipfel in Johannesburg 2002, das letzte große Treffen.

1.2. Umweltbildung in Deutschland

Die Diskussion über ökologische Probleme begann in Deutschland anfang der 70er Jahre des letzten Jahrhunderts. Als Reaktion darauf wurde ökologische Bildung als ein neues wichtiges Arbeitsfeld initiiert. Nach Hufer lässt sich diese in drei Phasen einteilen:

1.Phase: Katastrophenpädagogik

70er bis Mitte der 80er Jahre

Inhalt: Informationen über ökologische Bedrohungen und Katastrophen

Ziele: Bezug zum Lebens- und Erfahrungskontext der Teilnehmenden und konkrete Handlungsdimensionen herstellen und gemeinsames politisches Handeln gegen die Umweltzerstörung anregen

- inhaltliche Nähe zur Umweltbewegung - z.T. sogar aus dieser erwachsen - auch zur Friedensbewegung und zur entwicklungs-politischen Bildungsarbeit bzw. zu politisch-ökologischen Aktionen

2. Phase: Fachwissenschaft und Naturerleben

ab Mitte der 80er

Inhalt: starke inhaltliche bzw. fachwissenschaftliche Ausdifferenzierung und Spezialisierung, aber auch Angebote der unmittelbaren Naturerfahrung und des Naturerlebens, Naturschutz und alltagsökologische Inhalte

Ziele: Entwicklung von alternativen Technologien und politischen Konzepten zur Lösung der Umweltprobleme, Diskurs

3. Phase: Nachhaltige Entwicklung

ab 1992 UNCED-Konferenz/Rio

Inhalte: die globale Dimension wird konzeptionell, inhaltlich und didaktisch mit einbezogen

Ziele: Es soll über den konkreten lokalen bzw. regionalen Alltagsbezug des/der Einzelnen eine ökologisch-kulturelle Umorientierung herbeiführen, um Lebensstile und -haltungen langfristig im Sinne des Nachhaltigkeitsbildes umzugestalten (z.B. durch Initiierung von Lokalen Agenda 21-Prozessen); Generationen- und globale Gerechtigkeit

Literaturangabe: Hufer, Klaus-Peter [Hrsg.] (1999): Außerschulische Jugend- und Erwachsenenbildung

2. Strömungen der Umweltbildung

Wie zuvor gezeigt, zeichnet sich die Geschichte der Umweltbildung tendenziell durch einerspüren der Forderungen der gerade herrschenden Politik und dem Schreiben von jeweiligen politisch akzeptierten Konzepten aus, durch welche die Menschen auf den jeweils aktuellen wirtschaftlich und politisch angesagten Kurs gebracht werden sollen.

Dennoch unterscheiden sie sich z.T. erheblich durch die Methoden und Wege, welche zum angestrebten Ziel führen sollen. Damit die Gründe für die Vielzahl der Begrifflichkeiten deutlicher werden, werden im Folgenden fünf unterschiedliche Konzepte vorgestellt.

2.1. Umwelterziehung

Umwelterziehung gibt es Deutschland seit den 70er Jahren. Darunter zu verstehen ist Wissen über die Bausteine des Lebens und eine wachsende Einsicht in ökologische Zusammenhänge zu erwerben, Ursachen und Auswirkungen zu erkennen und Perspektiven und Handlungsalternativen zu entwickeln. Es geht um privates Verhalten bzw. (sozial-) technische Problemlösungsstrategien und ist an typischen Lernorten wie Schule und Institutionen der Erwachsenenbildung verankert.

Die Hauptdefizite sind, dass nur an Symptomen herumkuriert wird und keine kritische Auseinandersetzung mit den Auslösern der Umweltzerstörung in Gesellschaft, Politik, Wissenschaft und Wirtschaft stattfindet.

2.2. Ökologisches Lernen oder emanzipatorische Umweltbildung

Ökologisches Lernen ist in den alternativen und sozialen Bewegungen (Bürger/inneninitiativen, Umweltgruppen) vor allem der 70er und 80er Jahre verankert und kann als Lernform der Ökologiebewegung verstanden werden. Es geht um eine aktive Lebensumstellung durch selbstbestimmte Lebens- und Lernformen sowie themen- und situa-

tionsbezogene Ansätze politischer, insbesondere ökologischer Bildungsarbeit und politische Einflussnahme. Die Konzentration lag dabei aufaufklärende Vermittlung von Informationen und Argumentationen. Angesichts der sich Ende der 70er Jahre verschärfenden ökonomischen Krise auf staatlicher Seite kommt es zu einer diametralen Entgegensetzung zwischen Ökonomie und Ökologie, wobei der Begriff *Ökologie* zum Zentrum neuer (alternativer, sanfter u. ä.) Lebens- und Gesellschaftsentwürfe wird. Deren Vertreter benutzen außerdem Begriffe wie *Wachstum*, *Industrie*, *Großtechnik*, *Megamaschine* als Symbole für eine gesellschaftliche Welt, die vollständig abgelehnt wurde. In die vielfältige Praxis des Ökologischen Lernens flossen Merkmale der Alternativen Pädagogik der 70er Jahre, aber auch Elemente aus der historisch älteren Reformpädagogik ein oder fanden hier neue Anwendungen. Zum Teil wurde das Ökologische Lernen in folgendem Sinne *ökologisch* verstanden: Die Ökologie als die biologische Wissenschaft von den Lebens-umwelten wurde auf die Lernumwelt des Menschen übertragen, die als Bedingungsgefüge menschlichen Lernprozesse verstanden wurde. Neuere Modelle der modernen Naturwissenschaften, z. B. das Selbstorganisationsprinzip des Physikers Prigogine (1980), wurden auf Lernprozesse übertragen. Gerade diese Modelle schienen die damals favorisierten politischen Organisationsformen der neuen sozialen Bewegungen zu bestätigen. Beer formulierte „paradigmatische Elemente und Bezüge“ für eine ökologische Bildungsarbeit und für die neue politisch-ökologisch ausgerichtete Erwachsenenbildung: Betroffenheit, Kompetenzbewußtsein, Autonomie des Lernens, ein dialogisches Verhältnis zwischen Lehrenden und Lernenden, Konsensprinzip, Alltags- und Aktionsorientierung, Partizipation, Parteilichkeit sowie die Verbindung kognitiver, emotionaler und aktionaler Aspekte. Andere propagierten dagegen ein nichtpädagogisiertes Eigenlernen und setzten auf informelle Lernprozesse in den Neuen sozialen Bewegungen und innerhalb der gleichzeitig entstehenden alternativen Lebensformen.

Das Problem der Übertragung auf institutionalisierte Umweltbildung war jedoch nicht nur ein konzeptionelles Problem,



sondern zeigte sich in der grundlegend unterschiedlichen Motivationssituation der Lernenden in frei(willigen) Lerngruppen und in Bildungsinstitutionen mit Pflichtteilnahme. Zum anderen entwickelten sich aus der Praxis des Ökologischen Lernens selbst neue institutionalisierte Bildungsangebote, etwa in der Erwachsenenbildung, aber auch in Form von freien Bildungseinrichtungen, die in der Folgezeit in großer Zahl entstanden. Anfangs waren sie z. T. noch eng mit bestimmten ökologisch-politischen oder anderen Zielen der neuen sozialen Bewegungen verbunden. Veränderte Bildungsnachfrage und Probleme der materiellen Existenzsicherung führten allmählich zu einer pragmatischen Abkehr von den ursprünglich betont gesellschaftskritischen Positionen.

Probleme sind vor allem die häufig nur punktuelle (Zusammen-)Arbeit der unterschiedlichen Gruppierungen und durch den häufigen Wechsel der Aktiven ständig drohende Abbruch der Aktivitäten.

2.3. Ökopädagogik

Die um das Zeitschriftenprojekt *Ökopäd* (der bundesweit agierende Verein zur Förderung im Bildungsbereich e. V. gab von 1981 bis 1987 die Zeitschrift *Ökopäd*. Zeitschrift für Ökologie und Pädagogik heraus



und veranstaltete regelmäßig bundesweite Tagungen) herum Anfang der 80er Jahre entstandene Ökopädagogik stellte in ihren ursprünglichen Motiven eine kritische Fortentwicklung des Ökologischen Lernens dar. Sie basierte auf damals verbreiteten Gesellschafts-, Wissenschafts-, Erziehungs- und Ideologiekritiken und unterwarf die vorliegenden Umwelterziehungskonzepte einer grundsätzlichen und häufig scharf formulierten Kritik. Bald richtete sich



die (Selbst)Kritik auch auf zentrale Begriffe und Theoreme des Ökologischen Lernens: Ganzheitlichkeit, Betroffenheit, Natürlichkeit, Ökologie u. a. (de Haan 1982). Der damals geführte ökopädagogische Diskurs brachte keine in sich homogene Richtung oder gar ein festes Konzept hervor, sondern zunächst ein offenes Spektrum ‚kritischer Ansätze‘. Diese waren sich zwar in der Betonung der reflexiven Momente von Umweltbildung und in ihrem mehr oder weniger zukunfts-offenen Anspruch einig, keineswegs jedoch in allen ihren analytischen Positionen, inhaltlichen und pädagogischen Zielsetzungen, geschweige denn im Hinblick auf praxisbezogene Ansprüche institutioneller Bildungsbereiche. Auch verwendeten nicht alle die Selbstbezeichnung Ökopädagogik. Diese Heterogenität trifft sogar für das deshalb oft bis heute mißverständene Hauptwerk dieser Richtung zu, das den Titel „Ökopädagogik.

Aufstehen gegen den Untergang der Natur“ (Beer/de Haan 1984) trägt. „Ökopädagogik heißt dialogisch lernen und lehren, sich lernend in Bewegung halten. Dies gilt gerade für die, die auf der Suche nach der anderen Pädagogik sind.“ Diese wichtige Aussage der Herausgeber aus dem Vorwort (S. 10) zugunsten einer offenen Position entsprach nicht immer der Kommunikationspraxis innerhalb der Ökopädagogik. Ihre innere Pluralität und die

verwandter Ansätze wurde von ihren Vertretern in ihrer Gesamtheit kaum als positiver Wert angesehen.

Den Versuch einer begrifflichen Präzisierung der Ökopädagogik unternahm Beer und de Haan (1986) durch systematische Abgrenzung der drei schon vorher unterschiedenen Haupttypen der Umwelterziehung (Umwelterziehung, Ökologisches Lernen, Ökopädagogik) anhand von vier Aspekten:

1. ob es gelingt, das ökologisch-pädagogische Handeln davor zu bewahren, zur Hilfsfunktion für politisches Krisenmanagement zu werden.
2. wie tief die Kritik am heutigen Umgang mit der Natur in diesen Ansätzen reicht.
3. wie aufgrund der überlebensbedrohenden Situation das Verhältnis zur Zukunft bestimmt wird.
4. in welchem institutionellen und organisatorischen Rahmen sich das gegen die ökologische Krise gerichtete Lernen vollzieht bzw. vollziehen kann. (Beer/de Haan 1986, S. 36)

Ökopädagogik wird nun als „Frage- und Suchkonzept“ definiert, das die Voraussetzungen der ökologischen Krise ebenso radikal hinterfragen will wie die derzeit angebotenen unterschiedlichen Lösungsansätze. Es soll nicht für eine bestimmte Zukunft erzogen werden, aber gleichzeitig herrscht Skepsis gegenüber einem Lernen en passant.

Statt dessen wird die Zukunft bewußt ganz offengehalten, um sie gestaltbar zu machen für vieles und durch viele. ...

Ökopädagogik hält fest an einer Bildungsidee, die der bloßen Utilitarität mit kritischer Distanz und der Kritik der gesellschaftlichen Verhältnisse begegnet – ohne sich von der Gesellschaft abzuwenden. Sie hält fest am Konzept der Selbstbestimmung in Reflexion sowie an der Idee des pädagogischen Verhältnisses, das ein dialogisches und frei von Zwängen ist. (Beer/de Haan 1986, S. 42)

Quelle: <http://www.fb3.uni-osnabrueck.de/lehrende/becker/publikationen/texte/habil2.htm>

Anspruch der Ökopädagogik ist es, die durch die ökologische Krise verursachten Problemdimensionen radikal zu hinterfragen und mit diesen politisch und auch pädagogisch offensiv und gestaltend umzugehen. Dies soll zu einem radikalen (an die Wurzel gehenden) Wandel der persönlichen Werte und Lebenseinstellungen führen und ein neues Verhältnis zwischen Mensch und Natur begründen, welches das - als gescheitert eingestufte - naturwissenschaftlich-technische Denken überwinden soll. Ökopädagogik ist zum einen reflexiv und zum Anderen zukunfts-offen. Sie wird vor allem im Forschungsbezug der Universitäten entwickelt. Die Hauptdefizite hier sind: Die Theorie bleibt ohne Praxisbezug und es fehlt die Vision einer gesamtgesellschaftlichen Mitwirkung.

Ziele von Ökopädagogik

- Abbau der Entfremdung zwischen Mensch und Natur/ zwischen den Menschen (z.B. über Naturerfahrungsspiele)
- Kybernetisches Denken fördern, d.h. Zusammenhänge, Wechselwirkungen, Wirkungs- und Einflussgefüge erkennen
- Konkrete Utopien entwickeln, Zukunftsentwürfe produzieren
- Methoden der Informationsbeschaffung und Umwelterkundung kennenlernen und sich selbständig informieren
- Erfahrungen mit demokratischen Spielregeln bei der Entwicklung gemeinsamer Aktivitäten und von umweltpolitischen Forderungen
- konkrete Aktivitäten entwickeln, initiieren, planen, durchführen

Natur erforschen ...
... und alles im eigenen Naturtagebuch festhalten!
Das können Kinder von 8 bis 12 Jahren beim Wettbewerb NaturTageBuch. Manfred Mistkäfer gibt ihnen dazu in seinem Mitmach-Magazin viele Tipps und erklärt die Zusammenhänge in unserer Umwelt.

Weitere Infos gibt es gegen 0,55 € Rückporto bei der:

BUNDjugend
Am Köllnischen Park 1
10179 Berlin
030 - 27586583

NaturTageBuch
www.naturtagebuch.de

Jugend im Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland

BUND JUGEND

2.4. Ökologische Bildung

Weitere Ansätze im Umfeld der Ökopädagogik verwendeten zwar alle nicht den Begriff „Ökologische Bildung“ als Selbstbezeichnung vertraten aber dennoch mehr oder weniger verwandte Positionen. Zum Teil war eine eindeutige Zuordnung in die Konstruktion der damaligen drei Hauptgruppen (Umwelterziehung, Ökologisches Lernen, Ökopädagogik) unmöglich: das Ökologie Lernen (Michelsen und Siebert), eine kritisch-emanzipatorische Umwelterziehung (Manke), Ökologische Bildung (Mikelskis), eine subjektbezogene Umwelterziehung (Meyer, P.) und – auf einer anderen Argumentationsebene angesiedelt – ein grün-alternatives Bildungskonzept. Ebenfalls Mitte der 80er Jahre wurde das praxisorientierte, aber dennoch theoretisch anspruchsvolle und kritische Konzept *Ökologie Lernen* von Michelsen und Siebert (1985) vorgelegt. Es bezog sich in seinen Beispielen auf Erwachsenenbildung und Schule. Dies Buch war das bis dahin umfassendsten Grundlagenwerk, das dennoch einführenden Charakter hatte: Die Ökologieproblematik wird breit entfaltet und diskutiert. Sie schließt auch ethische und anthropologische Aspekte ein. Pädagogisch wird Ökologie „im Spannungsfeld zwischen Politik, Lebenswelt und Wissenschaft“ angesiedelt. Das Wissenschaftsverständnis der Autoren erkennt die Bedeutung der Wissenschaftskritik an, ohne die Wissenschaft deshalb generell abzulehnen. Statt dessen wird eine wertbezogene ökologisch orientierte Wissenschaft gefordert. In der Betonung reflexiver Momente und in der institutionellen Ausrichtung wird der Hauptunterschied zum Ökologischen Lernen deutlich. Der pädagogische Ansatz dieser Autoren stellt kein theoretisch geschlossenes, in sich konsistentes Konzept dar, sondern wird als „Suchbewegung“ in Richtung einer ökologischen Bildung verstanden, die als Kern einer modernen Allgemeinbildung gedacht ist. Manke (1985 u. 1986) geht von einem kritisch-emanzipatorischen Erziehungsbegriff aus und stellt Widersprüche zu umweltpädagogischen Perspektiven fest, die sich zu eng auf einen naturwissenschaftlich verstandenen Ökologiebegriff beziehen, sich auf Überlebenssicherung beschränken, Öko-Ethiken zur Hauptgrundlage machen oder Ursachen in anthropologischen Defiziten des Menschen

sehen. Die Schwäche dieses Ansatzes ist, daß er vollständig auf eine Erkenntnis- und Wissenschaftskritik an den Naturwissenschaften verzichtet bzw. auf Versuche der Neubestimmung des Naturverhältnisses, wie sie in verschiedenen, meist zivilisations- und kulturkritischen Ansätzen im Kontext der Ökobewegung, aber auch schon zuvor gesellschaftstheoretisch im Sinne der Kritischen Theorie fundiert im Kontext der Student/innenbewegung ab 1968 geleistet wurde.

Mikelskis (1988a u. 1988b) verwendet *Ökologische Bildung*. Sie habe die Aufgabe, den verloren gegangenen Zusammenhang des Menschen mit der Natur, also das Mensch-Natur-Verhältnis im Bereich Erleben, Erkennen und Handeln wieder herzustellen. Ökologische Bildung charakterisiert Mikelskis durch sieben Elemente – ohne Anspruch, damit ein vollständiges und trennscharfes Kriteriensystem vorzulegen: Lernen aus Betroffenheit; unsere heutige Situation in ihrer Geschichtlichkeit begreifen; Entwicklung der Sinne und Schulung der Wahrnehmungen; ganzheitlich lernen; Ausbildung von Urteilskraft; Handeln lernen; Orientierung auf eine phantasievolle Gestaltung der Zukunft.

2.5. Naturerleben

Naturerlebnisse zielen auf das positive Er- bzw. Wiedererleben der Natur ab unter dem Motto: „Mensch schützt nur das, was mensch kennt.“

Ein sehr bekannter Vertreter ist Joseph Cornell. Im Vordergrund stehen individuelle gefühlsbetonte Begegnungen mit der Natur. Anbieter sind meist Umweltzentren. Der Hauptkritikpunkt an dieser Art der Umweltbildung ist die Ausblendung sozialer und politischer Einflüsse und die fehlende Handlungsperspektive.



2.6. Umweltbildung in den 90er Jahren

Die Gliederung folgt primär einer inneren Logik der Umweltbildung der 90er Jahre, die sich von den alten Kontroversen der 80er Jahre gelöst hat: entlang ausgewählter, potentiell bildungsrelevanter und innovativer Aspekte, die die reichhaltige konzeptionelle Weiterentwicklung der Umweltbildung selbst hervorgebracht hat.

Folgende zehn Aspekte bzw. Diskussionsstränge der Umweltbildung der 90er Jahre sollen herausgehoben werden:

– Kommunikation / Kulturorientierung / Gesellschaftskritik – Ökonomie / Natur(erlebnis) / Öko-Ethik / Konstruktivismus / nachhaltige Entwicklung als Zukunftsperspektive / Umweltbewußtseins und -verhaltens

Nachhaltige Umweltbildung

Nachhaltige Umweltbildung ist - seit der Konferenz für Umwelt und Entwicklung 1992 in Rio und 2002 in Johannesburg - der neue Ansatz in der Umweltbildung. Er zielt vor allem auf die globalen Dimensionen der Entwicklungs- und Umweltprobleme ab.

Der Begriff der *Nachhaltigkeit* gilt seit einigen Jahren als Leitbild für eine zukunftsfähige Entwicklung der Menschheit. Künftig soll sich alles Wirtschaften unter Berücksichtigung ökonomischer und sozialer Dimensionen an den Grenzen der Tragfähigkeit des Naturhaushaltes orientieren. Vertreter/innen sind vor allem die Agenda-21-Konzepte mit dem Motto: „Global denken - lokal handeln“. Durch ein sehr intensives Marketing breitet sich dieses Konzept inzwischen überall aus. Trotz der Popularität gibt es aber auch Kritik an diesem Konzept. Es wird kritisiert, dass Ursachen der Probleme (Marktorientierung, Welthandel, Technisierung u.a.) als deren Lösung verkauft werden.

Emanzipatorischer Umweltschutz

Umweltbildung von unten: Heraus aus dem Würgegriff des Staates! von Thomas Schmidt, Umweltwerkstatt Lübeck

Das Ökologieproblem führt laut Umfragen schon länger nicht mehr die Sorgenhitlisten der Bevölkerung an. Dennoch ist deswegen der Ruf nach mehr Umweltbildung, um endlich eine der grundlegendsten Fragen menschlicher Existenzsicherung wenigstens ansatzweise zu bearbeiten, nicht leiser geworden. Und das, obwohl kaum einer wirklich daran zu glauben scheint, dass die allgemein übliche Ökopädagogik irgendetwas Entscheidendes bewirkt. Schaut man genauer hin, muss man feststellen, dass dieser Eindruck wahrlich seine Berechtigung hat.

Umweltbildung lässt seit Jahren einen ihrer wichtigsten Tätigkeitsbereiche systematisch außer Acht. In der wissenschaftlichen Theorie ist es unumstritten, dass zur Lösung der ökologischen und sozialen Probleme letztlich nur politisch konsequentes Handeln beitragen kann. Darum findet sich in der Fachliteratur der Hinweis, dass Bildung zur praktischen und selbstbestimmten Einflussnahme auf Politik befähigen soll. Genau das jedoch findet seit Jahren so gut wie gar nicht mehr statt.

Vorbei scheinen die Zeiten zu sein, in denen es das Markenzeichen der Umweltbewegung war, Druck zu machen. Umweltbildung, wie sie aktuell für notwendig erachtet wird, wurde von ihr überhaupt erst angestoßen und jahrelang intensiv geprägt. Direkt aus dem Widerstand gegen umwelt- und men-

schenbelastende Maßnahmen zu agieren, heißt auch, ständig dazuzulernen. Beispielsweise über die Machtmechanismen und Interessenslagen in unserer Gesellschaft oder über den Wert gegenseitiger Solidarität in Protestsituationen.

Derartige Erfahrungen sind denn auch zu Recht in pädagogische Konzepte eingeflossen. Von Fachleuten wird ihnen bescheinigt, sie würden im Gegensatz zu den üblichen Formen theoretischer Bildung wesentlich intensiver zu wertvollen persönlichkeitsbildenden Lernprozessen führen. Derartige kritische Gesellschaftspolitische Konzepte hatten jedoch keine Chance. Staatliche Politik hat es meisterhaft verstanden, nur bestimmte Ansätze der Umwelterziehung zuzulassen. Diese gehen bis heute weitgehend davon aus, dass es zur Lösung der Probleme ausreicht, wenn der Einzelne im Alltag verantwortlich handelt und wenn weitere technische Neuerungen eingeführt werden. Eine grundlegende Umstrukturierung sozialer, wirtschaftlicher und politischer Verhältnisse ist nicht vorgesehen. Die wirklich spannenden Fragen bleiben außen vor. Dementsprechend langweilig sieht der umweltpädagogische Mainstream aus.

Auch kann es nicht verwundern, dass insbesondere Jugendliche allergisch darauf reagieren. Sie sollen persönlich handeln, während der Rest der Gesellschaft ihnen das Gegenteil dessen vorlebt, was als sinn-

volle vermittelt wird. Mittlerweile hat sich allerdings herumgesprochen, dass derartige Rahmenbedingungen vor allem Resignation, Verdrängung und Zukunftsängste erzeugen. So ist es außerdem üblich geworden, die belastenden Gefühle im Rahmen positiver Naturerlebnisse und esoterischer

Betätigung vergessen zu machen. Die ganze Sache hat leider mindestens einen Haken: einer Lösung der Probleme kommt menschlich damit kein Stückchen näher. Auf Dauer sind politisches Engagement und Mitbestimmung also unverzichtbar. Das Interesse staatlicher Politik muss in dieser Situation darin liegen, sie auf kontrollierbare Weise zuzulassen. Die ersehnte Zauberformel wurde 1992 auf dem sogenannten Erdgipfel in Rio ausgeheckt. Seitdem ist politische Mitbestimmung innerhalb des dort mit Hilfe der Konzepte „Nachhaltigkeit“ und „Agenda 21“ vorgesehenen Rahmens wieder im Kommen. Sie sehen eine Bejahung von beständigem Wirtschaftswachstum und „Zukunftstechnologien“ wie der Atomkraft oder der Gentechnologie vor. Ferner fordern sie die Bevölkerung zu aktiver Mitwirkung daran auf, die kapitalistische Wirtschaft umzubauen. Es gilt, die Grenzen der Ausbeutung so gut einzuhalten, dass diese als solche möglichst lange systematischen Bestand haben wird.

In der Umweltbildung wird aktuell intensiv darüber diskutiert, ob diese Vorstellungen als neues Leitbild übernommen werden sollen. Bedenken und Gegenstimmen sind nur in seltenen Einzelfällen zu vernehmen. Das macht das langjährige Fehlen einer Umweltbildung, die auch ihre eigenen gesellschaftspolitischen Stellenwert kritisch hinterfragt, umso schmerzlicher bewusst.

Dennoch gibt es natürlich Alternativen. Sie bestehen darin, politischen Widerstand und Bildungsprozesse wieder zusammenzudenken. Allerdings müssten die dafür bereits vorhandenen Konzepte überarbeitet und erweitert werden. Auch gilt es dabei, noch jede Menge pädagogischer Fragen zu lösen, damit ein aktueller und überzeugender Ansatz konsequent kritischer politischer Umweltbildung entsteht. Immerhin besteht die Chance, dass Umweltbildung dadurch spannend wird - nahezu so spannend wie das Leben, das sie (wie die Pädagogik im Allgemeinen) angeblich bewältigen helfen will.

Projektwerkstatt
Ludwigstr. 11, 35447 Reiskirchen-Saasen, 06401/90328-3, Fax -5
projektwerkstatt_sa@apg.wbbnet.de

1. Tagungshaus
Das optimale Seminarhaus mit Bibliotheken, Archiven, Medien und Mitbenutzung von technischer Ausstattung. Per Bahn erreichbar, nahe Gießen (also recht zentral fürs Land). Ökig, radikalpolitisch, Preise zT. nach Selbstesteinschätzung.

2. Politische WG
Zum Ganzen gehört ein Wohnhaus für eine WG, die politisch aktiv sein will. Das Haus ist zur Zeit leer! Es wird eine Gruppe gesucht, die genau auf solch ein Leben Bock hat. Oder auch Einzelpersonen, die sich hier zusammenfinden.

3. Politisches Zentrum
Seit Jahren sind die Werkstätten, Bibliotheken, Archive und Gruppenräume Treffpunkt und Arbeitsort für politische Projekte (Zeitungredaktionen, Bildungsarbeit, direkte Aktionen usw.). Gute technische Ausstattung und viel Platz!

Möglich auch: Praktikum, Mitarbeit auf Zeit, ruhige Arbeitsplätze für Studienarbeiten etc.

Ö-Punkte „Umweltbildung von unten“

Die Ö-Punkte waren ein Informationsdienst von Umweltbewegten für Umweltbewegte, d.h. sie waren von niemandem abhängig. Die Aktivist/innen sehen das momentan sehr geförderte Nachhaltigkeitsbild sehr kritisch. Sie stellen den Anspruch einer emanzipatorischen Umweltbildung.



Ausgabe Ö-Punkte 4/99: Umweltbildung von unten

„Bildung kann das Selbstbestimmungsrecht von Menschen fördern, aber auch ein Machtmittel sein. Ökopädagogik war und ist vor allem zweites. Im Mittelpunkt stehen Manipulation und unhinterfragtes Anreichern von Wissen oder Erlebnissen.“ Anforderungen an eine Umweltbildung aus emanzipatorischer Sicht

Auszüge aus den Ökopunkten (Winter 1999/2000)

- Menschen zum Umwelthandeln veranlassen
- Menschen zur Beteiligung am politischen Leben anregen
- Menschen in ihrer Persönlichkeitsbildung unterstützen
- Akzeptanz für umweltpolitische Verordnungen schaffen
- Sprachrohr für Natur- und Umweltschutz sein

Umweltbildung muss effektiver werden

Die komplexen Inhalte müssen in verständlichen Bildern ohne blinde Flecke in Bezug auf Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft vermittelt werden. Außerdem ist es wichtig nicht immer die gleichen Leute anzusprechen, sondern vor allem auch die Desinteressierten zu erreichen.

Umweltbildung muss politischer werden

In den meisten Fällen beschränkt sich Umweltbildung darauf die Anwesenden mit dem erhobenen Zeigefinger auf die individ-

uellen Umweltsünden zu stoßen und zu sagen, was der/die Einzelne besser machen soll. Das macht Umweltbildung nicht nur brav und langweilig, sondern führt auch zu Desinteresse, da mensch die rauchenden Fabrikschlote sieht, während er/sie auf dem Fahrrad in die Arbeit fährt. Es fehlt eine gesamtgesellschaftliche Perspektive. Diese grenzwertige pädagogische Situation entsteht primär durch Finanzdruck. Die Akteure/innen sind oft abhängig von öffentlichen oder Sponsorengeldern und konzipieren deshalb - in vorauseilendem Gehorsam - lieber gefällige Projekte.

Umweltbildung soll sich an viele Zielgruppen wenden

Die meisten Angebote der Umweltbildung sind auf Kinder und Jugendliche zugeschnitten, welchen so als nächste Generation die Verantwortung aufgebürdet wird, es besser zu machen als die jetzige Generation. Dabei sind es in diesem System gerade die Erwachsenen, welche Einfluss nehmen bzw. nehmen könnten.

Umweltbildung braucht angemessene Methoden

Seit langem hat sich die Umweltbildung der Formel „mit Kopf, Hand und Herz“ verpflichtet. Umgesetzt hat sie diese aber nur unzureichend. Die Methoden sind meist sehr einseitig auf Erleben ausgerichtet oder sie kommen belehrend daher.

Wichtig ist die Entwicklung und Einsetzung wirklich partizipativer Methoden, welche für die jeweilige Zielgruppe interessant sind, sich am Erfahrungsschatz dieser orientieren und realistische Handlungsmöglichkeiten aufzeigen.

Zum Weiterlesen ...

Quelle: www.projektwerkstatt.de/materialien/index.html unter Download
Es existieren viele kleine, visionäre Projekte, welche im Agenda-Sumpf der Umweltbildung z.T. schwer zu finden sind.



Materialien zu den Perspektiven radikaler, emanzipatorischer Umweltschutzarbeit



Agenda, Expo Sponsoring:

- **Band 1:** Recherchen im Naturschutzfilz
Infos zum Filz zwischen Umweltschutz, Wirtschaft und Staat. Beschreibung der Umweltverbände und -einrichtungen. Rechte Ökologie, Esoterik, Agenda/ Nachhaltigkeit, Anbietung Umweltparteien und vieles mehr. 400 S., IKO 39,80 DM.
- **Band 2:** Perspektiven radikaler, emanzipatorischer Umweltschutz
Kapitel zu Strukturen, Naturschutz, Ökonomie, Umweltbildung und mehr. 280 Seiten, IKO-Verlag. 39,80 DM.
- **CD "Agenda, Expo, Sponsoring"**
Gesamte Dokumente, Internetauszüge und mehr zum Filz. Mit Acrobat-Reader. Für DOS, Windows, Apple, Linux und OS/2. IKO-Verlag 49,80 DM
- **Gesamtpaket** (2 Bände + CD): 115 DM/Paket.
- **Reader zu Ökonomie von unten, Agenda 21, Politik von unten, Ökostrom, Umweltgerecht bauen, UWS auf Großveranstaltungen.** A4, ca. 70 S., je 12 DM.
- **Freie Menschen in Freien Vereinbarungen.**
Entwürfe herrschaftsfreier Gesellschaft. A5, 19,80 DM.

Projektwerkstatt
Ludwigstr. 11, 35447 Reiskirchen
06401/90328-3, Fax -5

Umweltschutz von unten ... <http://go.to/umwelt>

Verhallende Nachhaltigkeitsdefinitionen

Das Prinzip „Nachhaltigkeit“ (engl.: sustainable development) stammt aus der Forstwirtschaft. Einen Wald nachhaltig zu bewirtschaften bedeutet, in einem Zeitraum nicht mehr Holz einzuschlagen, als im gleichen Zeitraum nachwächst. Nachhaltigkeit war ursprünglich ein rein ökonomisches Prinzip zur dauerhaften Sicherung kontinuierlicher Holzlieferungen.

Auf die Ökologie übertragen, bedeutet das Nachhaltigkeitsprinzip, dass die Entnahme von natürlichen Ressourcen und die Einbringung von Schadstoffen in die Natur nur in dem Umfang erfolgen darf, in dem die Natur nicht an ihre ökologischen Belastungsgrenzen stößt.

Nachhaltigkeit bedeutet aber auch auf die Lebensgemeinschaft der Menschen übertragen, die Lebensgrundlagen für die kommenden Generationen zu erhalten bzw. die Ressourcen eigentlich fair unter den auf der Erde lebenden Menschen zu verteilen. Der Begriff Nachhaltigkeit steht also in engem Zusammenhang mit Fragen der Generationen- bzw. globalen Gerechtigkeit. Der Begriff „nachhaltige Entwicklung“ wurde maßgeblich von der Brundtland-Kommission 1987 bzw. vom „Bericht der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung“ geprägt, die erstmals eine nachhaltige gesellschaftliche Entwicklung einforderte. Mit der UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung (UNCED) in Rio de Janeiro 1992 ist das Leitbild „Nachhaltigkeit“ zum „absoluten Muss“ in vielen gesellschaftlichen und politischen Bereichen geworden, zumindest theoretisch.

Zwei Grundauffassungen von Nachhaltigkeit in Deutschland

1. Das „Drei-Säulen-Modell“, welches von den Wirtschaftsverbänden initiiert wurde, basiert auf der Idee durch das gleichzeitige und gleichberechtigte Umsetzen von umweltbezogenen, sozialen und wirtschaftlichen Zielen die Nachhaltigkeitsprinzipien zu erreichen.

2. Das „Leitplankenmodell“, welches vom Umweltbundesamt vertreten wird, bestreitet die Gleichrangigkeit der drei Säulen, denn nur durch die ökologischen Parameter wird

ein Entwicklungskorridor bestimmt, welcher in der Lage ist langfristig stabile Lebensbedingungen auf der Welt sichern. Wirtschaftliche und soziale Ziele seien deshalb nur innerhalb dieses Korridors umsetzbar.

Quelle: <http://de.wikipedia.org/wiki/nachhaltigkeit>, Stand: 15.12.2003

Nachhaltige Entwicklung: ein Wort – viele Bedeutungen

Zehn zentrale Prinzipien veranschaulichen die Inhalte, Ziele und Umsetzungsmöglichkeiten einer Nachhaltigen Entwicklung.



Frontalunterricht - Podium

Nachhaltigkeit ist ein Begriff, der bereits unzählige Male definiert wurde und trotzdem so umfassend ist, dass kaum alle Aspekte in einer Definition verpackt werden können. Die international bekannteste Erklärung des Begriffes findet sich im 1987 veröffentlichten Brundtland-Report „Our Common Future“. Darin heißt es: „Nachhaltige Entwicklung ist eine Entwicklung, die den gegenwärtigen Bedarf deckt, ohne die Fähigkeiten kommender Generationen zu schmälern, ihre Bedürfnisse zu befriedigen.“ Eine Entwicklung ist also nur dann als nachhaltig zu bezeichnen, wenn künftige Generationen eine mindestens ebenso gute Umweltqualität und einen vergleichbaren Ressourcenvorrat vererbt bekommen wie ihre Vorgänger. Die nachfolgenden zehn Prinzipien versuchen, das abstrakte Ideal einer Nachhaltigen Entwicklung auf einer ganz konkreten Ebene verständlich zu machen.

Zehn wesentliche Prinzipien der Nachhaltigkeit

1. Intragenerative Gerechtigkeit
Die gerechte Verteilung von Ressourcen, Kapital und Möglichkeiten zwischen heute lebenden Menschen, Kulturen und Staaten. Dies ist eines der Kernthemen in den Diskussionen über Armut, Verschuldung, Nord-Süd-Konflikte und Welthandel.

2. Intergenerative Gerechtigkeit
Die gerechte Verteilung von Ressourcen, Kapital und Möglichkeiten zwischen den Generationen.

3. Umweltschutz als integraler Bestandteil ökonomischer Entwicklung
Einer der Kernbereiche Nachhaltiger Entwicklung ist die Idee einer dauerhaften und umweltgerechten Wirtschaftsweise – sei es in der Produktion, im Konsum oder in der technologischen Entwicklung.

4. Berücksichtigung von Umweltgrenzen
Unsere Ressourcen und unsere Biosphäre sind begrenzt. Unkontrolliertes wirtschaftliches Wachstum führt zu schwerwiegenden und irreversiblen Umweltveränderungen und gefährdet daher unsere Lebensgrundlage. Der globale Klimawechsel, die Überfischung der Weltmeere oder die fortschreitende Wüstenbildung zeigen klar die Wichtigkeit natürlicher Umweltgrenzen und unterstreichen die Notwendigkeit einer Nachhaltigen Entwicklung.

5. Vorsorgeprinzip
Salopp ausgedrückt ist damit der Grundsatz des „Lieber verhüten als reparieren“ gemeint. Durch dieses Prinzip soll die Gefahr irreversibler Schäden durch mangelnde wissenschaftliche Sicherheit in Bezug auf ökologische Folgen verhindert werden.

6. Verursacherprinzip
Dieses Prinzip fordert, dass der Preis von Gütern und Dienstleistungen die Gesamtkosten ihrer Produktion einbeziehen soll und dabei alle verursachten ökologischen und sozialen Kosten direkt vom Verursacher – also entweder von den ProduzentInnen oder den KonsumentInnen – abzudecken sind.

Juli

1. 07 - 12. 08:

Ecotopia-Biketour von Wien über Prag, Dresden und das
Wendland zum Ecotopia in den Niederlanden
www.thebiketour.net

10.07. - 30.07.2004

Youth Camp On Renewable Energy In Germany
-Bad Oldesloe- Kontakt:
Metodi Panev
Jugend Umwelt Projektwerkstatt
23843 Bad Oldesloe
Tel: 04531/4512
metodi@inihaus.de
www.inihaus.de

11.07.-21.07.

Kukuriku
Sommercamp in Ungarn
kukuriku2004@freemail.hu
www.falkor.org

19.07.-23.07.

Selbstverwaltetes Sommercamp in München
www.reclaimthecity.de

19.07. - 24.07.2004

Towards Car-Free Cities IV - Konferenz -BERLIN
Infos in Dtl. bei:
UMKEHR e.V., Exerzierstr. 20, 13357 Berlin
Tel: 030/ 492 7473, Fax: 030/ 492 7972
info@umkehr.de, www.umkehr.de
info@worldcarfree.net
www.worldcarfree.net/conference

21.07. - 26.07.

Die Bomben stoppen bevor sie fallen
Sommer-Aktions-Tage gegen das Bombodrom in der Kyritz-
Ruppiner-Heide
<http://www.freieheide-nb.de/resistnow/>

23.07. - 29.07.2004

3. europäische Konferenz des Peoples' Global Action (PGA)-
Netzwerks -Belgrad-
drugacijimejl@yahoo.com
www.pgaconference.org

24.07. - 01.08.2004

Sommercamp im Wendland
Gedelitz bei Gorleben-
www.wendlandcamp.de

25.07. - 26.07.2004

BSÖ-Aktiventreffen auf dem Wendlandcamp

25.07.

Weserabflussfahrten
-Baden in der Weser: Ein Vergnügen?“
Infos bei ROBIN WOOD
Annegret Reinecke
Tel: 0421/5982894
info@robinwood.de
www.robinwood.de

25.07. - 27.07.2004

Gesteuerte Demokratie? -Wie neoliberale Eliten die Politik
beeinflussen-
Bewegungsakademie-Kongress
-Verden (Aller)-
Bewegungsakademie
Artilleriestr. 6
27283 Verden (Aller)
Tel: 04231/957-595, Fax: 04231/957-400
www.bewegungsakademie.de
www.gesteuerte-demokratie.de

30.07. - 05.08.2004

Attac-Sommerakademie
-Dresden-
Sommerakademie Büro , Gewerkschaftshaus
Schützenplatz 14
01067 Dresden
Tel: +49 (0)351 /47 21 360
sommerakademie@attac.de
www.attac.de/sommerakademie2004

30.07. - 06.08.2004

Eine-Erde-Camp der BUNDjugend
-Neustrelitz (Meck-Pom)-
Astrid Goltz
Rothenburgstr.16
12165 Berlin
Tel: 030 / 79706610, Fax: 030 / 79706620
astrid.goltz@bundjugend.de
www.latschlatsch.de

30.7.-8.8.

Friedensritt 2004 rund um das geplante Bombodrom in der
Kyritz-Ruppiner Heide
www.friedensritt-2004.de.vu

31.7.-7.8.

Anarchistisches Camp bei Berlin (Kesselberg)
www.free.de/a-camp

BSÖ-Werbeplakat geplant

Neue Aktive gesucht

Wie ihr vielleicht auch schon mitbekommen habt, ist es ziemlich schwierig, neue Leute zu finden, die im Umweltbereich aktiv werden wollen. Besonders schwierig ist es für die BSÖ da wir Leute suchen die zusätzlich zur Arbeit in ihrer lokalen Ökogruppe auch noch überregional aktiv werden wollen.

Da kam uns die Idee, eine Webeaktion für die BSÖ zu starten um einerseits neue Aktive für uns zu werben und andererseits die BSÖ bekannter zu machen und damit Umweltschutz an Hochschulen voran zu bringen.

Der Entwurf

Diese Ideen gaben wir dann unserem Layouter und der erstellte daraus einen Plakatentwurf. Dieser ist rechts zu sehen, allerdings soll der Druck 2 farbig sein. Die bunten Entwürfe könnt ihr euch unter www.bsoe.info/plakatentwurf ansehen.

Die Meinungen über das so entstandene Werk gingen dann aber weit auseinander. Während einige fanden, dass das Plakat sehr viel Aufmerksamkeit erregt und fetzig und witzig ist, fragten andere, was denn die BSÖ mit Beton, Stahl oder Öl zu tun hat. Es wird befürchtet, dass das Plakat negative Assoziationen weckt und dass diese dann auch auf die BSÖ übertragen werden.

Ihr seid gefragt

Und bevor wir anfangen, uns die Köpfe heiß zu reden fragen wir erstmal euch, unsere Leser, was ihr von dem Plakat haltet. Und vor allem suchen wir natürlich nach konkreten Verbesserungsvorschlägen. Also fix den Rückmeldecoupon unten ausfüllen und an die Geschäftsstelle schicken. Oder schreibt uns eure Meinung per Email an bsoe@studis.de. Vielleicht gibt es dann schon bald ein fertiges Plakat!

Brainstorming

So sammelten wir bei einem Brainstorming beim BSÖ-Aktiventreffen in Berlin Ideen für Plakatsprüche, dabei kam so einiges zusammen:

- BSÖ - alles was ein Öko braucht
- Let's fetz - vernetz!
- Wir helfen und unterstützen euch / geben Tipps für die Gründung neuer Ökogruppen
- Wir geben neuen Schwung
- Öko's kicking alive!
- Öko's not dead!
- Schafft neue Ökoreferate
- BSÖ - Dein Netzwerk für Umweltschutz an Hochschulen
- Gib Dir alles was Du brauchst...für deine Ökoarbeit
- Ökos ohje!
- BSÖ - hierkommt eine frische Böh!
- Öko's vereinigt euch!
- B - Bunt - Bundesweit - BSÖ -besser
- Alles Öko - oder was?
- Los Ökos - vernetzt euch!
- Faircare earthcare an Unis
- BSÖ - Beton, Stahl, Öl?
- Tipps und Tricks für Umweltschutz

Sagt uns eure Meinung!

AbsenderIn:

Name:

Straße:

PLZ/Ort:

Ich würde mir das Poster genauer angucken.

Das Poster gefällt mir inhaltlich.

Das Poster passt zum Thema Umweltschutz.

Mein Verbesserungsvorschläge:

ja eher ja eher nein nein



BETON STAHL ÖL

Muster

Ihr macht Einwendungen? ... Genug! Genug! Die kennen wir ... Wir haben begriffen! ... Unsere scheene, verlegene Intelligenz sagt uns, dass wir der Abschluss und der Neubeginn unserer Ahnen sind. – Vielleicht! ... Es sei! ... Was schadet es denn? Wir wollen nichts begreifen! ... Wehe dem, der uns diese infamen Werte noch einmal sagt! ... Kopf hoch! ... Aufrecht auf dem Gipfel der Welt schleudern wir noch einmal unsere Herausforderung den Sternen zu! ...

Filippo Tommaso Marinetti: Manifesto del Futurismo.
Erschienen in: Le Figaro, Paris, 20. Februar 1909.

BSÖ – Das Ökologienetzwerk an Hochschulen in Deutschland Leben in die Unis – lasst die Unis blühen!

Bundeskoordination studentischer Ökologiearbeit (BSÖ) e.V., Geschäftsstelle, c/o RefRat HU Berlin • Unter den Linden 06 • D-10099 Berlin
Tel/Fax: +49-(0)30/2093-1749 (AB) • Fax: +49-(0)30/2093-2396 • bsoe@refrat.hu-berlin.de, bsoe@studis.de • <http://www.studis.de/bsoe>

Wir helfen und unterstützen euch auch bei der Gründung neuer Ökogruppen.

Termine

August

01.08. - 08.08.2004

C.U.L.D.T.-Camp
-Badel (Altmark)-
Linksradikales AktivistInnenreffen mit einem anschließenden Kulturfestival am 7. und 8.8.
culdt@gmx.de
www.culdt.de.vu

15.08.2004

Weserabflussfahrten
-Bremen-
Hochsommer auf Weser und Lesum: Die Natur macht Siesta
- allerdings nur auf den ersten Blick
Infos bei ROBIN WOOD
Annegret Reinecke
Tel: 0421/5982894
info@robinwood.de
www.robinwood.de

02.08. - 17.08.2004

Biopiraten den Wind aus den Segeln nehmen
mit der Lovis über die Ostsee
Mehr Infos: info@biopiraterie.de
www.biopiraterie.de

09.08. - 23.08.

Ecotopia-Festival
-Naturreservat Gandelwaard, Niederlande-
www.eyfa.org/ecotopia2004intro

September

09.09. - 15.12.2004

Ausstellung zur Geschichte des Widerstandes gegen das Endlager für radioaktive Abfälle in Morsleben
-Uniklinikum Magdeburg-
Jugend-Umweltbüro ÖZIM
Postfach 32 10 19
39040 Uniklinikum Magdeburg
Tel: 01 62/78 68 204
morsleben@greenkids.de
www.morsleben.de.vu

6.09.-12.09.

Vikat
Internationales Umwelt-Jugend-Camp
-Estland-
www.falkor.org

10.09. - 14.09.2004

Proteste gegen WTO-Ministerkonferenz in Cancun, Mexiko
Protestaktionen finden weltweit statt.
Infos: info@attac.de
www.attac.de/cancun

12.9.-15.9.

Weltweit bedeutendste Konferenz der Agro-Gentechnik
-Köln_
Seite der Konferenz: www.abic2004.org

22.9.-26.9.

Theaterfestival (ausgerichtet von kulturATTAC)
-Halle-
www.attac.de/halle/theaterfestival

17.09. - 19.09.2004

FUI 4/04 -Internationale Umweltbewegung - Endredaktionstreffen

Oktober

03.10.2004

Weserabflussfahrten
-Bremen-
Schutzgebiete an der Weser: Müssen Kormoran, Flussschwärbe und Meerforelle geschont werden?
Annegret Reinecke
Tel: 0421/5982894
info@robinwood.de
www.robinwood.de

9.10.-10.10

Seminar zur Stilllegung des Atommüllendlagers Morsleben
Vorbereitung des Kolloquiums im Frühjahr 2005
www.morsleben-stillegen.de

14.10. - 17.10.2004

Europäisches Sozialforum (ESF)
-LONDON-
Initiative für ein Sozialforum in Deutschland
Feldstraße 34
40479 Düsseldorf
<http://www.dsf-gsf.org>
esf@h-braun.org
[/www.weltsozialforum.de](http://www.weltsozialforum.de)

16.10.2004

Bundesweite Tabaktagung
Auftakt zur Tabakreihe
-Magdeburg-
Weitere Infos:
<http://www.greenkids.de>
www.alles-ueber-tabak.de

7. Langfristigkeit

Ökologische Prozesse brauchen Zeit. Vor diesem Hintergrund können Nachhaltigkeitsstrategien nicht auf kurzfristigen Trends oder auf der Tätigkeitsdauer einzelner Regierungen basieren. Gefragt ist vielmehr ein Planungshorizont, der mehrere Generationen umfasst und die Langzeitfolgen unseres gegenwärtigen Handelns in die Entscheidungsfindung integriert.

8. Partizipation

Eine Nachhaltige Entwicklung kann nur durch eine umfassende BürgerInnenbeteiligung geschehen. Partizipation bedeutet daher die Integration aller Teile der Zivilgesellschaft in die Planung, Umsetzung und Bewertung politischer Entscheidungen und führt zu einer Erhöhung von Transparenz und Eigenverantwortung.

9. Transparenz

Eng mit dem Thema Partizipation verknüpft bildet Transparenz in Verbindung mit einem gesteigerten Informationszugang die Basis für öffentliches Engagement und fordert eine stärkere Rechenschaft von den politischen EntscheidungsträgerInnen.

10. Kulturelle und biologische Vielfalt

Der Erhalt der biologischen Vielfalt und der kulturellen Diversität unseres Planeten ist nicht nur ein wichtiger ethischer Anspruch, sondern unabdingbar notwendig, um das Weiterbestehen der Menschheit zu garantieren. Das Bekenntnis zum Schutz der kulturellen und biologischen Vielfalt ist daher ein Leitbild jeder Nachhaltigen Entwicklung.

Beispiele finden sich unter:
www.municipia.at

- aus umwelt & bildung 3a/2002 -

Quelle: www.umweltbildung.at/zeitschrift/pdf/3a_2002_12.pdf

Klingt gut???

Wie verlaufen denn die Agenda-Prozesse in der Praxis? Hier ein kleiner Einblick in die Aktionen und Gedanken im bayerischen Agenda-Umfeld. Im „InfoNETZwerk für nachhaltige Kommunalentwicklung - KOMMunale Agenda 21 - Aktuell“ - Sonderausgabe Juli 2002 liest sich das folgendermaßen in den Überschriften:
- Agenda 21 muss Chefsache sein

- Innovation von unten und oben

- Warten, teilen, verzichten -
Wie Kinderstarke Persönlichkeiten werden

„Was haben wir denn mit Indien zu tun?“

- Auch in Agenda-Kreisen ist der Horizont manchmal begrenzt



Frontalunterricht - Publikum

- Know-how-Transfer - Nordschwäbische Sauberkeit in Nigeria

Lagos State (Nigeria) galt einmal als einer der schmutzigsten Staaten der Erde. Seit der Partnerschaft mit dem schwäbischen Lauingen habe sich das grundlegend geändert (...).“

Quelle: <http://www.bayern.de/lfu/komma21/zeitung/pdf/18.pdf>

Zum Glück zeigen viele Leute, dass gerade ohne Chef, Verzicht, Geld und „nordschwäbische Sauberkeit“ sehr viele gute Umweltbildungsprojekte möglich sind - nämlich durch Umweltbildung von UNTEN.

Agenda-21 LIVE

Hier - für Leute, die die Agenda-21 nicht im Original kennen - einige Auszüge über Nachhaltigkeit im Sinne der Agenda-21:

Beteiligungsrechte

In Kapitel 30 wird die „zentrale Rolle“ der Privatwirtschaft einschließlich transnationaler Unternehmen für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung eines Landes betont.

„30.1 (...) Die Privatwirtschaft einschließlich transnationaler Unternehmen und die sie vertretenden Verbände sollen gleichberechtigte Partner bei der Umsetzung und Bewertung von Maßnahmen im Zusammenhang mit der Agenda 21 sein“. Hierbei fällt die sehr weit gehende Formulierung „gleichberechtigt-

te Partner“ auf. Kapitel 24 spricht von der „aktiven Einbeziehung der Frau“. In Kapitel 25 wird gefordert, die Jugendlichen aktiv an Entscheidungsprozessen zu „beteiligen“. Die indigenen Bevölkerungsgruppen (Kapitel 26) sollen „gefördert und gestärkt werden“. Mit den NGOs soll es nach Kapitel 27 „eine möglichst intensive Kommunikation und Zusammenarbeit geben“ und die Arbeitnehmer (Kapitel 29) sollen „umfassend ... beteiligt werden“. Bei keiner Bevölkerungsgruppe gehen die Formulierungen so weit wie bei der Definition der Einbeziehung der Privatwirtschaft.

Gentechnik - Umweltverträgliche Nutzung der Biotechnologie (Kap. 16)

Kapitel 16 beschreibt die Biotechnologie als ideale Fortschrittstechnologie.

„Die Sicherheitsverfahren sollen lediglich „unter Berücksichtigung ethischer Gesichtspunkte“ festgelegt werden. Unter anderem wird der internationale Patentschutz auf Leben hervorgehoben.

Eine Agenda 21 - Kurzkritik findet sich:
www.projektwerkstatt.de/uvu/index.html

„Du sollst keine anderen Leitlinien haben neben mir!“ - die Agenda 21 in der schulischen und außerschulischen Umweltbildung

Definition von Umweltbildung in der Agenda 21

Agenda 21, Kapitel 36

Sowohl die formale als auch die nicht-formale Bildung sind unabdingbare Voraussetzungen für die Herbeiführung eines Bewusstseinswandels bei den Menschen, damit sie in der Lage sind, ihre Anliegen in Bezug auf eine nachhaltige Entwicklung abzuschätzen und anzugehen.

UN-Dekade 2005-2014 „Bildung für nachhaltige Entwicklung“:

Die deutsche UNESCO-Kommission fordert alle Verantwortlichen in ihrer Hamburger Erklärung vom 10./11. Juni 2003 auf, sich zu einer „Allianz Nachhaltigkeit lernen“ zusammenzufinden, um einen gemeinsamen Aktionsplan für die Dekade zu entwickeln und Programme und Koordinationsmechanismen für dessen Umsetzung zu schaffen. Quelle: <http://www.umweltbildung-sachsen.de/banu/>

1. Schulische Umweltbildung im Sinne der Agenda 21

BLK-Programm „21“ - Bildung für eine nachhaltige Entwicklung

Das Programm 21 soll die schulische Bildung am Konzept der Nachhaltigkeit orientieren. Zentrales Bildungsziel ist der Erwerb von Gestaltungskompetenz für die Zukunft. Ausgangspunkte sind politische Weichenstellungen, die auf der Agenda 21 basieren. Das Grundkonzept des Programms sieht vor, Bildung für nachhaltige Entwicklung durch drei zentrale Unterrichts- und Organisationsprinzipien in die schulische Regelpraxis zu integrieren. Es bietet eine Fülle von Verknüpfungsmöglichkeiten mit allgemeinen Tendenzen innovativer Schulentwicklung.

An der Durchführung des Programms, das zur Hälfte vom Bundesministerium für Bildung und Forschung finanziert wird, sind 15 Bundesländer beteiligt.

Die Programmstruktur sieht eine Vernetzung der Aktivitäten durch die Koordinierungsstelle an der Freien Universität Berlin vor.



Leitziele des Programms

1. vorausschauend denken lernen und mit Zukunftsprognosen, -erwartungen und -entwürfen sowie mit Risiken und Unsicherheiten umzugehen können
2. Lebensformen und Erfahrungen anderer Kulturen systematisch erschließen können, um Wirkungszusammenhänge zu erkennen und Orientierungen sowie Perspektiven in der komplexen Weltgesellschaft zu gewinnen
3. Probleme nachhaltiger wie nicht nachhaltiger Entwicklungen interdisziplinär bearbeiten können, um die komplexen Phänomene und Probleme der Umwelt, von ökonomischen und sozialen Entwicklungsprozessen angemessen zu beschreiben, zu analysieren und anzugehen
4. an der Gestaltung der eigenen Lebenswelt mitwirken können, um an der Ausformung nachhaltiger Alltagskultur in der Schule, in der Kommune und Region teilzuhaben
5. Handlungsabläufe erkennen und umsetzen können, um unter den Gesichtspunkten der Nachhaltigkeit die dafür benötigten Ressourcen von ihrer Verfügbarkeit her bestimmen sowie Netzwerke der Kooperation zu entwerfen;
6. Empathie, Mitverantwortung und Solidarität zeigen können, da das Engagement für mehr weltweite Gerechtigkeit neben transkultureller Verständigung und Kooperation Empathie und ein globales „Wir-Gefühl“ zur Bedingung hat
7. eigene wie fremde Lebensgewohnheiten und Wertvorstellungen kritisch hinsichtlich ihrer Nachhaltigkeit prüfen können, um die Fähigkeit zur Selbsterkenntnis ebenso zu erlangen wie die Fähigkeit, andere Lebensstile zu problematisieren, zu tolerieren und zu erwerben

8. sich und andere motivieren können, gemeinsam für zukunftsfähige Entwicklungen einzutreten, um zu ebenso nachhaltigen wie alltagstauglichen und befriedigenden Lebensstilen zu gelangen

Quelle: www.blk21.de

Nach dem Programm BLK 21 sind für die Vermittlung von nachhaltiger Entwicklung auch neue Lernformen von Nöten.

1. selbstbestimmtes Lernen und Lernen in Gruppen
2. handlungsorientiertes Lernen
3. fächerübergreifender Projektunterricht; offene Lernsituationen fördern, um Kompetenzen, autonom zu handeln und in heterogenen Gruppen zu agieren zu lernen interdisziplinäres Lernen
4. Service Learning = Förderung von sozialem Engagement im Schulalltag vor (Mediation in der Schule; Beteiligung an der Lokalen Agenda 21 etc.)
5. Vielfalt an aktivierenden und Gestaltungskompetenz fördernden Methoden (z.B. Stationenlernen, generationsübergreifendes Lernen, Exkursionen, Unterrichtsgänge, Schullandheimaufenthalte, Studienfahrten sowie andere Formen des Lernens vor Ort, Lernen anhand von Planspielen, Szenarien und anderen Simulationen, Zukunftswerkstätten und -konferenzen)

Quelle: <http://www.blk21.de/FILE/BLK/Praeambel-Richtlinien.pdf> - S.20 f.

Umweltstudienführer

Der Umweltstudienführer Ratgeber, Studium, Ökologie

Autor/in: Gerhard de Haan, Irene Donning und Bernhard Schulte
Verlag Eugen Ulmer, Stuttgart 1999
Schwerpunkt: Studiengänge an deutschen Hochschulen mit Bezug zur Ökologie
Preis: 14,90 Euro

2. Außerschulische Umweltbildung im Sinne der Agenda 21

Im Gegensatz zur schulischen Umweltbildung ist die außerschulische wesentlich differenzierter und unterschiedlicher in ihren Konzeptionen und Zielen. Allerdings wird auch hier versucht, die strikten Reglementierungen in Richtung „Agenda-21“ als Mainstream durchzusetzen. Vor allem die großen Projekte in der Umweltbildung schreiben sich die „Nachhaltigkeit“ - wie auch immer die einzelne Definition dann aussieht - auf die Fahnen. Außerdem wird von den gleichen Organisationen ständig mit dem Begriff „Leitlinien“ operiert. Diese stehen oft in Zusammenhang mit Ideen des „Qualitätsmanagement“ und „Zertifizierungen“, welche alle auf einen Mainstream bringen sollen. Dadurch ergibt sich ein systemunkritischer Einheitsbrei in der Umweltbildung, welcher an das sog. „öffentliche Bewußtsein“ weitergegeben wird und sich so reproduziert.

An dieser Stelle finde ich es wichtig zu differenzieren zwischen den großen Lobbyverbänden der Umweltbildung und deren einzelnen Arbeiter/innen an der Basis. Aus diesen Reihen entstehen immer wieder tolle Ideen, Materialien und Projekte, von denen einige später vorgestellt werden.

Es folgen einige Beispiele der „agenda-treuen“ Ausrichtung.

Bundesweiter Arbeitskreis der staatlich getragenen Bildungsstätten im Natur- und Umweltschutz (BANU)

BANU-Leitlinien für eine pädagogische Zukunft: Umweltbildung 2001

„Gemeinsam sind wir stark: Die Zusammenarbeit mit allen gesellschaftlichen Bereichen ist zu stärken, insbesondere mit Wirtschaft, Gewerkschaft, Politik, Medien, Kultur, Sport, sozialen Einrichtungen, Kirchen, Wissenschaft.“

Die im bundesweiten Arbeitskreis BANU zusammengeschlossenen Umweltbildungsstätten haben im Oktober 1996 Leitlinien für eine Umweltbildung der Zukunft vorgelegt. Der BANU will mit den Leitlinien die Diskussions- und Erneuerungspro-

zesse in der Umweltbildung vorantreiben, den Stellenwert der Umweltbildung in der Gesellschaft erhöhen und eine Grundlage für politische Entscheidungen zur Umweltbildung bieten.

Für die Bewältigung der in den Leitlinien genannten Aufgaben einer zukünftigen Umweltbildung sind geeignete Organisationsstrukturen mit entsprechenden Freiräumen in Forschung und Lehre und eine ausreichende Finanzausstattung unbedingt erforderlich.

Die nahezu unüberschaubare Komplexität von Natur und Umwelt erfordert integrative Sichtweisen von ökologischen, ökonomischen und sozialen Prozessen. Sie fördern auch die Bereitschaft zur Mitwirkung in der Natur- und Umweltschutzarbeit.

Sie verfolgen damit die Ziele:

- den Diskussions- und Erneuerungsprozess in der Umweltbildung voranzutreiben,
- den Stellenwert der Umweltbildung in der Gesellschaft zu erhöhen,
- Grundlagen für politische Entscheidungen zur Umweltbildung zu bieten,
- ein klares Profil der Umweltbildung zu entwickeln und
- die Motivation und Professionalisierung der in der Umweltbildung tätigen Personen zu fördern



Inhalte

1. Umweltbildung ist ein lebenslanger Lernprozess
2. Umweltbildung bietet Visionen für eine nachhaltige Entwicklung
3. Umweltbildung erweitert ihre Inhalte
4. Umweltbildung nutzt neue Methoden und Instrumente
5. Umweltbildung sucht Partner/innen
6. Wir stärken das Zusammenwachsen Europas
7. Umweltbildung und globales Lernen gehören zusammen
8. Umweltbildung bietet vorbildhafte Umweltbildungsstätten
9. Thesen, Gründe und Diskussionen neuer Mittel

2. ANU – Arbeitsgemeinschaft Natur-

und Umweltbildung e.V.



Die Arbeitsgemeinschaft Natur- und Umweltbildung/ ANU besteht seit 1988, zunächst als lockerer Verbund von Umweltzentren, seit 1990 als e.V. auf Bundesebene. Heute ist die ANU auch mit Landesverbänden in 14 Bundesländern vertreten. Mitglied werden können alle Einrichtungen, die sich mit Natur und Umweltbildung, praktischem Umweltschutz sowie wissenschaftlicher Forschung beschäftigen, weiterhin Einzelpersonen, die im Umweltbereich engagiert sind.

Vernetzung und Lobbyarbeit

Ziel der ANU ist es, die Akteure/innen der außerschulischen Umweltbildung zu vernetzen und auf Bundes- und Landesebene Lobbyarbeit zur Förderung der Umweltbildung zu betreiben. Außerdem unterstützt die ANU die Weiterentwicklung der außerschulischen Umweltbildung durch Tagungen, Weiterbildungen und Projekte, insbesondere zu Themen der Nachhaltigen Entwicklung im Sinne der Agenda 21.

Katalog der Umweltzentren

Eine der ersten öffentlichkeitswirksamen Aktivitäten war 1988 die Herausgabe des Buches „Umweltzentren in Deutschland“, in dem erstmals eine detaillierte Auflistung umweltpädagogischer Einrichtungen erfolgte.

Informationsdienst ökopädNEWS

Schon seit 1991 existiert, der monatliche Informationsdienst ökopädNEWS. Er erscheint zur Zeit in der Zeitschrift punkt.um des ökom-Verlags in München, kann aber auch komplett aus dem Internet unter www.umweltbildung.de heruntergeladen werden. ökopädNEWS berichtet über bildungspolitische Trends, Aktivitäten der Landesverbände, neue Materialien, Termine und vieles mehr. Inhalt der Homepage: gute Recherchemöglichkeiten, schnelle Übersicht über u.a. Veranstaltungskalender, Auflistung aller Umweltzentren in der BRD, Archiv „Ökopäd – News“, Links

Quelle: www.umweltbildung.de/

Umweltbildungsgruppen und -portale im Internet

1. Portal zur Umweltbildung in Österreich -

Das FORUM Umweltbildung hat Geschäftsstellen in Wien und Salzburg mit insgesamt 12 MitarbeiterInnen. Unser Schwerpunkt liegt auf der Durchführung von Projekten im Umweltbildungsbereich. Dabei behandeln wir unter anderen die Themen Nachhaltigkeit, Ökologisierung von Schulen, Ökologisierung der Lehrlingsausbildung, Biodiversität und Kindergärten, die wir sowohl im konzeptiven als auch im durchführenden Bereich umsetzen. In einigen Projekten arbeiten wir in enger Kooperation mit in- und ausländischen Organisationen. Zu unseren Zielgruppen gehören Schulen, LehrerInnen, ÖkopädagogInnen, Universitäten, Gemeinden, Jugendliche sowie alle an diesen Bereichen interessierte Personen.

Inhalt der Homepage: einige Schwerpunkte - viele Links - Literaturlisten - Zeitschriftenarchiv „Umwelt & Bildung“ & „Umwelterziehung“ - Publikationen und Online-Bestellungen - Bibliothek - Spielothek
www.umweltbildung.at

2. Portal der deutschen Umweltbibliotheken

Das Portal wird seit 1998 von der GRÜNEN LIGA - Netzwerk Ökologischer Bewegungen - betrieben. Umweltbibliotheken sind „Bibliotheken als Bürgerinitiative“, wie Reiner Strzolka deren Konzeption 1994 umschrieb. Aus einer oppositionellen Motivation heraus entstanden – primär in den letzten 15-20 Jahren – im Osten wie im Westen Deutschlands Bibliotheken, denen ein anderes Selbstverständnis als das der etablierten „Büchersammlungen“ zugrunde liegt.

Sie stellen heute einen Teil eines Informationsnetzwerkes dar, in dem wichtige, sonst schwer auffindbare Materialien im weiten Themenfeld „Umwelt“ und vielfältige Beratungs- und Bildungsangebote bereitgehalten werden. Das Internetportal versteht sich u. a. als Einladung an alle an Umweltthemen interessierten Leser/innen, die vielfältigen Angebote der Umweltbibliotheken Deutschlands kennenzulernen und zu nutzen.

In der Datenbank der Umweltbibliotheken kann auch nach der nächstgelegenen Einrichtung gesucht werden, außerdem kann in den Katalogen einer ganzen Reihe von Umweltbibliotheken direkt recherchiert werden bzw. das Linkverzeichnis für die Suche nach Umweltinformationen im Internet genutzt werden.

www.umweltbibliotheken.de

3. Internationale Gesellschaft für Umwelterziehung und Umweltaufklärung e.V. [IGU]

Die IGU wurde im 1994 in Prag gegründet. Zu den Zielen der Gesellschaft gehören die methodische und finanzielle Unterstützung mittel- und osteuropäischer Organisationen im Umwelterziehungsbereich verbunden mit der gemeinsamen Durchführung internationaler Aktivitäten, insbesondere auf den Gebieten Förderung, Initiierung und Vernetzung von ökologischen Kindergärten, Informations- und Bildungsreisen sowie Klassenfahrten und Schüler/innen-austausch mit Schwerpunkt Natur, Kultur und Geschichte, Fortbildung im Bereich Umwelterziehung im Vorschulalter, Herausgabe mehrsprachiger Publikationen und didaktischer Materialien.

Seit mehreren Jahren liegt der Schwerpunkt der Aktivitäten der IGU im Bereich „Ökologische Kindergärten“.

IGU

Carl-Vogt-Straße 9

35394 Giessen

Tel.: 0641 / 37973 - Fax: 0641 / 34510

E-mail: IGU.Giessen@t-online.de

3. Alternatives Adressverzeichnis

Inhalt der Homepage: Regionale Umweltzentren / Umweltverbände, NGOs / Jugendumwelt und Jugendverbände / Alternative Projekte / Thematische Netzwerke, Verbände und Gruppen / Bildungsträger / (Umwelt-)Stiftungen / (Umwelt-) Bibliotheken

www.projektwerkstatt.de/uvu/index.html

4. Arbeitsgemeinschaft der Umweltmobile

Die Idee, Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen die Natur- und Umwelt ihrer unmittelbaren Umgebung nahe zu bringen, ist nicht neu, gewinnt aber zunehmend an Bedeutung. Zahlreiche Umweltstationen und Bildungseinrichtungen arbeiten seit langem an diesem Auftrag.

Seit nun 17 Jahren bestehen in Deutschland auch Erfahrungen mit spezialisierten Fahrzeugen, die als mobile Projekte im Dienste von Natur- und Umweltschutzbildung unterwegs sind. Das erste Ökomobil wurde 1987 in Baden Württemberg eingesetzt, rasch folgten weitere Mobile in diesem und anderen Bundesländern. Im Jahr 2002 haben die Mobile in Sachsen, Nordrhein-Westfalen und das Wald-i in Stuttgart das 10-jährige Jubiläum gefeiert; 2003 folgte das Freiburger Ökomobil.

www.umweltmobile.de



Materialien

1. MAUS - MaterialAuswahl Umwelt-Schutz



Die MAUS ist eine selbständige Projektgruppe im Rahmen der Jugend-Umwelt-Info-Stelle (JUIS) im Bad Hersfelder Jugendhaus. Hier bietet das Prinzip Projektfreiheit engagierten Menschen Spielraum für Eigeninitiativen und Teamarbeit. Schwerpunktartig läuft in der JUIS Öffentlichkeits- und Vernetzungsarbeit. Das „Herzstück“ ist die Umweltbibliothek mit mehr als 5.000 Büchern.

Quelle: www.maus-versand.de/main.asp

Die Junior-Regenbogenkämpfer-Mappe
Wie Kinder der Umwelt helfen können erklärt die „Junior Regenbogenkämpfer Mappe“. Die Mappe liefert spannende Ideen u. Anleitungen. - 12,50 EUR

Natur-Erlebnis-Mappe

Hier werden jede Menge Hintergründe und Ideen für spannende und spielerische Erlebnisse rund um die Natur geliefert. - 12,50 EUR

Aktionsmappe Umwelt

Loseblattsammlung zur Gründung und Arbeit von BIs und Umweltgruppen. Organisatorische und inhaltliche Tipps u.a. (Finanzierung von Projekten, Medienarbeit, Rechtliches, Aktionsformen) - 15 EUR

Man lernt nie aus - Umwelterziehung
Über den Sinn und Zweck von Umwelterziehung ist hier ebenso etwas zu finden wie über didaktische Aspekte. Mit Projektbeispielen, Tipps u. Anregungen - 2 EUR

Umweltbildung

Der Reader richtet sich an Einsteiger/innen und Profis der Umweltbildung. Überblick über Adressen, Literatur, Zeitschriften, PR und Projektfinanzierung. Dazu sind noch die Basistexte der Umweltbildung abgedruckt. - 6 EUR

Quelle: www.maus-versand.de/shop/frset.html

Umweltbildungsprojekte als grünes Gewissen der Konzerne

Modellprojekt - „Erkundendes Lernen im Lernfeld Natur“

Wo erfährt man am meisten über die Natur? In der Natur! „Erkundendes Lernen“ als zentrale Methode ermöglicht kreatives, motivierendes und problemorientiertes Lernen und Lehren.

Seit November 2002 gibt es nun das Projekt „Lernende Region Bodensee“, das vom Bundesministerium für Bildung und Forschung, der EU sowie den Ländern Bayern und Baden-Württemberg finanziell unterstützt wird. Grund genug für die Bodensee-Stiftung ihr Engagement in der Umweltbildung zu verstärken. Die Bodensee-Stiftung ist Projektpartner und betreut das Modellprojekt „Erkundendes Lernen im Lernfeld Natur“. Ziel ist es das „Erkundende Lernen“ mit seinen verschiedenen Ansätzen für Kinder und Erwachsene weiterzuentwickeln und als wichtige Lehr- und Lernform zu etablieren.

„Erkundendes Lernen“ wird unterstützt durch die Stiftung für Bildung und Behindertenförderung und Lever Fabergé Deutschland.

Quelle: <http://lrb.dayta.de/wiruberuns/lrb>
„Hinterfrage“

„Zu welchem Konzern gehört eigentlich Lever Fabergé (Sponsor des Projekts „Lernende Region Bodensee“)?“

Die Auflösung könnt ihr selber recherchieren unter www.markenfirmen.com/

Testet das „Grüne Gewissen“ der Konzerne, welche mit der Unterstützung von Umwelt-(bildungs)projekten sich prestigeträchtig um die Wäsche der schmutzigen Firmenwesten bemühen!

Klaus Werner / Hans Weiss
Das neue Schwarzbuch Markenfirmen
Die Machenschaften der Weltkonzerne
€19,90 - Deuticke Verlag, Wien 2003

2. Kritische Ökologie

Die KRITISCHE ÖKOLOGIE wurde 1983 vom Verein zur Förderung von Landwirtschaft und Umweltschutz in der „Dritten Welt“ (VFLU) e.V. zunächst als ‘Rundbrief’ (bis 1985), dann als ‘Umweltzeitung’ (bis 1991) und schließlich als Kritische Ökologie herausgegeben.

Seit 1997 wird die Dokumentationsstelle des Vereins und seit 1998 die Herausgabe der Kritischen Ökologie vom ifak weitergeführt. Als erste und einzige deutschsprachige Zeitschrift widmet sich die Kritische Ökologie der Umwelt und Entwicklungsproblematik im Zusammenhang (Dritte Welt - Agrarkulturen - Umwelt).

Kritische Ökologie 60-SPEZIALAUSGABE
Lehr- und Lernmaterialien: Ein Plan- und Rollenspiel zur nachhaltigen Entwicklung der Kulturlandschaft

Quelle: www.kritische-oekologie.de/

Wie ein Baum im Sahel...

Kleines Abo
(2 Hefte in Folge):
10,- EURO
Konto:
ifak/kritische ökologie,
Konto-Nr. 505 607 47,
BLZ 260 500 01,
Sparkasse Göttingen

ifak/kritische ökologie
Düstere Straße 16-17
37073 Göttingen
ph. 05 51-48 71 41/fax: -43
Email: ifak@comlink.org

3. Aktionsversand für Politikram!

Bücher ++ Materialien ++ T-Shirts +++
CDs & more

Bestelladresse:

Projektwerkstatt, Ludwigstr. 11, 35447
Reiskirchen,

versand@projektwerkstatt.de

www.projektwerkstatt.de

4. www.umweltbildung.at

Zwischen Management und Mandala. Umweltbildung quer durch Europa

FORUM Umweltbildung (1999)
Methoden für verschiedene Sparten der
Umweltbildung von Naturschutz bis zur
lokalen Agenda 21, von kurzen Spielen zur
Schärfung der Naturwahrnehmung bis zu
mehrere Monate dauernden Bürger/innen-
beteiligungsverfahren in kleinen Städten -
„Methodenverzeichnis“ für ein Baustein-
prinzip - 6 EUR

Auf Los geht's los! - Handbuch für Schulen
auf dem Weg zu einer ökologisch nachhaltigen
Alltagskultur, 2001 - 7 EUR

Hier findet ihr grundlegende Informationen
zu einer nachhaltigen ökologischen Schul-
entwicklung und in einem ausführlichen
Praxisteil nützliche Hinweise, Anregungen,
Beispiele, Checklisten und Formulare für die
wichtigsten Schritte auf dem Weg zu einer
ökologischen Alltagskultur. Der Serviceteil
beinhaltet Informationen zur Finanzierung,
Literaturhinweise, ein Glossar sowie als
Beilage wichtige Links und Adressen.

FORUM Umweltbildung

Alserstraße 21

1080 Wien

Tel.: 0043/1/4024701

Fax: 0043/1/4024701-51

E-Mail: forum@umweltbildung.at

oder über www.umweltbildung.at

5. Ökotopia-Verlag

Natur Erlebnis Ferien - Handbuch für die
Gestaltung ökopädagogischer Kinder- und
Jugendfreizeiten - 16,80 EUR

Inhalte sind: Visionen, Ziele, Konzepte
erlebnis- und handlungsorientierter Ferien-
freizeiten, Anregungen, Tipps und
erprobte Rezepte zu folgenden Themen:

- Alltagsökologie und Ernährung - Leben in
der Gemeinschaft, Mitbestimmung - Inte-
gration von behinderten Kindern und
Jugendlichen - Leben und Lernen in und mit
der Natur u.a.

Öko - Ein alternatives Wirtschaftsspiel

Der Klassiker unter den Umweltspielen. In
einer Spielrunde können die ökologischen
Verstrickungen unserer Gesellschaft nach-
gespielt werden - und zwar spannend und
informativ zugleich. Die SpielerInnen
kämpfen um die größtmögliche Lebens-
qualität, versuchen aus dem quantitativen
Wachstum ein qualitatives zu machen.
Beeinflusst werden diese Bemühungen von
„gesellschaftlichen Rahmenbedingungen“
und den „persönlichen Lebensbeding-
ungen“.

Zielgruppe/Einsatzmöglichkeiten: Für
2 bis 5 SpielerInnen ab 12 Jahren - **Preis:**
EUR 14,90

Quelle: www.oekotopia-verlag.de

Nach der Theorie – rein in's Leben!

1. Jobben für Natur und Umwelt

... ist ein Ratgeber für alle Leute, die für
ein paar Wochen, ein paar Monate,
vielleicht sogar für ein, zwei Jahre ihre
Kräfte in den Dienst von Natur und Um-
welt stellen wollen. Es zeigt Möglichkei-
ten im Umweltschutz zu arbeiten: Prak-
tika (Bürojobs, Umweltpädagogik, For-
schung, Praktische Arbeit, Entwicklungszu-
sammenarbeit), Workcamps, Arbeiten
auf dem Biohof, Ferienjobs in National-
parks, Zivildienst, FÖJ, Europäischer
Freiwilligendienst (EVS), Studienreisen und
Alternative Lebensformen (Kooperativen,
Kommunen, Permakultur).

www.praktikum-natur-umwelt.de/index.html

oder Ökoprosjektikum

www.projektwerkstatt.de/jobs/index_fs.html

2. Datenbank für Ökojobs in Europa

In dieser Datenbank finden Öko-Jobber
nützliche Tipps und Informationen rund um
das Thema Ökojobs. Es werden in mehrer-
en Kapiteln Tipps zur Stellenauswahl, zur
richtigen Bewerbung und vielem mehr
gegeben. So wird zum Beispiel auch dem
Thema Versicherungen ein eigenes Kapitel
geschenkt. Weiterhin wird auch über die
großen Anbieter wie FOEJ und EVS be-
richtet und weitere Möglichkeiten und
Perspektiven über diese Seite hinaus
werden beschrieben.

www.oekojobs.de/

4. BYCo – the Baltic Youth Co-operation

In the year 2001, environmental youth
organisations went in co-operation and
created the project Baltic Youth Co-opera-
tion. This network aims to support environ-
mental education and nature protection
activities in the Baltic Sea region and whole



Europe. BYCo
has already been
existing for three
years and
connects organi-
sations through
the exchange of
EVS-volunteers
and by providing a
base for joint
activities between
its members...

www.byco.info/

5. AVSO - the Association of Voluntary Service Organisations

Information on longer term voluntary
service in Europe - and beyond

www.avso.org/

6. Jobbörse für Umweltfachkräfte

Hier werden alle diejenigen fündig, die
einen Job im Umweltbereich suchen oder
anzubieten haben. Von Windkraft-
technikerin bis hin zum Pädagogen in
einem Waldkindergarten. Für alle Nutzer-
innen und Nutzer kostenlos.

www.greenjobs.de

Bio-Zertifizierung

Kontrollpflicht auch für Großküchen und Gastronomie

Seit Anfang dieses Jahres wird die Bio-Zertifizierung von Großküchen und Restaurants diskutiert. Die für den ökologischen Landbau zuständigen Behörden der Länder verlangen nun auch von Betrieben der Außer-Haus-Verpflegung, dass sie sich dem Kontrollverfahren nach EG-Öko-Verordnung unterstellen, wenn sie Bio-Produkte verarbeiten und dies kennzeichnen. Der nachfolgende Beitrag erläutert die Hintergründe und beschreibt den aktuellen Stand.

Nach der EG-Öko-Verordnung betrifft die Kontrollpflicht alle Unternehmen, die über Werbeaussagen oder Etikettierung für ihre Erzeugnisse auf den ökologischen Landbau hinweisen. Dies gilt für sämtliche Erzeugungs- und Verarbeitungsstufen, zu denen auch das Zubereiten zählt. Somit sind nach bestehender Rechtsauffassung auch Unternehmen der Außer-Haus-Verpflegung (AHV) kontrollpflichtig, wenn sie auf Speisekarten, in Werbeprospekten oder Tafeln im Speisesaal Bio-Produkte ausloben oder mit dem Hinweis auf den ökologischen Anbau werben.

Die Kontrollpflicht war bis Anfang dieses Jahres kaum einem AHV-Betrieb bekannt. Dies auch deshalb, weil Großküchen und Restaurants von den Behörden bis letztes Jahr nicht in die Kontrollpflicht gezwungen wurden. Im Februar 2002 hat sich deren Auffassung aber geändert. Hintergrund sind zum einen neue Entwicklungen der Rechtslage. Seit August 2000 gilt die EG-Öko-Verordnung nicht nur für den pflanzlichen sondern auch für den tierischen Bereich. Zum anderen hat insbesondere nach der BSE-Krise die Verwendung ökologisch erzeugter Lebensmittel in der AHV stark zugenommen.

Behörden informieren Küchen und fordern Zertifizierung ein

Anfang dieses Jahres wurden die ersten Großküchen und Restaurants von den zuständigen Behörden der Länder darüber informiert, dass sie kontrollpflichtig sind. Inhalt und Form der Schreiben hat die betroffenen Küchen verunsichert, zumal bei Zuwiderhandlung mit entsprechenden Strafen gedroht wurde. Küchen, die „eigentlich doch etwas Positives tun“, fühlten sich ungerecht behandelt und mit neuem Verwaltungsaufwand konfrontiert. Die Formulierungen der Behörden standen sicher auch unter dem Einfluss des am 1. April '03

in Kraft getretenen Ökolandbau-Gesetzes. Denn das neue Gesetz wertet den nicht verordnungskonformen Gebrauch des Hinweises auf den ökologischen Landbau als Ordnungswidrigkeit, bei Vorsatz sogar als Straftat. Hier gilt aber zu beachten, dass nicht jeder Verstoß zur maximal möglichen Sanktionierung führt. Die Kontrollpflicht der Großküchen steht in jedem Fall nicht in direktem Zusammenhang mit dem Ökolandbau-Gesetz. Die immer wieder veröffentlichte Behauptung, die Kontrollpflicht bestehe seit dem 1. April 2003, ist sachlich falsch.

Küchen reagieren verunsichert

Trotzdem, die meisten AHV-Betriebe sind von den neuen Anforderungen nicht begeistert, sondern verunsichert und irritiert. Dies ist auf der einen Seite verständlich, denn die Bio-Zertifizierung ist mit zusätzlichem organisatorischen Aufwand verbunden, kostet Geld und ggf. muss die bisherige Bio-Verwendung und Bio-Auslobung neu überdacht werden.

Die betroffenen Küchen reagieren recht unterschiedlich auf die neuen Anforderungen. Ein Teil der Bio-Verwender lässt derzeit Hinweise auf den Ökologischen Landbau unterbleiben und umgeht damit die Kontrollpflicht. Ein anderer Teil der Großküchen akzeptiert die Kontroll- und Zertifizierungspflicht, lässt sich von Kontrollstellen Angebote unterbreiten, schließt einen Kontrollvertrag ab und organisiert die Lagerung, Zubereitung und Kennzeichnung der Bio-Produkte entsprechend den Anforderungen der EG-Öko-Verordnung. Nur die wenigsten Betriebe nehmen die Kontroll- und Zertifizierungspflicht zum Anlass, ihr Bio-Engagement zu beenden. Dies ist unseres Erachtens auch überzogen, denn unsere Beratungserfahrung zeigt, dass auch Küchen kritisch hinterfragen, ob alles, was sie als Bio einkaufen, auch wirklich bio ist.

So gesehen ist es – nicht zuletzt im Sinne des Verbraucherschutzes und des lautereren Wettbewerbs – folgerichtig, dass auch AHV-Betriebe nachweisen müssen, dass nur dort bio drauf steht, wo auch Bio drin ist. Denn auch in Küchen kommt es vor, dass mehr Bio ausgelobt als eingekauft wird.

ÖGS und GfRS entwickeln angepasste Kontrollkonzepte

Die Frage ist also weniger, ob GV-Betriebe ein Bio-Zertifikat vorweisen müssen, wenn sie ihr Bio-Angebot ausloben wollen. Vielmehr geht es darum zu klären, bei welchem Angebot eine Bio-Auslobung möglich ist und welche Kontrollanforderungen für AHV-Betriebe gelten müssen. Denn die buchstabengetreue Umsetzung der EG-Öko-Verordnung steht zum Teil im Widerspruch zu den praktischen Gegebenheiten einer Küche. Durch die bestehende Logistik- und Preisstruktur bei Bio-Lebensmitteln ist es für Küchen beispielsweise sinnvoller, nur einzelne Produkte auszutauschen anstatt vollständige Bio-Komponenten oder Bio-Menüs anzubieten. Aktuell geht es also darum, die Anforderungen für AHV-Betriebe so anzupassen, dass Verbraucherschutz und lauterer Wettbewerb sichergestellt sind, ohne dass unnötige Barrieren für den Einsatz von Öko-Erzeugnissen in den Betrieben entstehen. Um dies zu erreichen, entwickeln ÖGS (Ökologischer Großküchen Service) und die Öko-Kontrollstelle GfRS mit juristischer Unterstützung und mit Hilfe von Modellbetrieben angepasste Kontrollkonzepte für Großküchen und Restaurants. Diese Kontrollkonzepte beinhalten eine beispielhafte Darstellung der Öko-Auslobung, sie nennen die notwendigen Maßnahmen für die unternehmensinterne Qualitätssicherung im jeweiligen AHV-Betriebstyp und sie formulieren Vorschläge für das

durch die privaten Kontrollstellen durchzuführende externe Kontrollverfahren. Das Projekt läuft im Rahmen des Bundesprogramms Ökologischer Landbau und wird mit Mitteln des Bundesministeriums für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft finanziell unterstützt. Mit Ergebnissen ist Anfang 2004 zu rechnen. So soll ein Beitrag geleistet werden, den Einsatz von Bio-Produkten im AHV-Markt zu stabilisieren und langfristig deutlich auszubauen.

NRW unterstützt Küchen mit der Kampagne Natur auf dem Teller

Darüber hinaus sei auf eine Maßnahme in Nordrhein-Westfalen hingewiesen. Hier hat man die Notwendigkeit einer Unterstützung der Küchen erkannt und bietet diesen eine teilweise Übernahme der Kosten für die Erstkontrolle an, wenn sie sich an der Kampagne „Natur auf dem Teller“ beteiligen (s.rechts).

Mehr Informationen zum Thema:

www.naturaufdemteller.de

www.gfrs.de

www.oegs.de



Das Food-Coop Handbuch hat 112 Seiten, 30 Abbildungen und ist erhältlich für 10 Euro bei der BAG (Bundesarbeitsgemeinschaft der Lebensmittelkooperativen). Zu bestellen unter:

www.lebensmittelkooperativen.de



Natur auf dem Teller- Die erfolgreiche Kam- pagne jetzt bundes- weit

Nach vier erfolgreichen Jahren „Natur auf dem Teller“ in Nordrhein-Westfalen wird die Bio-Kampagne jetzt bundesweit angeboten. „Natur auf dem Teller“ vereinfacht Betrieben der Gemeinschaftsverpflegung und Gastronomie den Einstieg in die dauerhafte Verwendung ökologisch erzeugter Lebensmittel. Gemeinsam mit den Einrichtungen werden individuelle Bio-Konzepte entwickelt.

Kennzeichen der Kampagne sind die umfassende Beratung der Betriebs- und Küchenleiter sowie die Unterstützung bei der Kommunikation mit MitarbeiterInnen und Gästen. Zudem erhalten Interessierte attraktive Aktionsmaterialien wie Plakate, Servietten und Tischaufsteller.

2004 werden erstmals bundesweit Bio-Infomärkte und Lieferanten-Workshops angeboten.

Partner der bundesweiten Kampagne ist die Centrale Marketing-Gesellschaft der Deutschen Agrarwirtschaft (CMA).

Weitere Informationen erhaltet Ihr unter www.naturaufdemteller.de

Kontrollstellen

In Deutschland gibt es derzeit 22 staatlich zugelassene Öko-Kontrollstellen. Diese sind private Dienstleister, die im Wettbewerb stehen. Sie sind meist bundesweit tätig und führen das Kontrollverfahren nach der EG-Öko-Verordnung durch.

Für die Zulassung einer Kontrollstelle ist die Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung (BLE) zuständig. Bei der Zulassung erhält die Öko-Kontrollstelle eine Codenummer (DE-XXX-Öko-Kontrollstelle). Neben ihrem Hauptsitz in einem Bundesland haben sie i.d.R. Mitarbeiter/innen, die in den anderen Bundesländern tätig sind.

Öko-Kontrollstellen unterliegen der behördlichen Überwachung durch die zuständigen Behörden der Bundesländer, in Hessen beispielsweise durch das Regierungspräsidium Gießen, in Niedersachsen durch das Niedersächsische Landesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit. Die Öko-Kontrollstellen melden die durch sie überprüften Unternehmen der zuständigen Behörde und informieren diese auch über etwaige Verstöße.

Adressen

ÖGS - Ökologischer Großküchen Service
Rainer Roehl, Anja Erhart & Dr. Carola Strassner GbR
Galvanistraße 28
D-60486 Frankfurt am Main
Telefon: +49-69-977 819-0
Telefax: +49-69-977 819-19
E-mail: oegs@oegs.de oder
Homepage: <http://www.oegs.de>

Gesellschaft für Ressourcenschutz mbH
Prinzenstr. 4
D-37073 Göttingen
Tel.: +49-551-58657
Fax.: +49-551-58774
Homepage: www.gfrs.de
www.gfrs.deKontakt

Leitfaden zur Bio-Zertifizierung

1. Wann ist ein Unternehmen der Außer-Haus-Verpflegung kontrollpflichtig?

Jedes Unternehmen der Außer-Haus-Verpflegung, das sein Bio-Angebot bewirbt, muss am Kontrollverfahren der EG-Öko-Verordnung teilnehmen. Wird also eine Speise, eine Komponente oder eine Zutat mit „Bio“ (oder „biologisch“, „Öko“, „ökologisch“) an der Speisenausgabe, auf der Speisekarte oder auf einer Tafel im Speisesaal ausgewiesen, so ist eine Teilnahme am Kontrollverfahren nötig. Dabei spielt es keine Rolle, ob der Bio-Anteil nur 5%, 25% oder 75% des gesamten Lebensmittelumsatzes ausmacht.

Wo kein „Käufer“ ist ...

Wer Bio auslobt,
muss seinen Kunden auch Bio

Wichtig ist darüber hinaus, dass ein „Käufer“ vorhanden ist. In der Außer-Haus-Verpflegung hat der Gast heute fast immer eine Wahlmöglichkeit. So gibt es z.B. in der Gemeinschaftsverpflegung in der Regel mehrere Gerichte oder Menülinien zur Auswahl. Es kommt aber vor, dass der Gast keine Wahlentscheidung hat und damit auch keine Kaufentscheidung treffen kann. Das ist beispielsweise bei **Kindertagesstätten** der Fall, in denen es nur ein Essensangebot gibt. Gleiches gilt für ein kleines Krankenhaus, das nur eine Menülinie anbietet. Für diese Betriebe besteht keine Kontrollpflicht. Wichtig ist, dass der Benutzerkreis geschlossen ist, d.h. Dritte keinen Zutritt haben. Möchte sich ein solcher Betrieb trotzdem zertifizieren lassen, ist dies natürlich möglich.

Beim ausschließlichen Bio-Angebot nicht weiter verarbeiteter Lebensmittel oder Speisen (i.d.R. verpackte) z.B. Verkauf von Getränkeflaschen oder Schokoriegel im Betriebskiosk ist klar: für den alleinigen

„Weiterverkauf“ (Handel) von bio-zertifizierter Ware ist keine Bio-Kontrolle des Betriebs erforderlich.

Verpackte Bio-Schokoriegel, Getränkeflaschen et. sind nicht kontrollpflichtig

2. Die Kontrollstelle auswählen

Wie bei anderen Dienstleistungen auch, ist es sinnvoll, sich bis zu drei schriftliche Angebote von Kontrollstellen einzuholen. Das ermöglicht den Vergleich der Leistung untereinander und gibt einen ersten Eindruck über die Arbeitsweise der verschiedenen Öko-Kontrollstellen. Voraussichtlich geht man eine längere Verbindung mit einer Kontrollstelle ein, die mehrere Jahre dauern kann. Wichtig ist es daher, dass von Anfang an alle wichtigen Informationen zur Verfügung stehen und die Öko-Kontrollstelle offene Fragen bereitwillig klärt. Gut ist es zudem, wenn die Öko-Kontrollstelle bereits über Erfahrungen mit der Überprüfung von Unternehmen der Gemeinschaftsverpflegung und Gastronomie verfügt.



Photo: Tom Maelsa, DPA

3. Vorbereitung für die Erstkontrolle Dokumente und Unterlagen zusammenstellen

Vor der ersten Inspektion bereitet das Unternehmen für die Öko-Kontrollstelle eine Betriebsbeschreibung vor. Diese besteht in der Regel aus folgenden Unterlagen:

Lageplan des Betriebs mit Angabe der für die Lagerung, Zubereitung und Abgabe der Speisen genutzten Einrichtungen. Eine Skizze, auf der die relevanten Einrichtungen deutlich zu erkennen sind, ist i.d.R. akzeptabel.

Ein Organigramm oder eine Liste des verantwortlichen Personals mit Angabe der jeweiligen Verantwortlichkeit bzw. Funktion (bei größeren Betrieben z.B. Einkaufsleitung, Küchenleitung).

Liste der Standorte mit Anschriften und Ansprechpartner für Betriebe mit mehreren Standorten.

Muster der Werbematerialien bzw. Kommunikationsmittel mit denen der Bio-Einsatz ausgelobt wird (z.B. Speisekarte, Speiseplan, Flyer, Websiteadresse).

Die richtige Kennzeichnung

Wichtiger Grundsatz bei der Bio-Auslobung: Diese muss auf ihre Richtigkeit überprüfbar sein. Damit wird klar, warum „Wir verwenden überwiegend Zutaten aus dem ökologischen Anbau“ nicht möglich ist. In dem Geflecht von Küchenalltag, Beschaffungsproblematik und Bio-Kontrollablauf ergeben sich in der Regel drei Bio-Einsätze und -Auslobungen:

„Bio-Speise“

z.B. „Bio-Lasagne“, „Bio-Pizza Margherita“, „Bio-Möhrensuppe“, „Bio-Kartoffelgratin“, „Bio-Nudelsalat“, „Bio-Schoko-Pudding“, „Bio-Tiramisu“, „Bio-Wiener-Schnitzel“, „Bio-Szegediner-Gulasch“.

Ein komplettes Gericht darf nur dann als Öko- oder Bio-Gericht bezeichnet werden, wenn mindestens 95 % der Zutaten landwirtschaftlichen Ursprungs aus ökologischem Landbau stammen. Die restlichen Zutaten dürfen aus konventioneller

Erzeugung stammen, wenn sie in der Verordnung (EWG) Nr. 2092/91 im Anhang VI, Teil C aufgeführt sind. Dies sind Zutaten, die weder in der EU erzeugt noch importiert werden können. Wer sich die Liste anschaut, erkennt schnell, dass die genannten Zutaten (z.B. Stachelbeeren, Brunnenkresse) in den küchenüblichen Rezepten und Gerichten keine (mengenmäßig) große Rolle spielen.

So manch eine Küche hat diese Regelung missverstanden und ging fälschlicherweise davon aus, dass die genannten 5 % der Zutaten uneingeschränkt aus konventioneller Erzeugung sein können.

„Bio-Komponente“

(aus Verbrauchersicht abgrenzbar)

Klassische Beilagen wie z.B. Reis, Bratkartoffeln, Grüne Bohnen, Leipziger Allerlei, Feldsalat, aber auch Hauptkomponenten wie z.B. Steak, Putenbrust. Wird eine Komponente mit „Bio“ gekennzeichnet, gilt nur bei dieser Komponente die 95 % Regelung, also müssen auch die Petersilie auf den Salzkartoffeln oder die Butter auf den Nudeln Bio sein.

„Bio-Zutaten“

(Bio-„Rohstoffe“)

z.B. „Wir verwenden ausschließlich Kartoffeln aus ökologischem Landbau“, „Wir verwenden ausschließlich Frischeier [oder: Rindfleisch] aus ökologischer Erzeugung“. Viele Betriebe der Gemeinschaftsverpflegung und auch viele Restaurants entscheiden sich für einen Bio-Einsatz in Form des kompletten Austausches einer konventionell erzeugten Zutat durch eine Bio-Zutat. So kauft ein Betrieb beispielsweise ab einem bestimmten Zeitpunkt alle Kartoffeln in zertifizierter Bio-Qualität und setzt keine konventionell erzeugten Kartoffeln mehr ein.

Trennung bei der Lagerhaltung

Ganz wichtig ist das Vermeiden von Verwechslungen zwischen Bio-Produkten und konventionellen Produkten beim Küchenpersonal. Das bezieht sich sowohl auf alle Lager (trocken, tiefkühl, kühl) als auch auf die Küchenräume selbst.

Die Trennung kann beispielsweise durch eine eindeutige Kennzeichnung eines Regals oder eines Regalbereichs im Lager erfolgen. Eine gute Lösung ist auch der Einsatz von farblich und mit „Bio“ gekennzeichneten Stapelbehältern, Großbehälter o.ä. im Lager. Es ist keinesfalls notwendig, gesonderte Lagerräume bereit zu halten oder gar neue Lagerräume zu bauen.

Wareneingang und Warenfluss: Die Durchführung einer Wareneingangsprüfung ist bei Gastronomie und Großküchen gute fachliche Praxis. Beim Einsatz von Öko-Produkten sind wenige zusätzliche Anforderungen zu berücksichtigen:

So muss vom Lieferanten ein aktuell gültiges Bio-Zertifikat einer Öko-Kontrollstelle vorliegen.

Der Lieferant muss die Bio-Produkte als solche klar auf dem Lieferschein und der Rechnung kennzeichnen.

Das angelieferte Erzeugnis muss seinerseits eindeutig etikettiert sein, nämlich mit Name und Anschrift des Lieferanten, einer Bezeichnung des Erzeugnisses mit Bio-Hinweis (z.B. „Bio-Zitronen“) und der Code-Nummer der für den Lieferanten zuständigen Kontrollstelle (DE-XXX-Öko-Kontrollstelle).

Der überprüfte und abgezeichnete Lieferschein wird dann abgelegt - beispielsweise in einen Ordner. Bei Inspektionen werden die Lieferscheine/Rechnungen berücksichtigt. Durch die eingerichtete Wareneingangsprüfung wird der Wareneingang transparent und erlaubt eine Überprüfung der eingegangenen Bio-Produkte.

Arbeitet der Betrieb mit Rezepten, dienen auch diese der Überprüfung des Bio-Einsatzes. Auch für die verkauften Mengen der Lebensmittel und Zutaten sollten prüffähige Aufzeichnungen gesammelt werden. In einigen Betrieben sind elektronische Warenwirtschaftssysteme im Einsatz, aus denen solche Daten gewonnen werden können. In anderen Betrieben können auf entsprechende Aufzeichnungen über das Kassensystem zugegriffen werden. Natürlich gibt es auch Betriebe und Einrichtungen, die nicht über solche Systeme verfügen. Je nach Art des Bio-Einsatzes gilt es hier, zusammen mit der Kontrollstelle passende Lösungen zu finden.

4. Die Kontrolle vor Ort

Ob Landwirt, Futtermittel- oder Lebensmittelhersteller, wer Bio-Produkte erzeugt oder verarbeitet, wird mindestens einmal im Jahr kontrolliert. Umfang und Inhalt der Kontrolle sind durch die EG-Öko-Verordnung festgeschrieben. Bei der Erstkontrolle, d.h. nach Vertragsabschluss, wird die Betriebsbeschreibung vervollständigt sowie eine Inspektion durch einen Mitarbeiter der Kontrollstelle durchgeführt. Für Großküche und Gastronomie erfolgen die jährlichen Folgeinspektionen dann in der Regel unangekündigt.

Nach durchgeführter Kontrolle wird ein Inspektionsprotokoll erstellt, welches von dem Inspekteur und dem Verantwortlichen des Unternehmens der Außer-Haus-Verpflegung unterschrieben wird. Von der Kontrollstelle wird ein Kontrollbericht mit ggf. Hinweisen und Auflagen verfasst und dieser dem Betrieb zugeschickt. Bei erfolgreichem Kontrollverfahren erhält der Betrieb ein Bio-Zertifikat, mit dem er gegenüber seinen Gästen werben kann.

5. Kosten für Kontrolle und Zertifizierung

Bis Anfang 2004 haben einzelne Großküchen und Restaurants je nach Größe, Unternehmensstruktur und Art des Bio-Einsatzes zwischen 200,- Euro und 800,- Euro für das Kontrollverfahren inkl. Bio-Zertifikat bezahlt. Das Zertifikat hat ein Jahr Gültigkeit. Meist werden die Kosten nach Aufwand berechnet.

www.oekolandbau.de

Mit dem im Sommer 2002 gestarteten Portal www.oekolandbau.de wurde erstmals eine gemeinsame Informationsplattform für alle geschaffen, die sich mit Erzeugung, Herstellung und Handel von Öko-Lebensmitteln beschäftigen. Angesprochen werden verschiedene Zielgruppen: Erzeuger, Verarbeiter, Händler, Großverbraucher, Verbraucher sowie Kinder und Jugendliche.

Das Internetportal ist ein zentrales Projekt im Bundesprogramm Ökologischer Landbau und wird von der Stiftung Ökologie und Landbau (SÖL), Forschungsinstitut für biologischen Landbau Berlin (FiBL) und Zentralstelle für Agrardokumentation und -information (ZADI) betrieben.

Genfoodfreie Mensa! -

Gentechnik und Gemeinschaftsverpflegung

Gentechnisch veränderte Pflanzen sind über einen langen Zeitraum in Europa weder in kommerziell bedeutsamen Umfang angebaut noch neu zugelassen worden. Das wird sich bald ändern. Durch die neuen Gentechnik-Bestimmungen der EU und das derzeit beratene deutsche Gentechnikgesetz sind die Tore für den Einmarsch der Gentechnik auf den Lebensmittelmarkt geöffnet. Betriebe der Gemeinschaftsverpflegung sind von dem neuen Rechtsrahmen und dessen Auswirkung in vielfacher Weise betroffen. Sie müssen sich gegenüber ihren Lieferanten und ihren Tischgästen positionieren.

1. Kennzeichnung

Bisheriger Status

Der Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen findet in Europa derzeit fast nur im Versuchsanbau statt. Erlaubt sind dagegen Importe von genverändertem Soja, Mais, Raps und Baumwolle als Verarbeitungsprodukte in Lebensmitteln – etwa als Glucosesirup aus Maisstärke, als Sojalecithin, als "pflanzliche Öle" und vieles mehr. Darüber hinaus ist die Verwendung von Enzymen, Aromen oder Vitaminen, die mittels gentechnisch veränderter Mikroorganismen hergestellt werden, gängige Praxis in der Lebensmittelverarbeitung. In beträchtlichem Umfang finden sich gentechnisch veränderte Pflanzen im Tierfutter wieder.

Dennoch stellt sich das Lebensmittelsortiment derzeit als weitgehend "gentechnikfrei" dar. In weiten Teilen kommt diese vermeintliche Gentechnikfreiheit der Lebensmittel aber schlicht durch fehlende Kennzeichnungsvorschriften zustande. Wo die gentechnische Veränderung im Endprodukt nicht mehr chemisch nachweisbar war, etwa bei raffinierten Ölen aus gentechnisch verändertem Raps, musste kein Kennzeichnungshinweis gegeben

werden. Die Information, ob Gentechnik im Verarbeitungsprozess der Lebensmittel zum Einsatz kam, war bei den Verarbeitern in der Regel nicht abrufbar.

Eine Reihe von Lebensmittelherstellern versuchen aber auch, der eindeutig ablehnenden Haltung der großen Mehrheit der Verbraucherinnen und Verbraucher gerecht zu werden. Das gelingt durch den Einsatz tatsächlich gentechnikfreier Rohstoffe oder durch Veränderungen von Rezepturen.

Seit April gelten die neuen Regelungen

Das Kennzeichnungsdebakel und weitere Defizite in der EU-Gesetzgebung führten zu einem jahrelangen Zulassungsstopp für gentechnisch veränderte Produkte. Dieses Zulassungsmoratorium wurde jetzt aufgehoben, nachdem neue Gentechnik-Gesetze erlassen wurden.

Im November 2003 sind zwei neue EU-Verordnungen in Kraft getreten. Sie regeln die Zulassung, die Kennzeichnung und die Rückverfolgbarkeit von gentechnisch veränderten Organismen (GVO), die in Futtermitteln und in Lebensmitteln verwendet werden. Die Übergangsfristen endeten am 18. April '04. Ab diesem Zeitpunkt gilt, dass Produkte gekennzeichnet werden müssen,

§ die selber ein GVO sind, wie z.B. Tomate*, Zuckermais*, Kartoffel*, Lachs*

§ die gentechnisch veränderte Mikroorganismen enthalten, z.B. Joghurt mit gentechnisch veränderten Milchsäurebakterien* oder Brot mit gentechnisch veränderter Hefe*

§ die aus GVO hergestellt wurden, d.h. die zur breiten Palette von Verarbeitungsprodukten gehören, die direkt aus gentechnisch veränderten Pflanzen hergestellt werden, wie Maismehl, Sojamilch, Rapsöl etc.

§ die aus GVO hergestellte Zusatzstoffe und Aromen enthalten, wie z.B. Lecithin oder Vitamin E aus genetisch veränderten Sojabohnen oder modifizierte Stärke aus genetisch verändertem Mais.

Wichtig: Die Verpflichtung zur Kennzeichnung gilt auch dann, wenn die gentechnische Veränderung der Zutat im Endprodukt chemisch nicht mehr nachweisbar ist. Bei "zufälligen und technisch unvermeidbaren" Verunreinigungen bis zu einem Grenzwert von 0,9 % muss nicht gekennzeichnet werden."

Alle Firmen, Verarbeiter, Händler, die am Herstellungsprozess eines Produktes beteiligt sind, müssen über ein warenbegleitendes Dokumentations- und Identifikationssystem verfügen. Dieses System soll dazu dienen, GVO-Produkte über die Lebensmittelkette zurückverfolgen zu können.

Die neuen Kennzeichnungsregelungen informieren über Qualitätsaspekte im Verlauf des Herstellungsprozesses und ermöglichen somit eine bewusster Kaufentscheidung der Verbraucher.

Kennzeichnungspflicht macht vor den Mensen nicht Halt

Mit der EU-Verordnung über genetisch veränderte Lebensmittel und Futtermittel (VO (EG)1829/2003) werden auch die Betriebe der Gemeinschaftsverpflegung zur Kennzeichnung gentechnisch veränderter Zutaten verpflichtet. Nicht nur die Lebensmittelhersteller und Lieferanten müssen eindeutig deklarieren. Auch die Gemeinschaftsverpfleger müssen entsprechende Informationen über die Gentech-Zutaten im Essen ihren Gästen gegenüber offen legen.

Kennzeichnungslücken

Weiterhin bestehen Lücken bei der Kennzeichnungsregelung. Ohne Kennzeichnung bleiben weiterhin

§ Erzeugnisse von Tieren, die mit gentechnisch veränderten Futtermitteln gefüttert wurden, wie z.B. Fleisch, Milch, Eier etc.

§ sowie deren Verarbeitungsprodukte, z.B. als Milchpulver, Trockeneigeln in Gebäcken oder als Fleischfüllung

§ Enzyme, Vitamine und Zusatzstoffe, die mit Hilfe gentechnisch veränderter Mikroorganismen erzeugt wurden, wie z.B. Geschmacksverstärker Glutamat oder Labferment Chymosin und Konservierungsstoff Nisin im Käse.

Besonders die Kennzeichnungslücke bei den tierischen Produkten ist nicht plausibel und inkonsequent. Obwohl für die verwendeten Gentech-Futtermittel durchaus eine Kennzeichnungspflicht besteht, wird diese Information nicht an die VerbraucherInnen weitergegeben. Das Prinzip der Kennzeichnung der Prozessqualität von Produkten wird plötzlich nicht weiter verfolgt.

2. Die Verbrauchersicht

VerbraucherInnen lehnen den Einsatz der Gentechnik in Landwirtschaft und Lebensmittelproduktion mit großer Mehrheit ab.

Kein Verbrauchernutzen

Gentechnische Veränderungen an Nutzpflanzen betreffen fast ausschließlich anbautechnische Eigenschaften wie Herbizidresistenz und Insektenresistenz. Verbraucher haben davon keinen Vorteil.

Ungeklärte Risiken für die Gesundheit und die Umwelt

Problematisch ist grundsätzlich, dass ein und dasselbe Gen ganz unterschiedliche Funktionen und Ausprägungen haben kann. Das ist auch abhängig vom Ort des Einbaus dieses Gens im Erbgut des neuen Organismus. Je nach "Einfügungsort" – der technisch derzeit nicht steuerbar ist – können vorhandene Gene in ihrer Wirkung gestört oder verändert werden. Gentechnische Veränderungen von Pflanzen können in den Pflanzenzellen zur Produktion neuartiger Eiweißstoffe führen, die die Verträglichkeit der Produkte beeinträchtigen oder zur Entstehung neuer Allergien führen können. Gesundheitliche Belange werden im Rahmen der Risikowertung von GVO zwar methodisch berücksichtigt. Das Ergebnis kann jedoch nur

eine Risikoabschätzung vor dem Hintergrund der bisher nur spärlichen Erkenntnisse sein. Verbraucher sind nicht bereit, sich mit gentechnisch veränderten Produkten unnötigerweise einem wie auch immer gearteten Risiko auszusetzen.

Über die ökologischen Konsequenzen von Gentech-Pflanzen ist bislang wenig bekannt. Das Ausmaß und die Folgen der ökologischen Risiken werden erst langfristig angemessen zu beurteilen sein. Aber hat sich das neue Gen einmal in einer Wildpopulation etabliert, ist es nicht mehr rückholbar – auch wenn es sich als schädlich erweist.

Wahlfreiheit und Verbraucherautonomie in Gefahr

Durch die neuen Kennzeichnungsregelungen sollen VerbraucherInnen endlich die Möglichkeit erhalten, sich bewusst für oder gegen gentechnisch veränderte Produkte zu entscheiden. Die immer noch bestehenden Lücken, insbesondere bei den tierischen Produkten, sind aus Verbrauchersicht nicht akzeptabel. Der weitaus größte Teil gentechnisch veränderter Pflanzen landet als Futtermittel im Futtertrog der Tiere. Derzeit werden die Landwirte über diesen Umstand weitestgehend im Unkla-

ren gelassen. Diejenigen Landwirte, die sich zukünftig bewusst gegen "Genfeed" für ihre Tiere entscheiden – und damit auch ganz im Sinne ihrer Kunden handeln – brauchen die "Rückendeckung der Verbraucherschaft". Um gentechnikfreie Futtermittelmärkte langfristig zu erhalten und auszuweiten, muss ein entsprechend starker Nachfragedruck auf die Futtermittelindustrie ausgeübt werden. Wichtige Ansprechpartner für die Forderung nach Gentechnikfreiheit sind somit u.a. Fleischereien, Molkereien, Eierlieferanten.

Kommt es EU-weit zu einem vermehrten Anbau gentechnisch veränderter Futterpflanzen, ist eine schleichende Vermischung mit den ohne Gentechnik erzeugten Produkten absehbar. Diese Vermischung betrifft aber nicht nur die Futtermittel, sondern auch die Lebensmittel.

Wahlfreiheit und Entscheidungsmöglichkeiten der Verbraucher werden damit wieder zunichte gemacht, wenn es nur noch um die Auswahl zwischen mehr oder weniger verunreinigten Produkten geht.

Höhere Kosten

Durch Kosten für Abwehr- und Kontrollmaßnahmen führt ein großflächiger GVO-Anbau insgesamt zur Verteuerung aller

| Gekennzeichnet als Gen-Food? | | | |
|--|---|------|------|
| Alte und neue Kennzeichnungspflicht für gentechnisch veränderte Lebens- und Futtermittel | | | |
| GVO: gentechnisch veränderter Organismus | | | |
| | Beispiel | alt | neu |
| GVO-Lebensmittel | Mais, Sojasprossen, Tomaten | ja | ja |
| aus GVO hergestellte Lebensmittel | Maismehl | ja | ja |
| | raffiniertes Mais-, Soja-, Rapsöl | nein | ja |
| | Glukosesirup aus Maisstärke | nein | ja |
| Lebensmittel von Tieren, die mit GVO-Futtermitteln gefüttert wurden | Fleisch, Eier, Milch | nein | nein |
| Lebensmittelzusatzstoffe/ Aromen aus GVO | Lezithin aus GVO-Sojabohnen in Schokolade | nein | ja |
| mit GVO-Enzymen* hergestellte Lebensmittel | Käse (Chymosin) | nein | nein |
| GVO-Futtermittel | Mais | nein | ja |
| aus GVO hergestellte Futtermittel | Maiskleber, Sojamehl | nein | ja |
| Futtermittelzusatzstoffe aus GVO | Vitamin B2 (Riboflavin) | nein | ja |
| GVO-Pflanze | Chicoree | ja | ja |

*Enzyme verbleiben nicht im Lebensmittel
Quelle: EU-Kommission, BMU, BMVEL
© Globus 8599



Anbausysteme (mit und ohne GVO) und stellt somit für die Verbraucher eine Verschlechterung ihrer Ausgangssituation dar. Bisher gibt es weder Erfahrungswerte noch genauere Prognosen, wie hoch die Summe aller Kosten sein könnte. Es ist nicht sichergestellt, dass diejenigen, die die neue Technologie einführen wollen, auch die Kosten dafür tragen.

3. Situation in der GV

Betriebe der Gemeinschaftsverpflegung befinden sich in einem ähnlichen "Gentechnikdilemma" wie die Endverbraucher. § Aus dem derzeitigen Einsatz der Gentechnik in der Landwirtschaft und Lebensmittelverarbeitung resultieren weder höherwertige Produktqualitäten noch ökonomische Vorteile für die Großverpfleger. Im Gegenteil ist zukünftig eher

mit höheren Preisen für allenfalls gleichbleibende Produktqualitäten zu rechnen, weil Kosten bei der Gentechnikanwendung nicht verursachergerecht umgelegt werden. § Im Rahmen des Qualitätsmanagements gilt das Vorsorgeprinzip. "Kritische" Produktaspekte sind möglichst schon im Vorfeld auszuschließen. Die verantwortungsbewusste Auswahl oder Festlegung von Produktqualitäten erfolgt zudem unter Berücksichtigung der Kundenwünsche: Was passt zum Qualitätskonzept? Welche Außenwirkung hat die Auswahl bestimmter Qualitäten? Was unterstützt das Erschließen neuer Kundenkreise? Dem eindeutigen Votum der VerbraucherInnen folgend werden die GV-Betriebe tunlichst vermeiden, gentechnisch veränderte Lebensmittel zu verwenden.

§ Der neue Rechtsrahmen sieht Dokumentations- und Kennzeichnungspflichten beim Einsatz gentechnisch veränderter

Lebensmittel in der GV vor. Dauerhaft werden daher personelle Kapazitäten gebunden sein, um die Information über die Verwendung von Gentech-Zutaten im Essen tagesaktuell und korrekt an die Tischgäste weiterzugeben und auf Nachfrage auch begründen zu müssen.

4. Konsequenzen für die Gemeinschaftsverpflegung

Um die Option auf gentechnikfreie Lebensmittel langfristig zu erhalten und die Entwicklungen im Lebensmittelmarkt im Sinne der GV zu steuern, sollten die Betriebe jetzt handeln und deutlich Stellung beziehen.

Selbstverpflichtung zur Gentechnikfreiheit des Essensangebots

Dabei sollte konkret festgelegt werden, wie weit die Ausschlusskriterien gefasst werden sollen. Die Verpflichtung wird den Tischgästen mitgeteilt.

Festlegen eindeutiger GVO-Ausschlussklauseln in den Lieferantenverträgen

Überregionale Absprachen der Betriebe zur Bündelung der Nachfrage sind dabei zielführend. Ein Großteil der Lebensmittelhersteller versichern derzeit, keine gentechnisch veränderten Pflanzen bei ihren Lebensmitteln einzusetzen. Das gilt aber häufig nicht für den Futtermittelbereich.

Bevorzugung von Anbietern, die sich eindeutig der Gentechnikfreiheit ihrer Produkte verschreiben

Bei Ökoprodukten ist der Gentechnik-einsatz grundsätzlich verboten. Bestimmte Markenprogramme beim Fleisch schließen die Verwendung von Gentech-Futtermitteln bereits aus.

* Derzeit in der EU noch nicht als Lebensmittel zugelassen; Stand März 2004

Die anderen Tabak-Aspekte

Über den Einfluss der Tabakwirtschaft auf viele politische Felder

Vor kurzem wurde von den Greenkids Magdeburg eine Tabak-Kampagne initiiert, die auf die „anderen“ Tabak-Aspekte aufmerksam machen will. Viele davon hat mensch gewiss schon einmal gehört bzw. waren kurzzeitig auch Themen der Massenmedien. Im Bewusstsein sind sie bei den meisten jedoch nicht geblieben. Es geht beispielsweise um die rechten Verbindungen, die so mancher Tabak-Konzern aufzuweisen hat. Oder um die Zerstörung von Urwäldern für die Verarbeitung der Pflanzen. Zu vergessen nicht der Einfluss von Werbeindustrie auf die Bedürfnisse der Menschen und die miserablen Arbeitsbedingungen für die abhängigen Tabak-BäuerInnen.

Die Greenkids wollen mit diesem Projekt Hintergrundmaterial zu den verschiedenen Tabak-Aspekten sammeln und aufbereiten. So gibt es eine Gruppe von Menschen, die zu bestimmten Hintergrundthemen recherchieren. Ein Ziel ist es auch, eigene Kompetenzen was Recherchefähigkeiten angeht, zu entwickeln. In der politischen Arbeit sind Hintergrundinformationen oft eine grundlegende Notwendigkeit. Aber nicht immer sind sie vorhanden. Es kann daher nicht schaden, sich mit Möglichkeiten und Methoden dieser Informationsbeschaffung und -aufbereitung zu vertrauen. Wer also Lust hat, für sich und andere nach den Backgrounds der Tabak-Industrie zu forschen, ist herzlich willkommen. Bisher wird an den Themen Tierversuche, rechte Connections, Tabaksteuer, EU-Subven-

tionen und Papierverbrauch gearbeitet. Die Ergebnisse sollen auf der Internetseite, in der Öffentlichkeitsarbeit und bei Aktionen multipliziert werden.

Veranstaltungswoche im Oktober

Im Oktober findet die Kampagne einen Höhepunkt. Dann wird es nämlich eine Veranstaltungswoche in Magdeburg geben, in deren Verlauf eine Fachtagung, mehrere Infoabende und ein Perspektiven-Workshop stattfindet. Später soll es in anderen Städten MultiplikatorInnen-Schulungen geben. Die Tagung am 16. Oktober thematisiert neben der Auseinandersetzung mit der Subventionspolitik der EU-Gesundheitsaspekte und die Zerstörung der Umwelt für den Tabakanbau. Am Vormittag werden vor allem Referate angeboten, am Nachmittag finden Arbeitskreise zu ausgewählten Themen statt. Es gibt außerdem die Idee, am Abend in einem Magdeburger Alternativkino den Film „Rauchopfer“ zu zeigen, mit anschließender Gesprächsrunde mit dem Filmmacher.

Die folgenden Infoveranstaltungen setzen sich mit der Ausbeutung der ArbeiterInnen in der sog. „Dritten Welt“, rechten Verknüpfungen von Tabakkonzernen und der Finanzierung von Kriegen und Überwachungsstaat durch die Tabaksteuer auseinander. Am 23. und 24. Oktober sind Interessierte eingeladen, sich gemeinsam Gedanken über die weitere - bundesweite - Arbeit mit diesen Themen auseinanderzusetzen.

In Vorbereitung befindet sich gerade ein Projekt, das diese Tabakthemen an Schulen bringen will. Nicht mit dem „erhobenen Zeigefinger“ soll hier thematisiert werden, sondern mensch will vermitteln, dass Leute sich die mit dem Tabakkonsum verbun-

denen Probleme - auch für andere Menschen und die Umwelt - bewusst auseinandersetzen sollten. Wenn diese sich dann trotzdem für Tabak entscheiden, ist das ihr Ding. Die autoritäre Herangehensweise vieler „NichtraucherInnen“-Initiativen wollen die Greenkids nicht verfolgen.

Bundesweite Kampagne

Bisher liegt ein Schwerpunkt der Arbeit dieser Kampagne ganz klar in Magdeburg, da die Greenkids aus dieser Stadt kommen. Angestrebt wird jedoch, dieses Projekt bundesweit durchzuführen. Einige Kontakte gibt es daher schon nach Hamburg und Berlin. Wenn weitere dazukommen würden - sowohl interessierte Einzelpersonen als auch Gruppen - wäre das sehr erfreulich. Kontakt zur Kampagne kann telefonisch unter 0162-7868204, per Mail an info@alles-ueber-tabak.de oder über die Internetseite www.alles-ueber-tabak.de aufgenommen werden.

Falk Beyer



Infostand in Magdeburg



**Österreich – Tschechien –
Deutschland - Niederlande**

Magst du auch keine durchorganisierten unpersönlichen Sommer-Sonne-Strand-Reisen?

Die zum Ecotopia-Sommercamp (siehe Internationales) führende Fahrradtour wird im Sommer stattfinden, möglicherweise mal einen Tag an einem Strand vorbei führen und die Teilnehmenden werden sicher den einen oder anderen Sonnenstrahl abbekommen. Aber die Tour ist alles andere als bis zum letzten durchorganisiert und unpersönlich. Aktive UmweltschützerInnen und andere interessierte Leute aus ganz Europa machen sich auf, zum Ecotopia-Camp per Drahtesel zu reisen.

Hier kannst du lesen, was das Orga-Team der Fahrradtour selbst sagt:

„We will keep far way from any beaches, blue water, entertainers or cocktail-nights at the hotel bar, but go for the pure basic form of travelling: sleeping on the ground, eating food prepared on camp fires and meeting people, who are not paid a lot to be friendly to you. Moving all our stuff by sheer muscle power, we will create an eco-mobile community to connect 4 amazing events with a 6-week celebration of sustainable transport. We will start on the 1st July in Vienna, visit Prague, the Towards Car-Free Cities Conference (more Infos on that: <http://worldcarfree.net/conference>) - in Berlin and the Wendland Summercamp - www.sommercamp-im-wendland.de/ - in Gedelitz as well as supporting numerous ecological groups along the way by visiting them and joining them for actions. Our final destination is the Ecotopia Camp, where we will arrive in mid-August. One branch heading for the European Cycling Messenger Championships (further info: <http://ecmc2004.org>) in Warsaw will leave the biketour in Berlin. The biketour is a self-sustaining community, with all participants expected

to take a share of tasks and to participate in the non hierarchical, consensus-based decision-making process. Camping is the usual accommodation and sometimes we sleep in schools and private houses.

There are usually between 25-50 participants from all over Europe, and occasionally some from further afield. Participants may come for all or part of the route. Everyone who fits the following guidelines is welcome:



- You can cycle 50-80 km per day
- You are interested in environmental issues and willing to take part in some actions
- You are willing to take part in consensus decision-making and
- You are willing to take part in the daily tasks such as preparing meals, carrying trailers, washing up or tidying the sleeping places.
- Watch out: Sexist, racist, homophobic and other discriminatory behaviour will not be tolerated on the tour.

**Auf die Räder,
fertig, los**

How to take part? Firstly, each person fills in the application form which can be found at www.thebiketour.net. Those who need visas for the countries concerned will receive as much help as possible from the Biketour organisers. Each person pays a participation fee of about 15 eco (more infos on that: www.eyfa.org/ecorates.htm) per day. That's around 7 euro for westerners and considerably less for easterners. The fee covers everything and cannot be reduced i.e. for people who don't eat breakfast.

The actual fee hasn't been decided on yet, so keep an eye on our website www.thebiketour.net. Also we might be able to refund your travel costs - if you travel the cheapest, most ecological way. But this is still in the hands of the funders - contact us as soon as possible, if your participation depends on this.

At the beginning of each day there is a meeting where the route is told and we get a map for the day, the task distribution is decided upon and any others problems are discussed. Each person cycles at their own pace and we carry everything ourselves, with the large items in trailers. Also we usually cook ourselves.“

In Dresden werden die TeilnehmerInnen der Biketour mit BürgerInitiativen, die zum Thema Waldschlösschenbrücke (eine Brücke, die noch mehr Fernverkehr über die Elbe bringen soll und „nebenbei“ das Naturparadies Elbwiesen zerstören würde) arbeiten, gemeinsam mit Aktionen auf die Straße gehen.

Du siehst, es gibt genügend Aktionsmöglichkeiten während der Tour, egal, ob Du nur einen Tag oder alle sechs Wochen mitfährst.

Schnell anmelden unter:

kuijperroeland@yahoo.co.uk !
Mehr Infos: www.thebiketour.net
oder Uli Lerche:
internationales@bsoe.info

ECOTOPIA

Buntes internationales Sommercamp 9.-23.8.2004

Hast du noch ein Löchlein in deinem Sommerplan frei? Dann gibt es hier den ultimativen Tipp!

Die europaweiten Netzwerke EYFA (European Youth for Action), A SEED (Action for Solidarity, Equality, Environment, and Diversity) und etliche niederländische Organisationen laden zum Ecotopia 2004 ein.

Das große internationale Treffen von Gruppen, Organisationen und aktiven Einzelpersonen, die an aktuellen Themen des Umweltschutzes und der Sozialpolitik arbeiten und Aktionen planen oder sich einfach nur informieren wollen, findet seit nun mehr 14 Jahren statt - dieses Jahr in dem Naturreservat Gandelwaard in der Nähe der Burg Loevestein im Norden der Niederlande.

Ecotopia ist nicht nur ein Sommercamp zum Spaß haben, sondern auch ein Ort, wo Menschen Neues über Aktionsformen und Hintergrundinfos zu Klimawandel, Trans-gesamte Camp von allen. Das bedeutet: alle täglichen Aufgaben, Arbeitskreisinhalte

und –gestaltung, Entscheidungen auf dem Camp, Organisatorisches etc. werden von allen Teilnehmenden getragen. Besonders gefragt sind neue Ideen und Leute, die einen Workshop oder eine andere Aktivität zum Mitmachen anbieten möchten. Wie auf zahlreichen anderen Camps wird versucht, das Wissen über Umweltschutz auch praktisch um zu setzen. So wird der Müll auf dem Camp getrennt, es gibt veganes und vegetarisches Essen, alternative Energiequellen werden genutzt und last but not least wird nach dem Konsensprinzip entschieden.

Also: worauf wartest du noch? Auf zu neuen Abenteuern, auf zu Ecotopia!

Uli Lerche



Mehr Infos findest du unter:

www.ecotopia.nl

Anmeldung unter:

ecotopia2004nl@eyfa.org

(sobald wie möglich)



ZAPATISTISCH ZELTEN: ZEIT ZUM KENNENLERNEN,
DISKUTIEREN - PLÄNE SCHMIEDEN
YA BASTA @ A-CAMP
vom 31.Juli - 7.August 2004 auf dem
Kesselberg bei Berlin
mehr Infos: www.free.de/a-camp

Aubonne-Brücken-Kampagne

Wie wir bereits im letzten FUI berichteten, gründete sich nach dem Ereignis vom 01. Juni 2003 die Aubonne-Brücken-Kampagne. Damals blockierten 20 AktivistInnen eine Autobahnbrücke in Aubonne, Schweiz, um Deliquenten des G8- Gipfels den Weg nach Evian zu versperren. Zwei KletterInnen seilten sich als Gegengewicht zueinander am selben Seil quer über die Strasse von der Brücke ab, während andere mit Bannern den Verkehr stoppten. Obwohl die Polizei über die Art der Aktion umgehend informiert wurde, schnitt ein Polizist nach ca. einer halben Stunde das Seil durch, was dazu führte, dass einer der KletterInnen 20 Meter in die Tiefe stürzte und sich schwere Verletzungen zuzog. Das Ende des Seils der Person auf der anderen Seite konnte gerade noch von den Leuten auf der Brücke gehalten werden. Die KletterInnen sowie andere AktivistInnen sind nun angeklagt wegen „gefährlichen Eingriffs in den Strassenverkehr“ und „Gefährdung des Lebens Dritter“. Keine/r der verantwortlichen PolizistInnen wurde bisher angeklagt, statt dessen geniessen sie volle Immunität.

Mittwoch, 23. Juni: International Solidarity Action Day

Die Kampagne ruft Menschen und Gruppen in ganz Europa dazu auf, an diesem Tag (morgens) die Schweizer Botschaft zu besuchen und den/die BotschafterIn aufzufordern, den UnterstützerInnenbrief ins Kanton Vaud zu schicken (Brief und weitere Details können auf der Website gedownloadet werden). Andere symbolische Solidaritäts-Aktionen mit den Aubonne-Brücken-AktivistInnen, Info-Abende (Video- Präsentation) in diversen Zentren, Fax-Bombardements der verantwortlichen Stellen (siehe Website), sowie die Mobilisierung von lokalen Pressekontakten, Menschenrechtsgruppen, „einflussreichen Personen“ etc. ist natürlich ebenso höchst willkommen. Am selben Tag wird außerdem zusammen mit dem Anwalt der angeklagten Aktiven eine Pressekonferenz in Lausanne (Schweiz) geben, um das öffentliche Interesse an der folgenden Verhandlung zu erhöhen.

www.aubonnebridge.net



Don't cut our Right to Protest !

Samstag - Sonntag, 26. - 27. Juni: Antirepressionstreffen in Genf

Geplant ist, an diesem Wochenende kurz vor der Gerichtsverhandlung Leute und Gruppen zusammenbringen, um Erfahrungen in der Antirepressionsarbeit in Europa auszutauschen. Es geht darum, Ideen zu diskutieren, wie wir uns in Zukunft besser auf Repression vorbereiten und darauf reagieren können. Schwerpunkt der Debatte ist der Umgang mit Traumata bzw. den psychischen Folgen von Repression und Gewalt. Der Aubonne-Fall ist außerdem verlinkt mit den Prozessen in Genua, die am selben Tag beginnen, sowohl gegen die PolizistInnen, die während des G8-Gipfels die „Diaz-Schule“ stürmten und zahlreiche AktivistInnen zum Teil schwer verletzten, als auch gegen zahlreiche DemonstrantInnen wegen gewalttätigem Protest, etc. Die Aubonne-Brücken-Kampagne steht im Zeichen der Solidarität mit den angeklagten DemonstrantInnen. Mehr Infos dazu unter: www.veritagiustizia.it. Die OrganisatorInnen der Kampagne laden eine Vielzahl von Leuten und Gruppen, die bereits aktiv zum Thema arbeiten bzw. daran interessiert sind, zu dem Treffen ein.

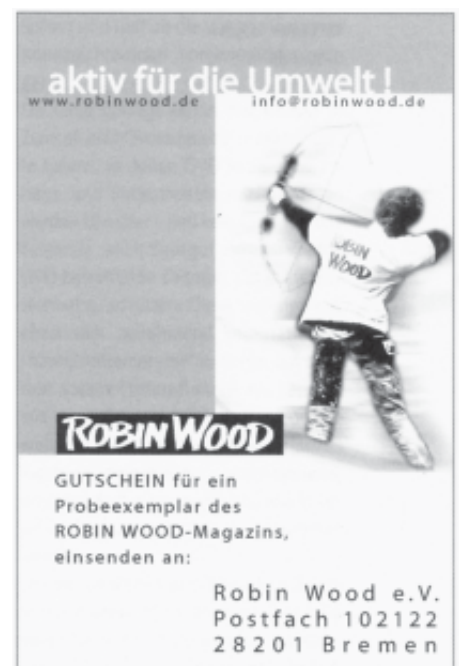
Montag, 28. Juni: Gerichtsverhandlung und internationale Präsenz in Nyon

Für den Tag nach dem Treffen ist geplant, eine symbolische „internationale Präsenz“ während der Verhandlung ausserhalb des Gerichtsgebäudes in Nyon (Nähe Genf) zu zeigen. Der Prozess beginnt um 9 Uhr morgens und wird voraussichtlich am Nachmittag zu Ende sein. Das Urteil wird vermutlich erst 1-3 Tage danach bekannt gegeben.

So bleibt Zeit, diese Verhandlung und den „Fall“ taktisch an die breite Öffentlichkeit zu tragen und die Brutalität sowie Immunität der Polizei in diesem, wie in so vielen anderen Fällen, anzugreifen. Das Hauptziel ist demnach klar zum Ausdruck zu bringen: dass dieser Prozess nicht legitim ist und dass er sich einmal mehr gegen die Opfer statt gegen die Täter richtet.

Der Film über die Aktion beim G-8 Gipfel kann über die BSÖ-Geschäftsstelle ausgeliehen werden:

BSÖ e.V. c/o RefRat HU
Unter den Linden 6, 10099 Berlin
Tel: 030 / 2093 - 1749 (AB)
Fax: 030 / 2093 - 2396
geschaeftsstelle@bsoe.info
<http://www.bsoe.info>



Gegen den Hunger, nur ohne Gennahrung!

von Antônio Inácio Andrioli/Brasilien* MeinungsbildnerInnen behaupten, gentechnisch veränderten Lebensmitteln kämen bei der Bekämpfung des Hungers angesichts des weltweiten Bevölkerungswachstums und der Notwendigkeit von Produktionssteigerungen in der Ernährung eine entscheidende Rolle zu. Manche SojaproduzentInnen behaupten sogar, das Programm „Fome Zero“ („Null Hunger“) wäre nur unter Einsatz genetisch manipulierter Lebensmittel durchführbar. Aber birgt gentechnisch veränderte Soja wirklich einen Nutzen und kann sie zum Kampf gegen den Hunger beitragen? Welche Alternativen gäbe es, um den Hunger in Brasilien und der Welt zu bekämpfen? Könnte das von der Regierung Lula geschaffene Programm „Fome Zero“ ein Modell für andere Länder sein?

Hunger ist ein soziales Problem, das aus der ungerechten Verteilung des Reichtums entsteht, nicht aus dem Mangel an Nahrung. Die Menschheit lebt in einer Situation der Überproduktion, in der jedes Jahr das Eineinhalbfache ihres Gesamtbedarfs produziert wird. In dieser Produktionsform sind die Kosten der Ausbeutung nicht erneuerbarer Ressourcen als Energiequelle nicht tragbar, und eine höhere Produktivität ist keine Alternative im Kampf gegen den Hunger. Dasselbe Argument wurde anlässlich der Einführung chemischer Schädlingsbekämpfungsmittel von den multinationalen Chemiekonzernen vorgebracht, und heute sehen wir, dass der Hunger mit ihrer Anwendung in der Landwirtschaft zugenommen und nicht abgenommen hat. Im Bereich der Genforschung widmen sich nur 2% der weltweiten Projekte zur genetischen Veränderung der Produktivitätssteigerung, 74% dagegen dienen der Entwicklung von herbizidresistenten Pflanzen und 19% der Insektentoleranz. In Ländern, in denen schon seit längerem genetisch veränderte Pflanzen angebaut werden, sind die Produktionskosten und die Abhängigkeit der Landwirte gestiegen. Dadurch wird Landwirtschaft in Familienbetrieben unmöglich - die in Brasilien die Mehrheit in der Nahrungsmittelproduktion ausmachen -, die Landflucht und die Konzentration des

Landbesitzes werden verstärkt. Da ein bedeutender Teil der Armut besonders auf dem Land herrscht, führt dies zu einer Zunahme des Hungers. Kleinbauern können mit gentechnisch veränderter Soja nur verlieren, das räumen sogar deren Verteidiger ein. Monokultur ist nur auf großen Flächen durchführbar, sie senkt die Preise und erfordert zugleich hohe Investitionen - wodurch sich teilweise die Insolvenzen und die Landflucht erklären. Mit genetisch veränderten Pflanzen verschlimmert sich die Situation noch, denn die Landwirtschaft im Familienbetrieb stützt sich hauptsächlich auf die zur Verfügung stehende Arbeitskraft, die beim Anbau gentechnisch veränderter Produkte an Bedeutung verliert. Die Alternative für diese Familien liegt im ökologischen Anbau unter Einsatz angemessener Technologien. Doch können ökologische und gentechnische Landwirtschaft nicht nebeneinander existieren, und daher leiden die Kleinbauern nochmals unter der Einführung gentechnisch veränderter Pflanzen.

Hunger ist in letzter Konsequenz eine Folge der Konzentration der Produktionsmittel, die die Einkommensverteilung verhindert. Eine Lösung des Problems erfordert die Aufteilung der Produktionsmittel, welche für das Land aufgrund seines Produktionspotentials von strategischer Bedeutung ist. In Brasilien stellt eine tief greifende und substanzielle Agrarreform in Verbindung mit einer Stärkung der Familienlandwirtschaft einen Pfeiler für ein anderes Entwicklungsmodell dar, das Millionen ausgeschlossenen Menschen die Möglichkeit gibt, zu produzieren und sich zu ernähren. Diese Frage erfordert ein entschlossenes Handeln des Staates und sein Bekenntnis zur nationalen Souveränität in der Ernährungspolitik. Mittel für Kredite, technische Hilfe, den Aufbau kleiner Landwirtschaftsbetriebe und direkter Vertriebsnetze sind von grundlegender Bedeutung. Sie verringern die Abhängigkeit der Bauern von den großen multinationalen Landwirtschaftsunternehmen und ihrer Technologie.

Doch es ist klar, dass zunächst auch unmittelbar wirksame Maßnahmen notwendig sind. In dieser Hinsicht erfüllen die Fonds

für den Kampf gegen den Hunger eine wesentliche, strukturierende Rolle. Das gleich zu Beginn der Amtszeit von Präsident Lula in Brasilien vorgestellte Programm „Fome Zero“ ist ein konkreter Schritt, der die Tragweite des Hungers verdeutlicht und dadurch die Notwendigkeit eines neuen Entwicklungsprojekts für Brasilien aufzeigt.

Das Programm geht in seiner ersten Phase direkt gegen den Hunger vor, um auf dieser Grundlage in der zweiten Phase ein Paket politischer Maßnahmen umzusetzen, das die - für die soziale Ungleichheit im Land verantwortliche Struktur - wirklich verändern kann.

In seiner ersten Phase mindert das Programm gegenwärtig den Hunger von Millionen Familien. Doch es läuft Gefahr, zu einer Art Hilfspolitik zu werden. Fome Zero und die Landreform, die beide von der Regierung als Prioritäten ausgerufen werden, stehen gegen ihre makro-ökonomische Politik, die auf der Steigerung des primären Bilanzüberschusses und den Zinszahlungen an die WTO etc. ruht. Daraus folgt ein drastischer Rückgang der Mittel für soziale Programme. Einerseits muss die aktuelle Wirtschaftspolitik sich ändern, um die sozialen Vorhaben der Regierung voran zu bringen, andererseits muss auch Fome Zero soziale Maßnahmen in derselben Perspektive integrieren und zugleich die Zivilgesellschaft massiv mobilisieren.

Der Aufbau und die Methoden des Programms können anderen Ländern in ähnlicher Lage als Beispiel dienen, doch müssen die Widersprüche überwunden werden, die im Innern der Regierung zu ihrer Isolierung und dem wachsenden Unglauben führen, dass das Programm ein wirksames Mittel im Kampf gegen den Hunger ist.

* Doktorand der Sozialwissenschaften an der Universität Osnabrück

BUKO Internationalismus
Agrar Koordination
Nernstweg 32-34, 22765 Hamburg
Tel.: 040/392526, Fax: 040/39900629
bukoagrar@aol.com
www.bukoagrar.de

Kein Import von Gen-Reis!

EU muss Import von Gen-Reis ablehnen Antrag von Bayer gefährdet weltweit die Ernährungssicherheit

Umweltverbände fordern die Europäische Union auf, keine Importgenehmigung für gentechnisch veränderten Reis zu erteilen. Die Mitgliedsstaaten der EU haben lediglich im Juni Zeit, noch Einspruch gegen den Antrag der Firma Bayer CropScience einzulegen. Bayer hat als erstes Unternehmen eine europäische Zulassung für genmanipulierten Reis beantragt. Die in Frage kommende Reissorte ist gegen das von Bayer hergestellte Herbizid Glufosinat resistent. Friends of the Earth Europe und die Coordination gegen BAYER-Gefahren befürchten, dass „das weltweit wichtigste Nahrungsmittel in die Hände multinationaler Unternehmen fällt“. Dies hätte gefährliche Folgen für die Entwicklungsländer und würde langfristig die weltweite Ernährungssicherheit gefährden. Für rund 2,5 Milliarden Menschen ist Reis das Hauptnahrungsmittel. Die Verbände geben außerdem zu bedenken:

* Bislang wurden keine Langzeitstudien zu möglichen Gesundheitsgefahren für Verbraucher durchgeführt;

* Von Bayer durchgeführte Fütterungsstudien an Hühnern wurden von britischen Behörden als „begrenzt aussagefähig“ bezeichnet. Untersuchungen an Schweinen ergaben eine veränderte Gewichtszunahme bei Fütterung mit Gen-Reis;

* im Antrag von Bayer befindet sich keine Abschätzung der Risiken für die fünf EU-Staaten, in denen Reis angebaut wird (Italien, Griechenland, Spanien, Portugal, Frankreich).

Geert Ritsema von Friends of the Earth: „Genmodifizierter Reis stellt ein Gesundheitsrisiko für europäische Verbraucher dar und kann langfristig die Ernährung von Millionen Menschen außerhalb der EU gefährden. Bei der Beurteilung des Antrags der Firma Bayer hat die EU die moralische Verantwortung, diese Risiken mit zu berücksichtigen.“ „Eine Import-Genehmigung nach Europa gibt den multinationalen Konzernen grünes Licht, umweltfeindliche Anbaumethoden in Entwicklungsländern durchzusetzen. Das Hauptnahrungsmittel der Welt in die Hände von Unternehmen wie Bayer zu geben, wäre ein gefährlicher

Präzedenzfall“, so Ritsema weiter. Philipp Mimkes von der Coordination gegen BAYER-Gefahren ergänzt: „Ungeachtet aller Risiken versucht der Bayer-Konzern, die grüne Gentechnik im Markt durchzusetzen. Auch haben sich die Ankündigungen der Konzerne, mittels Gentechnik das Welthunger-Problem zu lösen, als bloße Produkteinführungskampagnen erwiesen.“

Hintergrundpapier zu den von Gen-Reis ausgehenden Risiken für Umwelt und Ernährungssicherheit (in Englisch) ist kostenlos zu beziehen von CBG e.V.:

Coordination gegen BAYER-Gefahren
CBGnetwork@aol.com

www.CBGnetwork.de

Postfach 15 04 18 40081 Düsseldorf

Tel: 0211/333 911

Fax: 040/ 3603 741835



Genfood & Kapital-Klone

Proteste bei BAYER!

Genfood attraktiv wie Atombombe

Straßen-Theater führen einen pantomimischen Tanz um das Goldene Kalb „Genfood“ auf ...

Die AktionärInnen und Besucher der Bayer Hauptversammlung bahnen sich einen Weg durch die Menge. Als dann begrüßte sie die traurige Gestalt eines jungen Managers im feinen Zwirn, buchstäblich an die Kette der Gentechnik gelegt. Unmittelbar vor dem Eingang in die heiligen Hallen des Profits erwartete die Aktien-HalterInnen schließlich ein Spalier von GenforscherInnen in steril-weißer Einheitskluft. Auf Bauchläden boten sie Gen-Mais feil, erworben mit dem Slogan „Leben - made by BAYER“. Parallel dazu verteilten sie Beipack-Zettel mit den Risiken und Nebenwir-

kungen. Vielleicht mochte deshalb keiner herzhaft in die Zukunftstechnologie beißen?

Im Saal selber kleideten die ProtestlerInnen ihre Kritik an der grünen Gentechnik in Worte. „Ärzte warnen vor den Gefahren“, mahnte Geert Ritsema von FRIENDS OF THE EARTH EUROPE. Ein ganzes Bündel von Risiken zählte er auf: die Bedrohung der Artenvielfalt, mehr Umweltschäden durch erhöhte Pestizid-Ausbringungen und Einkreuzungen in Wild-Pflanzen. Als besonders schwerwiegend betrachtete er die Gefährdung der Sicherheit von Reis (Asiens Lebensmittel Nr. 1) durch BAYERS Herbizid-resistente Sorte LL 62. Neun von 15 Ländern der Europäischen Union teilten laut Ritsema diese Einschätzung: Sie erhoben Bedenken gegen die vom Leverkusener Chemie-Multi bei der EU beantragte Import-Genehmigung. Zuvor hatte Belgien schon gentechnisch verändertem Raps die Zulassung verweigert und Großbritannien Gen-Mais nur unter so hohen Sicherheitsauflagen genehmigt, dass BAYER die Risiken nicht tragen mochte und auf einen Anbau verzichtete. Als Resümee zitierte Geert Ritsema die Äußerung eines - politisch völlig unverdächtigen - Sprechers der DZ-BANK: „Genfood ist ungefähr so attraktiv wie die Atombombe“. Er forderte den Unternehmensvorstand aus diesem Grund auf, sich die Frage zu stellen: „Sollen wir Genfood gegen den Willen der meisten Europäer durchsetzen?“.

Auf die von Ritsema und Weischer geäußerten Sicherheitsbedenken ging Werner Wenning von BAYER mit keinem Wort ein - sie existierten für ihn schlicht nicht. Die Zulassungsverweigerungen beruhten ihm zufolge nicht auf „wissenschaftlichen Erkenntnissen“, sondern hatten ausschließlich „politische Gründe“.

Mehr als 200.000 Aktien wurden der CBG und dem Dachverband der Kritischen AktionärInnen und Aktionäre bereits vor der Hauptversammlung übertragen. In den Abstimmungen stimmten bis zu 3 Millionen Aktien mit „Nein“. Weitere ca. 1 Mio. Stimmen enthielten sich und sprachen sich so gegen den Vorstand aus. Das waren zwar nur einige wenige Prozent, also die Minderheit aller Aktien, aber klar die Mehrheit der anwesenden AktionärInnen. BAYER bleibt also auf Profitkurs, der Widerstand wurde jedoch mehr als deutlich.

(Vollständige Fassung: in „Stichwort BAYER“ 2 / 2004 unter www.CBGnetwork.de)

Privates US-Forschungsinstitut startet Gen-Expedition

Kritische Wissenschaftler befürchten Raubbau an genetischem Material aus internationalen Gewässern

Um genetisches Material aus Mikroben zu gewinnen, hat das US-amerikanische Institute for Biological Energy Alternatives (IBEA) von J. Craig Venter eine Schiffs-Expedition gestartet. Die „Sorcerer II“ fährt über die Weltmeere und nimmt Wasser- und Bodenproben auf. Diese werden in Venters Institut auf interessante Gensequenzen hin ausgewertet, so eine Pressemitteilung der Wissenschaftlervereinigung ETC Group. Das IBEA-Projekt hat bereits Proben vor Mexiko, Panama, Chile und den Galapagos-Inseln gesammelt und ist jetzt auf dem Weg in den Pazifischen Ozean.

Gentech-Lebensformen sollen Energie produzieren und Klimagase abbauen

Das IBEA hatte erst kürzlich dadurch Schlagzeilen gemacht, dass es künstliche lebende Organismen hergestellt hatte mit dem Ziel, Energie zu produzieren oder Klimagase abzubauen. Dafür hatte es eine Spende von 12 Millionen Dollar vom US-Energieministerium DOE erhalten. Die ETC Group sieht die Aktivitäten von IBEA allerdings sehr kritisch. Der Allgemeinheit gehörende genetische Ressourcen würden zu Privatbesitz erklärt und neue Lebensformen zusammengebastelt, ohne dass es dafür eine Rechtsgrundlage gebe.

Konvention für die Bewertung neuer Technologien gefordert

Die ETC Group forderte deshalb die Einrichtung einer „International Convention for the Evaluation of New Technologies“ (ICENT), die die Entwicklung neuer „lebender

Technologien“ beobachtet, die (positive oder negative) Auswirkungen auf den Menschen und die Umwelt haben könnten.

Verstoß gegen EU-Recht

Umweltinstitut kritisiert geheimen Anbau von Genmais

Das Umweltinstitut München hat den Anbau von Genmais scharf kritisiert. So stelle die Geheimhaltung der Anbauflächen einen Verstoß gegen geltendes EU-Recht dar. Die neue EU-Freisetzungsrichtlinie verpflichte die Behörden, die Öffentlichkeit vor dem Anbau zu informieren. Durch die Weigerung, die Anbauflächen öffentlich zu machen, hätten betroffene Landwirte und Imker keine Chance, ihre Felder vor Verunreinigung zu schützen. Zudem würden Steuer-gelder gegen den Willen der Bürger verwendet.

Bei dem im Mai in sieben Bundesländern gestarteten so genannten Erprobungs-anbau von gentechnisch verändertem Mais handele es sich um eine sicherheitstechnisch umstrittene Pflanzen-creation (Mon 810). Offizieller Grund für die Versuche sei die Erprobung der Koexistenz von genetisch verändertem und konventionellem Mais. „Man muss keine gen-manipulierten Pflanzen freisetzen, um herauszufinden, wie sich Maispollen ausbreiten“, kritisiert Bauer. Außerdem sei in den meisten Bundesländern der Befall durch den Maiszünsler, der mit dem Mais bekämpft werden soll, ohnehin sehr niedrig. So habe das Land Sachsen-Anhalt 240.000 Euro in einen Ausgleichsfonds eingezahlt, an dem sich auch die Saatgutunternehmen beteiligten. Sollte es zu wirtschaftlichen Schäden durch Einträge genetisch veränderter Pollen auf Nachbarfeldern kommen oder Versuchsflächen durch Gentechnik-Gegner zerstört werden, könnten die betroffenen Landwirte eine Entschädigung aus diesem Fond erhalten. Allerdings stehe dieser nur Landwirten in Sachsen-Anhalt zur Verfügung.

Das Umweltinstitut kritisiert, dass mit der Einrichtung des Fonds aus Steuermitteln und Solidaritätszuschlägen die Landesregierung in Sachsen-Anhalt öffentliche Gelder gegen den Willen der Bevölkerungsmehrheit verwendet. 70 Prozent der Bevöl-

kerung wollten nach aktuellen Umfragen keine Gentechnik auf Acker und Teller. An den anderen Standorten handelten Landwirte angeblich in freier unternehmerischer Entscheidung und auf eigenes Risiko. In Bayern werde der Gen-Mais laut Landwirtschaftsministerium allerdings nur auf den Staatsgütern Baumannshof (Landkreis Pfaffenhofen), Grub (Landkreis Eberberg), Schwarzenau (Landkreis Kitzingen), NeuhoF (Landkreis Donau-Ries) und Puch (Landkreis Fürstenfeldbruck) angebaut. Mögliche Schäden würden damit durch die Hintertür ebenfalls dem Steuerzahler aufgebürdet.

Die Staatsgüter lägen teilweise in Gemeinden, die in geplanten gentechnikfreien Zonen liegen. „Der Freistaat Bayern sabotiert damit bewusst die Bemühungen der Landwirte, gentechnikfrei produzieren zu können. Er handelt sozusagen in freier unternehmerischer Entscheidung auf Kosten der Steuerzahler, deren große Mehrheit gentechnische Lebensmittel ablehnt“, kritisiert Bauer.

Natur pur statt Genfood auf dem Teller?

Bioland und ÖGS beleuchten Hintergründe der neuen Gentechnik-Kennzeichnung und zeigen Alternativen auf

Seit dem 18. April 2004 gelten in der gesamten Europäischen Union die neuen Vorschriften zur Gentechnik-Kennzeichnung. Auch Betriebe der Gemeinschaftsverpflegung müssen gentechnisch veränderte Lebensmittel auf der Speisekarte kennzeichnen. Doch was bedeutet das für die Küchenpraxis? Der Bio-Infomarkt am Dienstag, den 22. Juni 2004 im ZDF Casino in Mainz beleuchtet Hintergründe der aktuellen Genfood-Diskussion und stellt mit dem

Einsatz von Bio-Produkten eine gute Alternative vor. Aus aktuellem Anlass steht außerdem das Thema „Bio mit Zertifikat“ auf dem Programm. Vertreter der Gastronomie, Gemeinschaftsverpflegung und interessiertes Fachpublikum sind herzlich eingeladen. Der Bio-Infomarkt beginnt um 14.00 Uhr und ist Teil der bundesweiten Kampagne Natur auf dem Teller, die vom ÖGS im Auftrag der CMA koordiniert und umgesetzt

wird. Die Teilnahme ist kostenlos. Nähere Infos und Anmeldung unter www.oegs.de oder unter der Telefonnummer 069-977 819-14. Ralf Alsfeld vom Bioland Bundesverband in Mainz hält den Einführungsvortrag zur aktuellen Gentechnikdiskussion und erläutert die Brisanz des Themas: „Die Entscheidung für oder gegen Gen-Food auf dem Teller trifft jetzt jeder selbst. Rund 70 % der Landwirte und Verbraucher sind gegen den Einsatz von Gentechnik laut Studien von Greenpeace. Damit stehen in Zukunft Großküchen und Restaurants vor einer großen Herausforderung“. Dass Bio-Lebensmittel dazu eine gute und machbare Alternative sind, erläutert Anja Erhart anhand der Kampagne *Natur auf dem Teller*; die Küchen einen leichten Einstieg in die Verwendung von Bio-Produkten ermöglichen.

In einer abschließenden Diskussionsrunde erörtern unter anderem Axel Woitowitz, Ökokontrollstelle ABCERT in Esslingen sowie Carsten Esser, Küchenleiter des ZDF Casino in Mainz die Bio-Kontrollpflicht von Großküchen und Restaurants.

Während der Veranstaltung präsentieren Anbieter ökologischer Produkte in einem Bio-Markt Vielfalt, Angebotsformen und Qualität von Bio-Lebensmittel für den Außer-Haus-Markt. Veranstalter des regionalen Bio-Infomarktes sind Bioland und ÖGS.



Weitere Informationen erhalten Sie bei:
ÖGS - Ökologischer Großküchen Service
Claudia Zilz
Telefon: 069/977 819-14
Tel: 069/977 819-19
Email: claudia.zilz@oegs.de
<http://www.oegs.de>

Aktionstips und Infos zur Sicherung der gentechnik- freien Landwirtschaft und Ernährung

Berlin. Zur Unterstützung derjenigen, die sich in Stadt und Land für die Sicherung der gentechnikfreien Landwirtschaft und Ernährung engagieren, wurde im Frühjahr der Informationsdienst Gentechnik von Umwelt-, Wirtschafts-, Verbraucher- und Bauernverbänden ins Leben gerufen. Interessierte Bürger, Landwirte, Verbraucher und Umweltschützer können sich zu Fragen der Gentechnik persönlich oder per Internet und Fax an den Informationsdienst wenden.

Zu dem Serviceangebot des Informationsdienstes gehört das Aktionsportal www.informationsdienst-gentechnik.de

Hier finden Sie aktuelle Nachrichten, Termine und Informationen zur Agro-Gentechnik, Pressekontakte und Links sowie Aktionstips und Materialien für engagierte Bürgerinnen und Bürger, Journalisten, Initiativen und regionale Aktionsbündnisse.

Der Informationsdienst Gentechnik wird bisher getragen von:

AbL, Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft, Bioland e.V. Bioland - Ökologischer Landbau, Bund Ökologische Lebensmittelwirtschaft, BÖLW, Bund für Umwelt und Naturschutz, BUND, Deutscher Naturschutz Ring, DNR, Gen-ethisches Netzwerk, Greenpeace, Naturschutzbund

Weitere Kontaktdaten:
info@keine-gentechnik.de
Tel: 030/28482 304
Fax: 030/28482309

Biobauern werden für Folgen grüner Gentechnik zahlen

Dass der großflächige Einzug der grünen Gentechnik auch für konventionell oder biologisch produzierende Landwirte ein negativer Kostenfaktor sein wird, wird mittlerweile nicht mehr in Frage gestellt. Auch wenn die Haftungsfrage noch so großzügig zugunsten der gentechfreien Landwirtschaft ausfallen sollte - Bauern, die auf Hightech-Pflanzen verzichten, werden auf jeden Fall zusätzliche Bürden auferlegt. Und seien es auch „nur“ die Kosten für die regelmäßigen Tests, die notwendig sind, damit die Ernte auch als gentechfrei vermarktet werden kann.

Schon hier stellt sich die Frage, warum nicht diejenigen für Untersuchungen aufkommen müssen, die ihre Durchführung überhaupt erst notwendig machen. Das Verursacherprinzip müsste durchgehend vom Acker bis zum Teller festgeschrieben werden und nicht erst dann greifen, wenn schon ein Schadensfall eingetreten ist. Doch stattdessen wird der Verbraucher zahlen müssen, denn die Kosten werden bis an die Bioladentheke weiter gereicht. So muss also der Ökokunde tiefer in die Kasse greifen, weil Saatgutkonzerne wie Monsanto, Bayer CropScience oder Syngenta ihre Hightech-Produkte an den Mann oder die Frau bringen wollen. Völlig absurd erscheinen daher die Koexistenzregeln, die gerade in Dänemark diskutiert werden. Abzulehnen sind nicht nur die zahlreichen Hintertüren, die dem Gentech-Landwirt erlauben, sich seiner Haftpflicht zu entziehen. Beispielsweise wenn der Gentech-Schaden erst in der nächsten Anbauperiode zutage tritt oder der betroffene, gentechkontaminierte Acker jenseits der von der Regierung festgelegten Schadensersatzgrenzen liegt. Vor allem der dort geplante Schadensersatzfonds, der größtenteils aus der Staatskasse gespeist wird, konterkariert das Verursacherprinzip.

Dass das dänische Modell bei der Biotech-Industrie Jubelrufe auslöst, ist nicht verwunderlich. Denn es handelt sich um eine verdeckte Strafaktion gegen die konventionelle und Bio-Landwirtschaft auf der einen Seite und um eine heimliche staatliche Subventionierung der Grüne-Gentechnik-Industrie auf der anderen.“

Quelle: taz vom 9.3.2004, Wolfgang Löhr

www.informationsdienst-gentechnik.de

Das Schicksal von Kongos Regenwäldern entscheidet sich jetzt

Unterstützen Sie mit Ihrer Spende eine nachhaltige Nutzung zum Wohle der Waldmensen!

Die Demokratische Republik Kongo (DRK, früher Zaire) beherbergt die mit Abstand größte Regenwaldfläche in Afrika.

Während des Bürgerkrieges produzierte die DRK im Jahr nur 80.000 Kubikmeter Holz. Seit ein Friedensvertrag geschlossen wurde, schätzt die Weltbank, dass bis zu 10 Millionen Kubikmeter exportiert werden könnten. Sie will mit Krediten helfen, wenn die Regierung ein neues, effektives Forstgesetz beschließt.

Mit Beratung der Bank gab sich die DRK bereits im August 2002 ein neues Rahmengesetz für den Holzsektor, die „Code forestière“, das jetzt mit konkreten Bestimmungen ausgefüllt werden soll. Die „Code forestière“ sieht einige Verbesserungen vor. Bis zu 15 Prozent des Staatsgebietes sollen unter Naturschutz gestellt werden, bis zu 40 Prozent der Einkünfte aus dem Holzeinschlag sollen an betroffene Gemeinden fließen. Zugleich aber, so die Befürchtung kongolischer Umweltschützer, bietet das Rahmengesetz die Grundlage für rücksichtslose Abholzung.

„Bei den Plänen zur Zukunft der kongolischen Wälder wurde die Stimme des Volkes bisher ignoriert“, sagt Joseph Bobia vom kongolischen Umweltverband CENADEP. „Wir wollen sicher stellen, dass die Rechte der Dorfbewohner und ihr freier Zugang zu den Wäldern vom neuen Forstgesetz garantiert werden. Nur so können wir künftige Konflikte zwischen Dorfgemeinschaften, Holzkonzernen und den Behörden vermeiden.“

Weil die Forstwirtschaft in Zentralafrika in der Vergangenheit wenig zur Armutsbekämpfung, aber viel zur Korruption und zu illegalen Einschlägen beigetragen hat, hat sich im März 2004 ein Netzwerk aus kongolischen Umweltgruppen gebildet, in dem 27 Ethnien vertreten sind. Sie wollen dafür kämpfen, dass durch ein neues Forstgesetz Raubbau an den Wäldern verhindert wird und die Erlöse aus nachhaltiger Forstwirtschaft tatsächlich bei den Waldgemeinden landen.

Gemeinsam mit unserer britischen Partnerorganisation Rainforest Foundation wollen wir ein Projekt unterstützen, das mit dem Netzwerk und den Waldbewohnern an der Basis arbeitet. Bei dem rund 160.000 Euro teuren Projekt sollen neun regionale Büros eingerichtet werden, die Waldbewohnern und lokalen Umweltgruppen mit Informationen und Rechtsberatung helfen, damit sie bei der Entwicklung eines neuen Forstgesetzes ein echtes Mitspracherecht haben.

In der DRK liegt etwa die Hälfte der noch verbliebenen tropischen Regenwälder Afrikas, die Heimat von Millionen Menschen sind. Sie spielen eine entscheidende Rolle beim Schutz der gewaltigen Natur-Ressourcen, gleichzeitig sind sie am stärksten von neuen Forstaktivitäten betroffen. Das Projekt will unter anderem erreichen, dass im neuen Forstgesetz die Einrichtung vieler, kleiner Gemeindegewälder als Alternative zu großen Konzessionen für internationale Konzerne verankert wird. Wenn Dörfer ihre umliegenden Waldflächen selbst verwalten und die Erlöse aus ihrer Nutzung direkt in die Dorfkasse fließen, haben die Menschen ein besonders großes Interesse an einer nachhaltigen Bewirtschaftung.

Damit Rettet den Regenwald das Projekt gemeinsam mit der Rainforest Foundation effektiv unterstützen kann:

Spendenkonto 0000 600 463

Sparda-Bank Hamburg

BLZ 206 905 00

<http://www.rettet-den-regenwald.de>

Versuchstier des Jahres 2004 gekürt: Der Javaneraffe

Der Bundesverband Menschen für Tierrechte hat den 'Javaneraffen' zum 'Versuchstier des Jahres 2004' gekürt.

Diese Affenart wurde vom Landesverband Menschen für Tierrechte Hessen vorgeschlagen und aus mehreren Einsendungen von einer Jury ausgewählt. Die Kürung bildet den Auftakt einer Kampagne, die auf ein bundesweites Verbot von Primaten - versuchen zielt. Der Javaneraffe (*Macaca fascicularis*) ist neben dem Rhesusaffen, Totenkopf- und Weißbüscheläffchen eine häufig in Tierversuchen verwendete Primatenart. Die aus Südostasien stammenden intelligenten, hoch sensiblen Tiere



werden zum Beispiel im Bereich der neurologischen Grundlagenforschung eingesetzt. Dabei werden die bewegungsfreudigen Tiere oft stundenlang in Primatenstühlen festgeschraubt, während über zuvor einoperierte Elektroden elektrische Hirnstrommessungen erfolgen. Javaneraffen werden auch vielfach toxikologischen Experimenten unterworfen, bei denen sie systematisch mit Chemikalien oder anderen Substanzen vergiftet werden. „Veranlasst, diese Affenart vorzuschlagen, haben uns die unlängst aufgedeckten, unhaltbaren Zustände in dem Auftragslabor Covance in Münster. Dort müssen insbesondere Javaneraffen das grausame Schicksal als Opfer qualvoller Versuche, schlechter Haltungsbedingungen, zusätzlicher Misshandlungen durch Pflegepersonal sowie einer beispiellosen Vertuschungspolitik seitens zuständiger Behörden und der Staatsanwaltschaft erleiden“, erklärt Cristeta Brause, Tierärztin und erste Vorsitzende der Menschen für Tierrechte Hessen.

Der Javaneraffe steht allerdings stellvertretend für alle in Experimenten 'verbrauchten' Primaten. „Auch wenn Affen uns in vieler Hinsicht ähnlich sind, vor allem was Bewusstsein und Fähigkeiten angeht, sind die Unterschiede doch so groß, dass eine Übertragung der Ergebnisse vom Tier auf den Menschen reine Spekulation sind. Unterschiede in Körperbau und -funktion bedingen, dass ein und dieselbe Substanz je nach Tierart völlig unterschiedliche Reaktionen hervorrufen kann“, weiß die Tierärztin.

Die Ernennung des Javaneraffen zum Versuchstier des Jahres leitet eine neue Kampagne des Bundesverbandes Menschen für Tierrechte ein, die ein gesetzliches Verbot von Primatenversuchen erreichen will.

<http://www.versuchstier-des-jahres.de>

<http://www.menschen-fuer-tierrechte.de>

InterRegio - Erfolg ist wiederholbar

Im letzten Jahr stellte die DB AG die noch verbliebenen InterRegio-Verbindungen ein. Das muss aber noch nicht das Ende des IR sein, meint eine Gruppe von engagierten Verkehrswissenschaftlern: Der Erfolg des InterRegio ist wiederholbar!

Seine Funktion als Bindeglied zwischen Fern- und Nahverkehr, seine zweckdienliche Ausstattung und die Idee, Regionen und Städte zu verbinden, werden von umgespritzten IC-Zügen und Regionalbahnen mit geringem Komfort nicht annähernd erreicht. Das haben die Fahrgäste der Bahn begriffen, die Verantwortlichen leider noch nicht. Dass die Kunden im Fernverkehr der Bahn seit Jahren davonlaufen, liegt auch am systematischen Abbau des InterRegio-Netzes: Noch vor fünf Jahren fuhren zwei von fünf Fahrgästen im Fernverkehr mit dem InterRegio - mehr als doppelt soviel wie mit dem vom Bahnvorstand favorisierten ICE!

Die Gruppe der Wissenschaftler bleibt allerdings nicht beim Jammern stehen. Sie präsentiert einen Vorschlag für die kurzfristige Renaissance des IR. Vorgelegt wird auch ein Maßnahmenbündel, wie der neue IR langfristig finanziert werden soll. Schließlich zeigen sie noch die ideale Ergänzung auf: den „Güter-InterRegio“. Gut für die Güter und die Fahrgäste.

Die Beiträge sind im Heft Nr. 12 der Schriftenreihe Verkehr Kompakt unter dem Titel „**InterRegio - sein Erfolg ist wiederholbar**“ zusammengefasst. Zu beziehen ist die 28seitige Broschüre für 2,- Euro zzgl. Versandkosten bei UMKEHR e.V., Exerzierstraße 20, 13357 Berlin, Bestellfax: 0 30 - 4 92 79 72 - Bestellmail: info@umkehr.de

Die Autoren

-Prof. Karl-Dieter Bodack (M.S., Unternehmensberater, Designer, Mit-Entwickler des InterRegio)
-Johannes Hauber (Betriebsratsvorsitzender Bombardier Mannheim und Vorsitzender Euro-Betriebsrat Bombardier)
-Prof. Wolfgang Hesse (Informatiker an der Uni Marburg, Projekte zur Fahrplangestaltung, -optimierung und -bewertung).

-Reinhard Linde (Historiker, Schienen-Netzplaner und Analyst von Verkehrsstrukturen)

- Prof. Dr. Heiner Monheim (Angewandte Geographie/Raumentwicklung/Landesplanung, Karl-Marx-Universität Trier.

- Dr. Winfried Wolf (Autor „Eisenbahn und Autowahn“, 1994 - 2002 Abgeordneter u. verkehrspolitischer Sprecher für die PDS im Verkehrsausschuss des Bundestags)

Archive von unten

Bibliotheken und Archive der neuen sozialen Bewegungen und ihre Bestände

von Bernd Hüttner

Die einzelnen Archive und Bibliotheken werden mit Post- und Internetadressen aufgelistet, die Bestände der grösseren Einrichtungen näher beschrieben. Näheres zum Buch, das 18 größere Archive, 51 feministische Archive und 37 thematische Facharchive sowie die Adressen von 170 weiteren Archiven aus dem deutschsprachigen Raum auflistet, findet sich im Internet unter www.leibi.de/archive

Teil des Buches ist die Auswertung einer Befragung von 44 größeren Archiven. Ihre Resultate lassen Rückschlüsse über das Selbstverständnis und die Probleme der Bewegungsarchive als Einrichtungen der historischen Bildung zu.



Bernd Hüttner: Archive von unten Verlag AG SPAK, Neu-Ulm 2003, ISBN 3-930830-40-X, 180 S., 15 Euro

Archiv der sozialen Bewegungen

St.Pauli-Str. 10/12

28203 Bremen

Fax 0421-75682

www.archivbremen.de

geöffnet mittwochs 16.30 – 19.00 Uhr und nach Absprache

DB AG zwischen geplanter Stagnation und Börsenschwindel

Die Unzulänglichkeiten und die Fahrgastfeindlichkeit der DB sind Folgen der Anwendung von planwirtschaftsartigen Dogmen. Im Namen von abstrusen Fortschrittsfiktionen werden die Kunden dauernd knapp gehalten und dirigiert, um Mittel für Renommierbauten und Börseneroberungspläne abschöpfen zu können. Dadurch wird das Gesamtunternehmen aber nur ruiniert und keiner will es kaufen. Übrig bleibt eine zerstörte Infrastruktur.

Reinhard Linde legt in seiner systematischen Analyse erstmals frei, dass die Angebotsdefizite und Streckenengpässe im DB-Netz, der Serviceabbau, der Einbruch im Güterverkehr, die beträchtliche Desorganisation und die betriebliche Ineffizienz der DB die teils erwünschte, teils hingegenommene Folge der Anwendung von unausgesprochenen Dogmen darstellt. Um die DB samt Trassen börsentauglich zu machen und zugunsten der Staatskasse stückweise zu verkaufen, soll mit Hilfe von Repräsentationsbauten und Bilanzmanipulationen der Anschein erzeugt werden, sie sei ein florierendes Unternehmen.

Die Gründung einer neuen, demokratisch geleiteten nationalen Eisenbahngesellschaft und einer ebensolchen Trassengesellschaft sieht der Autor als Grundlage einer möglichen Restrukturierung des Bahnwesens. Die Einführung eines neuen Systems deutlich gesenkter Fahrpreise, die Verlagerung des Fahrscheinverkaufs in die Züge, die Wiederherstellung eines umfassenden Service und die flächendeckende Streckenbedienung im 60-Minuten-Takt durch die verschiedenen Zugarten sind weitere Lösungsvorschläge bei der Wiederbelebung der Bahn.

Reinhard Linde: Städtezerbindungen - DB zwischen geplanter Stagnation und Börsenschwindel, Verkehr Kompakt Nr. 11,

28 Seiten für 2,- E. plus Versandkosten, erhältlich bei:

UMKEHR, Exerzierstraße 20, 13357 Berlin, Tel: 030/492-7473, Fax: -7972, info@umkehr.de, www.umkehr.de

Ökosystemare Umweltbeobachtung

Vom Konzept zur Umsetzung

Von Konstanze Schönthaler, Ulrike Meyer, Doris Pokorny, Marc Reichenbach, Dieter Schuller, Wilhelm Windhorst

2004, 370 Seiten, mit 1 CD-Rom, DIN A 4, fester Einband, für stolze 48 Euro
ISBN 3 503 078207

Erich Schmidt Verlag

Inhalt: Umweltveränderungen zu erfassen, die sich zum Teil langfristig und schleichend vollziehen, stellen neue hohe Anforderungen an die Umweltbeobachtung. Mit ihrer Hilfe sollen Veränderungen frühzeitig erkannt werden, um rechtzeitig Gegenmaßnahmen ergreifen zu können.

Bestandteil des Werkes ist eine CD-ROM, die das schnelle Recherchieren im Inhalt ermöglicht, die zusätzlich auch einen Ergänzungsband mit vertiefenden inhaltlichen Darstellungen sowie einen umfassenden Materialienband enthält.

Dokumentation über Flüchtlingspolitik

Die 9. aktualisierte Auflage der Dokumentation über bundesdeutsche Flüchtlingspolitik und ihre tödlichen Folgen (1993 bis 2001) ist bei der Antirassistischen Initiative e. V. auf Papier (216 Seiten, Ringbindung) und auf CD-ROM zum Preis von 9,00 EUR (bei Versand plus 1,60 EUR) erhältlich.

Interessierte können einzelne Themen auf Papier oder als Datei anfordern (z.B. Tote und Verletzte an den Grenzen, Selbsttötungen, Misshandlungen auf Flughäfen, kurdische Flüchtlinge u.a.).

Das Dokument ist ebenfalls auf der Homepage abrufbar.

Kontakt:

Antirassistische Initiative e.V.

Tel.: 030/ 785 72 81

Fax: 030/ 786 99 84

Air and the Environment

Per Elvingson & Christer Ågren,
The Swedish NGO Secretariat on Acid
Rain (Hrsg.):

Die Luftverschmutzung und ihre Auswirkungen auf Mensch und Umwelt sind Thema dieses in englischer Sprache verfassten Buches. Der Blick wird besonders auf Skandinavien gerichtet, das mit seinen großen Waldflächen und menschenleeren Gegenden immer als das Naturparadies pur gilt. Doch auch hier sind die Seen und Böden durch Einträge aus der Luft versauert. Die Pflanzen- und Tiervielfalt wird dadurch bedroht. Der Klimawandel mit seinen globalen und lokalen Auswirkungen ist genauso auf den Ausstoß von CO² zurückzuführen, wie die Schädigung der Atemwege durch bodennahes Ozon. Das Buch vermittelt Grundlagen und globale Zusammenhänge. Es ist anschaulich geschrieben und mit vielen Grafiken versehen. 174 S.

Air and the Environment

This book is about a few hundredths of a percent of the air we breathe – for that is the total extent of what we call air pollution. Even so, the effects on people and nature are very tangible: the climate is changing, rare species of animals and plants are under threat, lakes are becoming acidified, buildings are eroding, and so on.

<http://www.acidrain.org>
ari@ipn.de



Dem Rad in die Speichen fallen

Die Vereinten Nationen haben die Jahre 2001 - 2010 zur Dekade für eine Kultur des Friedens und der Gewaltfreiheit erklärt. Grundlage dieser Dekade ist ein Aufruf der FriedensnobelpreisträgerInnen. Auch der Weltkirchenrat hat die Jahre 2001 - 2010 zur Dekade zur Überwindung der Gewalt gemacht. In Österreich haben sich Nichtregierungsorganisationen zusammengefunden, die im Sinne der Dekaden ihre Kräfte für Frieden und Gewaltfreiheit bündeln. Als Arbeitsbuch für diese beiden Dekaden wurde das 368 Seiten starke Werk „Dem Rad in die Speichen fallen“ von Pete Hämmerle und Thomas Roithner herausgegeben. Es enthält Stimmen von FriedensnobelpreisträgerInnen und österreichischen AktivistInnen für eine Kultur des Friedens und der Gewaltfreiheit. Es beinhaltet Beiträge zu den Themen Gewaltfreiheit, Versöhnungsarbeit, Menschenrechte, Abrüstung, Globalisierung und soziale Sicherheit, Sicherheitspolitik mit friedlichen Mitteln, Interkulturelle Friedensarbeit und zahlreiche Beiträge zur Friedenserziehung.

Die Beiträge stammen von Kofi Annan (UNO-Generalsekretär, Friedensnobelpreis 2001), Carlos Filipe Ximenes Belo (Friedensnobelpreis 1996), Michael Bünker (Oberkirchenrat, Evangelische Kirche AB), Mairead Corrigan Maguire (Friedensnobelpreis 1976), Irmgard Ehrenberger (Internationaler Versöhnungsbund), Adolfo Pérez Esquivel (Friedensnobelpreis 1980),

„Dem Rad in die Speichen fallen“, Pete Hämmerle, Thomas Roithner (Hrsg.), Stimmen von FriedensnobelpreisträgerInnen und das österreichische Netzwerk für eine Kultur des Friedens und der Gewaltfreiheit. Ein Arbeitsbuch.

368 Seiten - ISBN 3-9502098-5-9

Preis: 15,- Euro zuzüglich Porto

Bezug:

Thomas Roithner, c/o ÖSFK Wien

Wiedner Gürtel 10, A - 1040 Wien

Email: thomasroithner@yahoo.com

goodfilmfood

06.05.2004 - Nach dem erfolgreichen Einsatz der Öko-Rolle in über hundert deutschen Kinos im Winter 2003 sind alle 15 Kurzfilme und Spots des Filmwettbewerbs **goodfilmfood** jetzt auch für den privaten Gebrauch erhältlich. Die DVD (10 Euro zzgl. Versandkosten) enthält eine gekürzte Schulversion für den Einsatz im Bildungsbereich und zusätzliches Bonusmaterial, wie einen Zusammenschnitt der Preisverleihung oder den Öko-Song von Hannes Orange.

Die DVD kann bestellt werden bei salzgeber Medien, Email: video@salzgeber.de

Weitere Informationen zum Einsatz der Öko-Rolle im Kino: Jürgen Seidler, Script House, Tel.: 030 283 902 46, Email: juergen.seidler@scripthouse.de



Praktikumsbörse

Die Praktikumsbörse des Umweltreferats der Studentischen Vertretung der TU München bietet Informationen über Umwelt-Praktikumsplätze im Großraum München. Interessierte StudentInnen aus verschiedensten Fachbereichen finden hier Adressen von Arbeitgebern, die gerne bereit sind PraktikantInnen anzunehmen. Es besteht kein Anspruch auf einen Praktikumsplatz, diese Börse dient lediglich als Informationsforum. Alle weiteren Konditionen sind selbst zu vereinbaren.

<http://www.fs.tum.de/AStA/Referate/umwelt/praktikum>

Praktikumsplätze zu vergeben

Das Institut für biologisch-Dynamische Forschung e.V. ist seit 1950 eine gemeinnützige Einrichtung in freier Trägerschaft. Es ist das älteste Forschungsinstitut zum ökologischen Landbau in Europa. Wir untersuchen grundsätzliche und angewandte Themen des ökologischen und speziell des biologische-dynamischen Landbaus in experimentellen Projekten.

Unsere Themen z. B.:

Langzeitversuche und Düngung

On-farm Research

Pflanzenzüchtung

Saatgutgesundheit

Anzuchterden

Nahrungsqualität

biologisch-dynamische Präparate

bildschaffende Methoden

In Kooperation mit einer Hochschule betreuen wir Diplom- und Doktorarbeiten.

Weiter Infos: <http://www.ibdf.de>

Diese Mülltüten in der Mensa...

Hallo BSÖ-Netzwerk, liebe geschaeftsstelle@bsoe.info,

Als Ökoreferent, regen mich diese dauernd in den Mensen verteilten kostenlosen Tüten, voll von Produktproben die aus mehr Verpackung als Inhalt bestehen auf. Es gibt sie jedes Jahr mehrfach in der Mensa und von verschiedenen Anbietern. Zugegeben, manches davon ist sinnvoll und nutzbar, doch vieles wird nie verwendet werden.

Erstens habe ich jetzt die Frage, ob ihr da schon etwas gemacht oder mal darüber nachgedacht habt. Weiterhin finde ich die Idee toll, auch mal eine ÖkoTüte zu verteilen. Aber erstmal will ich diese Müllschlacht verhindern und suche Kontakt zu anderen, die sich damit beschäftigen wollen

Auf viel Erfolg, T.M.

Lieber T.M.,

Wir haben darüber schon oft nachgedacht und hier in Augsburg auch schon mit Erfolg dagegen protestiert. Leider kommt so etwas immer häufiger vor. Die Mensen und Cafeterien werden für kommerzielle Zwecke mit Werbemüll überflutet. Mein Tip: Die Tüten einsammeln, mit dem Verantwortlichen (meist dem Mensa- oder Cafetenleiter) reden, auf die unökologischen Aspekte hinweisen und dann hoffen, dass diese Werbemüllschlacht aufhört. Meist hilft das schon. Es ist auch ratsam gute Alternativen parat zu haben, um Portionspackungen zu vermeiden, z.B. einen „Zuckerspender“ oder eine „stählerne Kuh“ aufstellen.

Viel Glück!

Maria Deiglmayr (BSÖ-Themensprecherin Mensa)

Das FUI

Das FUI/HUI ist der Infodienst der Bundeskoordination Studentischer Ökologiearbeit. Die Mitglieder der BSÖ beziehen es 1 x im Quartal (2 x im Semester) kostenlos, alle anderen können es für 10 Euro pro Jahr abonnieren.

Einzelexemplare des Hochschul-Umwelt-Infos können gegen 2,50 Euro in Bar oder Briefmarken in der Geschäftsstelle angefordert werden. Sie befinden sich auch zum Runterladen teils ohne Graphiken größtenteils als pdf-Dateien auf unserer Internetpräsenz: <http://www.bsoe.info/hui>

Die BSÖ

Im November 1992 wurde das Netzwerk BSÖ e.V. gegründet, um die Aktivitäten der Umweltgruppen, Öko-, Verkehrs- und Sozialreferate und umweltinteressierter StudentInnen zu vernetzen und eine Informationsstelle für die Einbindung des Umweltschutzes in die Hochschule zu schaffen. Ziel der BSÖ ist es eine verstärkte Umsetzung des Umweltschutzes in der Lehre, der Forschung und im praktischen Betrieb der Hochschulen und der Studierendenwerken zu erreichen sowie das Umweltbewußtsein aller Hochschulangehörigen auch weiterhin zu fördern. Außerdem soll u.a. die weitere Verankerung des Umweltschutzes und der Umweltbildung in die Landeshochschulgesetze vorangetrieben werden. Außerdem beschäftigt sich die BSÖ natürlich auch mit allgemeinen politischen Themen rund um den Bereich Umweltschutz/Ökologie.

Weitere Infos gibt's in unserer Geschäftsstelle oder bei den AnsprechpartnerInnen für bestimmte Themen. (siehe nächste Seite).



Über die Mailing-Liste **bsoe-news** könnt Ihr einen Newsletter abonnieren. Dieser enthält ca. 6x im Jahr Infos/Aktuelles/ Wissenswertes rund um die BSÖ.

Mit einer eMail mit folgendem Inhalt könnt Ihr Euch eintragen lassen.

To: bsoe@fs.tum.de

Subject: bsoe-news subscribe

Bankverbindung/Spendenkonto:

Bundeskoordination Studentischer Ökologiearbeit
Volksbank im Harz e.G.,
BLZ 268 914 84, Kto-Nr.: 5308200

www.bsoe.info

Abo-Schnibbel

Impressum

FUI
HochschulUmweltInfo-Magazin
Infodienst der BSÖ

Herausgeberin: BSÖ e.V.,
c/o RefRat HU
Unter den Linden 6
10099 Berlin

Redaktion: Florian, Stefan, Oli St.,
Oli B., Sigrid, Uli L., Maria

Verantwortlich:

- allgemein und für alle nicht gekennzeichneten Artikel: Stefan Freudenberg,
Weiherstr. 12, CH - 8280 Kreuzlingen

- für den Schwerpunkt:
Sigrid Oberer

Für namentlich gekennzeichnete Artikel sind die Unterzeichnenden selbst verantwortlich. Sie entsprechen nicht unbedingt der Meinung der Redaktion.

FDL - Free Documentation License

Eigentumsvorbehalt:

Dieses Heft bleibt bis zur Aushändigung an die AdressatIn Eigentum der BSÖ e. V. „Zur-Habe-Name“ ist keine Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Nicht ausgehändigte Hefte sind unter Angabe des Grundes der Nichtaushändigung an die BSÖ zurück zuzusenden.

Kleine Auflage: 350 Exemplare

Druck: AStA-Druckerei Uni Oldenburg
26111 Oldenburg

Ich will FUI-AbonentIn/BSÖ-Mitglied werden

- Ich/Wir möchte/n der BSÖ beitreten. Der Mitgliedsbeitrag für EinzelstudentInnen beträgt 15 Euro. Das FUI bekomme ich automatisch kostenlos zugeschickt. Schickt mir bitte eine Beitrittserklärung.
- Ich/Wir möchte/n das FUI im Abonnement beziehen und 4 x im Jahr frei Haus erhalten:
 - ein Abo für 10 Euro/Jahr
 - weitere Abos für je 10 Euro/Jahr

Name: _____

Straße: _____

PLZ/Ort: _____

Ort, Datum, Unterschrift: _____



Bitte ausfüllen und schicken an:

BSÖ e.V., c/o RefRat HU
Unter den Linden 6, 10099 Berlin
Tel: 030/2093-1749, Fax: -2396
bsoe@studis.de,
<http://www.bsoe.info>

Adressen der BSÖ auf einen Blick:

Bundeskoordination Studentischer Ökologiearbeit e.V.

Stand: Juni 2004

ThemensprecherInnen und Arbeitskreise

Anti-Atom:

Oliver Bäsener (Email-Verwaltung)
Große Str. 33
21075 Hamburg Harburg
Tel.: 040/70104247
und
Falk Beyer (Greenkids)
Karl-Schmidt-Str. 4
39104 Magdeburg
Tel: 01 62-78 68 204
anti-atom@bsoe.info

Alternativer Handel:

Stefan Freudenberg (BSÖ-Vorstand)
Weiherstr. 12
CH - 8280 Kreuzlingen
Tel: 0041/71/6728629
alternativer-handel@bsoe.info

Energie:

Florian Kubitz (BSÖ-Vorstand)
Sorge 27, 38678 Clausthal-Zellerfeld
Tel: 05323/948728
energie@bsoe.info

Food-Coops:

Bundesverband der Lebensmittelcoops
Bärbel Holve
Hochstr. 30, 53894 Lückerrath
Tel: 02443/1631, Fax: 1668
food-coops@bsoe.info

Gen-/Biotechnologie

David Möbius
gentech@bsoe.info

Gewässer:

Nicole Feige (BSÖ-Vorstand)
Rauhehorst 153
26127 Oldenburg
Tel: 0441/36161736
gewaesser@bsoe.info

Internationales:

Uli Lerche (BSÖ-Vorstand)
Schißlerstr. 9
86154 Augsburg
Tel: 0821/2182504
und
Sapi Ullrich (<http://www.eyfa.org>)
internationales@bsoe.info

Internet

Stefan Freudenberg
siehe Alternativer Handel
webmaster@bsoe.info

Ökologisch Bauen (NachfolgerIn gesucht):

Holger Wolpensinger
Schnetzlerstrasse 3
76137 Karlsruhe
Tel: 0721/384 4848
www.rz.uni-karlsruhe.de/~ln06/oekobau
oekobau@bsoe.info

Ökologische Mensa (NachfolgerIn gesucht):

Maria Deiglmayr
Prinzessinweg 67
26122 Oldenburg
oekomensa@bsoe.info

Papier/Recycling:

Jytte Albers
ASt, Referat für Ökologie
Schlossplatz 1, 48149 Münster
papier@bsoe.info
www.uni-muenster.de/asta

Reformpädagogik:

Karsten Schulz
Birkenweg 18
21614 Buxtehude
Tel: 04163/2686
reformpaedagogik@bsoe.info

Tierrechte:

Martina Kutzt
SATIS, Roermonder Str. 4a, 52072 Aachen
Tel: 0241/15 - 7214, Fax: 5642
www.tierrechte.de
tierrechte@bsoe.info

Umweltschutz-Hochschule:

Tina Hoffmann, Tel: 0331/9771315
umwelthochschule@bsoe.info

Umweltbildung:

Sigrid Oberer
c/o Marcus Rabold
St-Anton-Str.31, 86316 Stätzing
Tel: 0821/2091355
umweltbildung@bsoe.info

Verkehr/Mobilität:

Oliver Stoll (s. BSÖ-Geschäftsstelle)
mobilitaet@bsoe.info

Peer Wollnik
Glücksburger Str. 41, Zi. 168
44799 Bochum
Tel: 0234/9380862
mobilitaet@bsoe.info

Vernetzung:

Jörg Schulz (BSÖ-Vorstand)
Adolph-Roemer-Str. 29
38678 Clausthal-Zellerfeld
Tel: 05323/718450
vernetzung@bsoe.info

Aktive

Til Brock & Malin Ulrich
(FUI-Verschickung)
c/o AStA C. v. Ossietzky Universität
Uhlhornsweg 49-55
26129 Oldenburg

Arne Brück, arne.brueck@web.de

Tobias Leußner
Erzstr. 22b, 38678 Clausthal-Zellerfeld
Tel: 05323/948033
Tobias.Leussner@tu-clausthal.de

Alexander Jillich
Tel: 089/31198254
a.jillich@t-online.de

Geschäftsstelle

BSÖ e.V. c/o RefRat HU
Unter den Linden 6
10099 Berlin
Tel: 030 / 2093 - 1749 (AB)
Fax: 030/2093 - 2396
geschaeftsstelle@bsoe.info
<http://www.bsoe.info>

Präsenzzeit: Freitags, 11 - 17 Uhr
Geste-Team: Daniel, Olaf, Frigga, Oliver

Finanzen

BSÖ Finanzen
Sorge 27
38678 Clausthal-Zellerfeld
finanzen@bsoe.info

Ansprechpartner: Florian und Jörg

Im nächsten FUI

Themen Schwerpunkt

Internationale Umweltbewegung

Bringt Eure Ideen auf den



Schickt eure Texte ohne Layout (nur Diskette und guten Ausdruck zum Scannen, falls mal wieder Viren drauf sind!) oder per Email spätestens bis zum 1.09.04 an

BSÖ e.V. c/o RefRat HU
Unter den Linden 6
10099 Berlin

Tel: 030/2093 1749
@: info@bsoe.info